Nr. 251. 28. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 26. Oktober 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Eine Musterleistung ultramontaner Arbeiterpolitik.

Das Zentrum verdankt seinen Einfluß auf die katholische Arbeiterschaft nicht zuletzt seiner Politik, sich als den „eigentlichen Vater" der sozialen Gesetzgebung und als ständigen Antreiber auf sozialpolitischem Gebiete aufzuspielen. Jene Arbeiterkreise können den Werdegang der Gesetze nicht bis ins einzelne verfolgen, zumal ihnen direkt das Lesen „akatholischer" Blätter verboten ist. Sie erfahren also nicht, daß das Zentrum seine Sozialpolitik nach dem Grundsatz betreibt: „Wasch dem Kapitalismus den Pelz, aber mache ihn nicht naß".

Nach diesem Satz hat die Zentrumsfraktion auch wieder bei der Beratung der Petitionen in der Reichstagssitzung vom 17. Oktober gehandelt. Und es war wieder der „verdienstvolle Sozialpolitiker", Herr Giesberts, der die Schiebung übernommen hatte. Diesmal aber hat dieser ultramontane Arbeiterabgeordnete mit einer so dilettantenhaften Ungeschicklichkeit „gearbeitet", daß das systematische Vertrödeln notwendiger Sozialreformen durch die Zentrumspartei geradezu mit den Händen zu greifen ist.

Es handelt sich um die schon vor einem Jahrfünft von sozialdemokratischer Seite ausführlich begründete Forderung eines Hüttenarbeiterschutzgesetzes. Bekannt ist, daß trotz wiederholter Reichstagsbeschlüsse die Regierung sich nur mit Ach und Krach zu einer vom 19. Dezember 1908 datierten, durchaus unzulänglichen Bundesratsverordnung bezüglich der Arbeiterverhältnisse in den Hütten- und Walzwerken bewegen ließ. Mehr zu geben verboten die mächtigen Großeisenindustriellen. Eine Hüttenarbeiterschutzgesetzvorlage will die Regierung nicht machen, weil sie es mit den Hüttenbaronen nicht verderben möchte. Um es nicht bei der kläglichen Bundesratsverordnung zu belassen, betrieb die sozialdemokratische Fraktion eine zeitgemäße Ergänzung dieser Verordnung. Im April 1911 stellte die sozialdemokratische Fraktion zur dritten Etatsberatung folgende Resolution:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald eine Ergänzung der Bundesratsverordnung vom 18. Dezember 1908, betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie, vorzunehmen, in der vorgeschrieben wird:

1. die Dauer der täglichen Arbeitszeit im allgemeinen;
2. die Einführung der achtstündigen Schicht für die in den Feuerbetrieben beschäftigten Arbeiter;
3. die innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit einzuhaltenden Pausen;
4. die Einschränkung der Ueberzeitarbeit;
5. die strengste Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen;
6. die sanitäre Einrichtung der Arbeitsräume, die Errichtung von Wasch- und Badeanstalten, Ankleide- und Speiseräumen."

Genosse Hengsbach begründete diese Resolution. Seine Rede stützte sich teils auf Mitteilungen von Hüttenarbeitern, teils auf die Berichte der amtlichen Fabrikinspektoren, und zwar benutzte er bereits die preußischen Fabrikinspektorenberichte für 1910. Auf Seite 6169 des Reichstagsstenogramms vom 3. April 1911 findet sich der Beleg dafür, daß Genosse Hengsbach auch diese Berichte schon zu seiner Beweisführung verwendete und aus ihnen speziell den Nachweis der unter der Geltung der Bundesratsverordnung zugenommenen Ueberarbeit in den Hüttenwerken führte! Auf Grund dieses Materials kam er zu dem Schluß, daß die Bundesratsverordnung keine Verbesserung der Arbeiterverhältnisse zustande gebracht habe.

In derselben Sitzung gab auch Herr Giesberts sein Urteil über die Wirkung der Bundesratsverordnung ab, und zwar nachdem Genosse Hengsbach gesprochen hatte. Herr Giesberts war ganz anderer Meinung. Natürlich gab Herr Giesberts zu, daß die Verordnung verbesserungsfähig sei, aber, so meinte er:

„Im allgemeinen muß ich aber feststellen, daß bei aller Mangelhaftigkeit, die dieser Bundesratsverordnung anhaftet, sie doch gut gewirkt hat". (Seite 6180 des Stenogramms).

In derselben Rede gab Herr Giesberts nochmals sein Urteil dahin ab, daß, wenn einmal das Material in einer (vom Zentrum beantragten) „Denkschrift" vorläge, so würde sich zeigen, daß „zwar die Bundesratsverordnung in bezug auf den Schutz der Hüttenarbeiter Erfolge gehabt hat", daß sie aber erweitert werden müsse.

Der als „sozialpolitische Autorität" gepriesene Herr Giesberts „stellte" also am 3. April 1911 im Reichstage „fest", daß die Bundesratsverordnung „doch gut gewirkt hat". Er verlangte zwar „Erweiterung", aber — das Zentrum stimmte unter Giesberts Führung die sozialdemokratische Resolution, die auf eine energische Erweiterung der Verordnung drang, nieder! Dafür wurde die Zentrumsresolution angenommen, die wieder durch das Verlangen nach einer „Denkschrift" die Sache auf die lange Bank schob.

Der Zufall fügte es, daß gleich am Tage des neuen Zusammentritts des Reichstages wieder die Hüttenarbeiterschutzfrage zur Debatte kam. Veranlaßt durch ein großes Unglück auf dem Bochumer Gußstahlwerk am 10. Dezember 1910 hatte die dortige Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes eine Petition an den Reichstag gesandt mit der Bitte, baldmöglichst ein Hüttenarbeiterschutzgesetz zu schaffen. Genosse Hue, Abgeordneter für Bochum, empfahl dringend die Erfüllung dieser Bitte. Auch Herr Giesberts sprach zu der Petition und kam auf die vielgenannte Bundesratsverordnung zu sprechen. Was aber erklärte Herr Giesberts nun am 17. Oktober 1911 im Reichstag. Nach einigen Vorbemerkungen findet man im Stenogramm (Seite 7371) folgende Erklärung des Herrn Giesberts:

„Es ist nicht bloß die Unzulänglichkeit der Bundesratsverordnung erwiesen, sondern auch, daß die eigenartigen Verhältnisse der Großeisenindustrie der Durchführung dieser Bundesratsverordnung selbst große Schwierigkeiten entgegenstellen. Wenn man die Berichte der Gewerbeinspektoren durchsieht, die sich über 1¾ Jahre erstrecken, dann gewinnt man den Eindruck, daß diese Bundesratsverordnung glatt ein Fiasko gemacht hat (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), ein Fiasko, das nicht bloß bedauerlich ist mit Rücksicht auf die Arbeiter, sondern auch mit Rücksicht auf die Gesetzgebung selbst. Wenn ein Gesetz geschaffen oder eine Verordnung erlassen wird zum Schutze einer Arbeiterkategorie, so ist doch das erste, was man voraussetzt, daß ein Erfolg zu verzeichnen ist, daß, wenn die Bundesratsverordnung 1½ Jahre in Kraft ist, dann die Gewerbeinspektionsberichte lediglich sagen können: es hat sich in den Haupt- und wichtigsten Punkten: Regelung der Arbeitszeit und der Ueberstunden — das und das verbessert. Aber das Gegenteil ist hier der Fall!"

Derselbe Herr Giesberts, der am 3. April 1911 „feststellte", daß die Bundesratsverordnung „doch gut gewirkt" habe, erklärte also am 17. Oktober 1911, die Verordnung habe „glatt ein Fiasko gemacht"! Man könnte einwenden, der große Sozialpolitiker habe sich vom April bis Oktober über die von ihm am 17. Oktober d. J. angezogenen Gewerbeinspektorenberichte pro 1910 informiert. Aber diese Berichte lagen nicht nur bereits Ende März 1911 vor, sondern unser Genosse Hengsbach hat gerade diese selben Berichte in seiner Reichstagsrede vom 3. April d. J. behandelt und kam gerade auf Grund der dortigen Mitteilungen zu seinem abfälligen Urteil über die Bundesratsverordnung! Herr Giesberts hörte das, ihm standen auch dieselben Berichte so früh wie Hengsbach zu Verfügung, und selbst wenn der „große Sozialpolitiker" Giesberts es noch nicht der Mühe wert gefunden hatte, seine Nase in die Gewerbeinspektionsberichte zu stecken, vernahm er doch aus der Rede Hengsbachs, wie traurig die Bundesratsverordnung nach amtlicher Bekundung „wirkte". Aber Herr Giesberts polemisierte ungeniert gegen den Genossen Hengsbach, „stellte" in selbstbewußter Würdigung als große sozialpolitische Autorität des Zentrums „fest", daß die Verordnung „gut wirke" — und kommt nun hinterher am 17. Oktober mit dem von Hengsbach bereits im April vorgetragenen amtlichen Material herangezogen, um genau ebenso selbstbewußt das „völlige Fiasko" der Verordnung zu verkünden.

Doch ist damit die für die schutzbedürftigen Hüttenarbeiter sehr traurige Geschichte leider noch nicht zu Ende. Im April sorgte Herr Giesberts durch seine Rede dafür, daß die auf sofortige Erweiterung der kläglichen Bundesratsverordnung dringende sozialdemokratische Resolution abgelehnt, und die Ausarbeitung einer „Denkschrift" beschlossen wurde. Nun forderten die Hüttenarbeiter in ihrer Petition den baldmöglichsten Erlaß eines Schutzgesetzes. Die Petitionskommission, deren Berichterstatter Herr Giesberts war, schlug aber die Forderung nach Schaffung eines Gesetzes nicht einmal „zur Berücksichtigung", sondern nur „als Material" vor! Deswegen beantragte die sozialdemokratische Fraktion die Ueberweisung der ganzen Petition an die Regierung „zur Berücksichtigung". Genosse Hue begründete diesen Antrag mit Hinweis auf die nachgewiesene Unzulänglichkeit des Verordnungsweges. Da war es abermals Herr Giesberts, welcher nach dem Stenogramm, Seite 7371, Reichstagssitzung vom 17. Oktober 1911 erklärte:

„Die Petitionskommission hat die sachlichen Punkte der Petition zur Berücksichtigung empfohlen, während sie das Verlangen nach einem eigenen Hüttenarbeitergesetz der Regierung nur als Material überwiesen hat, und zwar mit Rücksicht darauf, daß wir glauben, nachdem der Bundesrat eine Verordnung zum Schutze der Arbeiter in der Großeisenindustrie erlassen hat, besser oder wenigstens schneller durch den Ausbau dieser Bundesratsverordnung zum Ziele zu kommen."

Auf diese „Sozialpolitik" mache sich einer einen Vers! Im April beantragt die sozialdemokratische Fraktion die Erweiterung der Bundesratsverordnung — da tritt Herr Giesberts auf und sorgt dafür, daß die Forderung der Verbesserung der Bundesratsverordnung abgelehnt wird. Wenige Monate später wird der Reichstag abermals aufgefordert, bei der Regierung auf die Vorlage eines Hüttenarbeiterschutzgesetzes zu dringen. Nun tritt wieder Herr Giesberts auf — und jetzt „glaubt" er, „besser oder wenigstens schneller durch den Ausbau dieser Bundesratsverordnung zum Ziele zu kommen".

Die Nähe der Neuwahlen wird ja dem Herrn Giesberts am 17. Oktober im Gedächtnis gewesen sein, als er „ein Fiasko nannte, was er am 3. April als „doch gut wirkend" bezeichnete. Aber der begreifliche Wunsch des Herrn, im Wahlkampf mit seinem „energischen Eintreten für die Arbeiter" prunken zu können, ändert nichts an der Tatsache, daß er im April d. J. durch seine Rede die Forderungen der Hüttenarbeiter zu Fall gebracht hat. Die getäuschten Arbeiter werden am Wahltage über diese sozialpolitische Leistung quittieren.

Am 12. Januar Reichstagswahl!

Endlich hat nunmehr die Regierung den Termin der Reichstagswahlen bekannt gegeben. Die Hauptwahlen werden am 12. Januar stattfinden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt die Bekanntgabe des Wahltermins in folgender Form:

„Als Tag der allgemeinen Wahlen für den Reichstag ist, wie wir erfahren, der 12. Januar 1912 in Aussicht genommen. Da dieser Tag in die Legislaturperiode des gegenwärtigen Reichstages fällt, wird zuvor dessen Auflösung zu erfolgen haben; der Termin hierfür steht noch nicht fest, dürfte vielmehr im wesentlichen von dem Fortgange der parlamentarischen Arbeiten bedingt sein."

Durch diese Festsetzung des Wahltermins ist der eigentliche Wahlkampf auf eine recht kurze Spanne Zeit zusammengedrängt, da ja durch Weihnachten und Neujahr die Agitation eine Unterbrechung erfährt. Im Jahre 1907 fand die Wahl zwar auch im Januar statt, aber erst am 25. Januar, so daß damals weit ausgiebigere Wahlagitation möglich war. Der Kampf wird deshalb schon vor Weihnachten mit aller Lebhaftigkeit entbrennen.

Reichstagsdispositionen. Die Dispositionen über die Geschäfte des Reichstages wurden am Mittwoch im Seniorenkonvent in folgender Weise getroffen: Der Präsident äußerte den Wunsch, den Reichstag auf zirka zehn Tage zu vertagen, damit inzwischen die Kommissionen arbeiten können. Man stimmte im allgemeinen zu; die Debatte über die Teuerungsinterpellation werde voraussichtlich bis Donnerstag zu Ende gehen. Am Freitag soll dann die Interpellation über die Maul- und Klauenseuche zur Beratung kommen. Dann tritt die Vertagung bis 7. November ein. Der Präsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Abmachungen über den Marokkovertrag dann perfekt sein werden und daß dann nach der Vertagung sofort über die auswärtigen Angelegenheiten resp. über die Interpellation über Marokko und die auswärtige Lage die Verhandlungen beginnen können. Am 7. November will der Präsident die Vorlage über die Ausgabe kleiner Aktien, ferner den Handelsvertrag mit Japan, den Auslieferungsvertrag mit Großbritannien und eventuell Rechnungssachen auf die Tagesordnung setzen. Dann wird am 8. und 9. November die Beratung über die Marokkointerpellation und die auswärtige Lage stattfinden. Am 10. und 11. November soll der Gesetzentwurf über die Schiffahrtsabgaben zur Beratung kommen; am 13., 14. und 15. November wird auf die Tagesordnung gesetzt: Gewerbeordnung (§ 114a), Hilfskassengesetz, Rechnungssachen. Am 16., 17 und 18. November soll dann die dritte Beratung dieser Vorlagen erfolgen. Außerdem soll die dritte Beratung der Strafgesetznovelle (Lex Wagner) vollendet werden, event. das Arbeitskammergesetz zur Beratung kommen, wenn es in der Kommission so weit fertig gestellt ist. Der 20. und 21. November wird wegen des Bußtages sitzungsfrei sein. Am 23. November soll dann die zweite Lesung des Privatbeamtenversicherungs-Gesetzes stattfinden, und dann im übrigen die kleinen Gesetze bis Ende November fertig beraten werden. Von nationalliberaler Seite wurde angeregt, ob nicht eine gemeinsame Aktion der Parteien vor Abschluß des Marokkovertrages seitens der Parteien im Reichstag zu unternehmen sei, damit der Reichstag nicht vor ein fait accompli gestellt werde. Von verschiedenen Seiten, speziell den Konservativen und der Zentrumspartei wird dagegen eingewendet, daß ohne Beratung der Fraktionen eine solche Vereinbarung nicht zu schaffen sei. Außerdem wurden Zweifel an dem praktischen Ausgang dieser Sache ausgesprochen. Da es zu keiner Verständigung über eine gemeinsame Aktion kommen konnte, blieb die Anregung auf sich beruhen.

•

Der Abschluß der Marokkoverhandlungen dürfte nunmehr in allernächster Zeit zu erwarten sein, so daß einer Besprechung ihres Ergebnisses am 8. November in der Tat kein Hindernis mehr im Wege stehen dürfte. Ueber die Kompensationen soll volle Einigkeit erzielt sein, es wird sogar behauptet, daß die anderen Mächte bereits von den Einigungsbedingungen unterrichtet worden seien.

Der formale Abschluß wird von dem nächsten französischen Ministerrate erwartet — jedenfalls wird die Affäre auch der Form nach in wenigen Tagen abgewickelt sein. Dann darf auch das deutsche Volk erfahren, mit welch glorreicher kolonialen Neuerwerbung unsere geniale Diplomatie die Nation beglückt hat, die Nation, die dann das kostspielige Vergnügen teuer berappen wird! Denn zu den direkten kolonialen Mehrausgaben werden auch **enorme neue marinistische Lasten** hinzutreten!

Geldvergeudung und Lebensmittelteuerung.

Am dritten Tage der Teurungsdebatte im Reichstage wurde zunächst über zwei Kolonialrechnungen aus früheren Jahren debattiert. Die Verhältnisse bringen es allerdings mit sich, daß die Abrechnungen der Kolonialverwaltung erst nach mehreren Jahren der Oberrechnungskammer und dann dem Reichstage zur Prüfung unterbreitet werden können; daß aber die eine dieser Jahresrechnungen, die jetzt dem Hause vorliegen, die für Kiautschou, noch auf das Jahr 1904 zurückgeht, ist jedenfalls ein Beweis dafür, daß manche Sachen in übermäßiger Weise verschleppt werden. Als die beiden Abrechnungen zur Debatte kamen, rügten die Redner der verschiedensten Parteien abermals, daß die Verwaltung sich nur notdürftig an den Etat gehalten hatte, und es deshalb in verschiedenen Fällen zu Etatüberschreitungen gekommen war. Diese Etatüberschreitungen beliefen sich z. B. für Südwestafrika im Jahre 1908 auf mehr als eine Million Mark. Es wurde der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Rechnungskommission des Reichstages sich nicht mit platonischen Beschwerden begnügen solle.

Genosse Noske nahm einen besonders skandalösen Fall zum Anlaß, um weitergehende Forderungen zu stellen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Marineverwaltung, der bekanntlich auch die Verwaltung von Kiautschou unterstellt ist, Mittel, die für Kiautschou bewilligt waren, zur Entlohnung von Beamten im Marineamt selbst verwendet. Das war schon vom Oberrechnungshof und vom Reichsschatzamt gerügt worden. Noske meinte, es sei doch zu erwägen, ob der Reichstag nicht hier einmal ein Exempel statuieren solle durch einen Beschluß, der den Marineminister nötigt, diese zu unrecht verwandten Beträge aus der eigenen Tasche zu ersetzen. Die beiden Rechnungen wurden dann, wie üblich, der Rechnungskommission zur näheren Prüfung überwiesen.

Nach diesem Einblick in die Art und Weise, wie die hochgeschätzte Reichsregierung die Reichsgelder verplempert, wandte sich das Haus dann wieder in der Teuerungsdebatte der Frage zu, mit welcher Not die Aufbringung dieser Reichsgelder für die breiten Massen des Volkes verknüpft ist. Wieder eröffnete ein Agrarier den Reigen, und zwar der Graf Kanitz, der Theoretiker des preußischen Großgrundbesitzes. Mit aller Lungenkraft, die er aufzubringen vermochte, erstattete er dem Reichskanzler den Dank der konservativen Partei dafür, daß er „nicht rütteln lassen will an unserer bewährten Wirtschaftspolitik". Dann wandte er sich gegen seinen nationalliberalen Vorredner Fuhrmann, dessen gemäßigtes Agrariertum natürlich den hochgespannten Ansprüchen der Edelsten und Besten nicht entspricht. So geht es aber den Künstlern der mittleren Linie, daß sie meist von beiden Seiten Schläge bekommen. Graf Kanitz nahm es dem Herrn Fuhrmann übel, daß er überhaupt das Bestehen einer Teuerung anerkannt hatte und spielte gegen ihn den nationalliberalen Stadtdirektor Tramm in Hannover aus, der die Teuerung einfach bestritten hatte. Auch der Theoretiker Kanitz operierte dann wie vorher die agrarischen Praktiker von Bethmann Hollweg bis Niederlöhner mit der Aufzählung unbestrittener Wahrheiten, daß nämlich die Getreidepreise bald hoch und bald niedrig seien, daß auch der Zwischenhandel zur Verteuerung mitwirke, und daß die Landwirtschaft große Lasten zu tragen habe.

Gegen die Sozialdemokratie ließ Kanitz dann gleichfalls die Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte", Schippel, Calwer und Arthur Schulz, aufmarschieren. Er fügte sinnreich noch den ehemaligen französischen Minister Briand hinzu, dem er die unverdiente Ehre antat, ihn einen Sozialdemokraten zu nennen. Unter den freisinnigen Abgeordneten hatte er sich Herrn Gyßling als Gewährsmann ausgesucht, der ihm sympathischer ist als Herr Oeser. Graf Kanitz verlangte von der freisinnigen Partei, daß sie genau definieren solle, was denn eigentlich unter dem „Abbau des Schutzzollsystems" zu verstehen sei. Von irgendwelchem Zugeständnissen zur Milderung der Not war bei Kanitz überhaupt nichts zu spüren. Vor allen Dingen will er nichts von der Einschränkung des Ausfuhrscheinsystems wissen, im angeblichen Interesse der ostpreußischen Landwirtschaft.

Als dritter Minister nahm dann an dieser Debatte der Staatssekretär des Innern, Herr Delbrück, das Wort. Er hatte es sich zur Aufgabe gestellt, durch endlose statistische Tabellen etwas zu beweisen, was niemand bestritten hatte, daß nämlich Deutschland in den letzten Jahrzehnten einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat. Der Trugschluß, mit dem er selbst wie die sämtlichen Vertreter der herrschenden Parteien operierten, ist nur der, daß dieser Aufschwung zurückzuführen sei auf das Hochschutzzollsystem, das nach unserer Auffassung nur den Hemmschuh für den Aufschwung bildet. Herr Delbrück tat aber noch ein Uebriges, denn er suchte, wie schon Graf Kanitz, die Teuerung selbst aus der Welt zu reden oder doch als ganz unbedeutend hinzustellen. Auch gegen die Vorschläge zur Einführung von Gefrierfleisch führte er das schwere Geschütz statistischen Materials ins Feuer. Er tischte sogar das Märchen auf, daß in Oesterreich der Versuch, Gefrierfleisch einzuführen, an der Abneigung der Bevölkerung gescheitert sei, und daß in Bern zwar bürgerliche Familien, nicht aber die Arbeiter Gefrierfleisch abgenommen hätten.

Als Herr Delbrück seine lange Rede mit weitschweifigen Einleitungen begann, wurde ihm von sozialdemokratischer Seite zugerufen, er möchte doch endlich zur Sache kommen. Da ereiferte sich der freikonservative Dr. Arendt für den Minister mit dem herausgepolterten Zwischenruf: „Das ist die erste Rede zur Sache!" Der Unglückliche merkte zu spät, daß er damit ein vernichtendes Urteil über die lange Reihe der agrarischen Vorredner, einschließlich den Reichskanzler von Bethmann Hollweg gefällt hatte.

Der Minister von Breitenbach bemühte sich, kurz die Maßregeln der preußischen Eisenbahnverwaltung zur Verbilligung der Tarife darzulegen. Dann kam für die Sozialdemokraten als zweiter Redner Genosse Südekum zum Wort. Er wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen die Versuche der verschiedenen Minister einschließlich des Reichskanzlers, die Debatte von der Frage einer Linderung der Volksnot hinüberzuspielen auf das weitere Gebiet einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über das herrschende Wirtschaftssystem. Dadurch werde einerseits die Wichtigkeit der Notlinderung verschleiert, andererseits springe daraus mit großer Deutlichkeit doch nur hervor, daß die Regierung in ihrer peinlichen Verlegenheit die krampfhaftesten Anstrengungen macht, eine zugkräftige Wohlparole an den Haaren herbeizuziehen. Alle Versuche, die Not des Volkes aus der Welt zu reden oder in Berge statistischer Zahlen zu verstecken, scheitern aber in den nackten Tatsachen, die uns überall ins Gesicht starren. So sei es völlig irreführend, wenn von einer Besserung der Wohnungsverhältnisse gesprochen würde, das Gegenteil sei der Fall, in den großen Städten herrsche ein grauenhaftes Wohnungselend. Ein Staat und Volk, die nichts dagegen ernstlich unternehmen, verdienen nicht den Namen eines Kulturvolkes. Daß die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung zurückgedrängt werden, geben selbst Zentrumsarbeiter zu. Es macht den Eindruck einer ungewollten Brutalität, daß der Reichskanzler in seinen Ausführungen vollständig das Mitgefühl für die Not des Volkes vermissen lasse. Wenn er den Kommunen die Aufgabe zuweist, durch Wareneinkauf der Bevölkerung zu Hilfe zu kommen, so habe er offenbar ganz übersehen, daß die Kommunen durch das elende Dreiklassenwahlsystem in den Händen derjenigen Bevölkerungsschichten, der Hausbesitzer und Geschäftsleute, seien, die gar kein Interesse daran hätten, den Zwischenhandel auszuschalten, und die Regierung habe durch Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlunrechts in Preußen wie in den Kommunen das Recht verwirkt, die Kommunen vorzuschieben.

Südekum hatte im Laufe seiner kräftigen Ausführungen ironisch darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler den Verhandlungen ferngeblieben sei. So mußte denn zu dessen Verteidigung Herr Delbrück in die Bresche springen, indem er durch Zitat aus Bethmanns Rede zu beweisen suchte, daß man ihm keine Brutalität, auch keine ungewollte, vorwerfen könne. Südekum erwiderte darauf, auf den Ausdruck komme es ihm gar nicht an, sachlich halte er seine Kritik aufrecht; die unverbindlichen Redewendungen, die Delbrück zitiert hatte, würden in der Kirchensprache als Lippendienst gekennzeichnet. Der Präsident Graf Schwerin bewies durch einen Ordnungsruf, daß er den herben Sinn dieser Worte verstanden hatte.

Morgen geht die Debatte weiter.

Die chinesische Revolution.

Ueber London kommt eine Nachricht, die, wenn sie sich bestätigen würde, die Situation in China noch viel kritischer gestalten würde. Nach dieser Meldung sollen 1000 Mann japanischer Truppen in Mukden eingerückt sein. In Mukden, der Hauptstadt der südlichen Mandschurei, die an Korea grenzt, haben die Japaner schon lange wirtschaftlich festen Fuß gefaßt und an sich wäre der Versuch nicht unwahrscheinlich, der wirtschaftlichen die politische Eroberung nachfolgen zu lassen. In der Tat fürchteten die chinesischen Revolutionäre von Anfang an das Eingreifen Japans in ihre Auseinandersetzung mit der Mandschudynastie. Es heißt auch, daß die Japaner auf Wunsch der chinesischen Regierung, die sich selbst nicht mehr zu helfen weiß, eingerückt seien. Wäre dies zutreffend, so würde die nationale Bewegung, die sich gegen den Landesverrat der Dynastie erheben würde, die Revolution aufs stärkste unterstützen. Andererseits erwüchse ihr aber ein übermächtiger Gegner in der japanischen Armee. Auch müßte damit gerechnet werden, daß Rußland im Norden der Mandschurei dasselbe täte, was Japan im Süden, während die übrigen Mächte und vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika dieser Zerstückelung Chinas nicht untätig zusehen würden. Man muß also hoffen, daß die Nachricht unbestätigt bleibt und die Mächte der chinesischen Revolution die versprochene Neutralität auch wirklich halten.

Im übrigen stimmen alle Nachrichten überein, daß die Revolution unaufhaltsam fortschreitet. In Peking herrscht Panik, die Regierung leidet an äußerster Geldnot und ist nicht mehr imstande, die Ratenzahlungen für die Kriegsentschädigung an die fremden Mächte zu leisten. Die kaiserliche Armee ist unbeweglich, da es ihr an Geld, Munition und Geschützen mangelt. Die Führer zaudern, da sie der Treue ihrer Truppen nicht gewiß sind und zum Teil selbst lieber mit den Rebellen, als gegen sie marschieren würden.

Bombenattentat gegen einen kaiserlichen General.

Canton, 25. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Während der neue Mandschugeneral Fungsen, der am Morgen gelandet war, in der Tschongtschingstraße am Admiralitätsgebäude vorüberging, wurden von den Dächern benachbarter Häuser Bomben herabgeworfen, durch die 30 Soldaten getötet wurden. Infolge der Explosion brach in mehreren Häusern Feuer aus, das jedoch bereits gelöscht ist. Die Stadt ist ruhig.

Der General selbst wurde so schwer verwundet, daß er bald darauf seinen Verletzungen erlag.

Fortschritte des Aufstandes.

Peking, 25. Oktober. Ueber den Fall von Kiukiang liegen jetzt Konsulatsberichte vor, in denen die Einäscherung des dortigen Yamen bestätigt wird. Die kaiserlichen Truppen hätten den Aufständischen keinen ernstlichen Widerstand entgegengesetzt. Aus Itschang sei ein Dampfer mit chinesischen Truppen, die unter weißer Flagge fuhren, in Wutschang angekommen.

Nach einer Meldung aus Sianfu hätten die dortigen Aufständischen den Mohammedanern von Kansu, die sich seit August im offenen Aufruhr befänden, Vorschläge unterbreitet. Beide Teile würden sich wahrscheinlich den Streitkräften der Aufständischen anschließen. — Wie aus Sutschou, Tsinanfu und anderen Städten berichtet wird, ist eine Anzahl chinesischer Seeleute von den Kanonenbooten desertiert.

Ein Brief des revolutionären Generals.

Schanghai, 24. Oktober. Die einheimische Zeitung „China Times" veröffentlicht einen Brief des Führers der Aufständischen Lituanhung an den Admiral Sah, in dem Lituanhung seinen Anschluß an die Aufständischen mit der Begründung rechtfertigt, daß, als der Aufstand ausbrach, seine eigenen Truppen nicht zur Stelle gewesen seien. Er habe versucht, zu entkommen, sei aber festgehalten und gezwungen worden, den Oberbefehl zu übernehmen. Nunmehr habe er erkannt, daß alle Menschen, vom höchsten angefangen bis zum niedrigsten, von einer Sinnesart seien und halte es für besser, einer geeinigten als einer uneinigen Partei anzugehören.

Hukou am Pohang-See ist, wie berichtet wird, in die Hände der Aufständischen gefallen.

Ein deutsches Kanonenboot in Tschangscha.

Berlin, 25. Oktober. Der Chef des Kreuzergeschwaders hat gemeldet: Das Flußkanonenboot „Vaterland" ist nach Tschangscha (Hauptstadt der Provinz Hunan am Siang-Fluß) entsandt, das die Aufständischen ohne Kampf besetzt haben. In Hankau ist alles ruhig.

Der Krieg.

Die offiziellen Nachrichten, die die italienische Regierung heute verbreiten läßt, lassen trotz aller Schönfärberei deutlich erkennen, daß den Italienern ihr Raubzug teuer zu stehen kommt. Nur daß wieder die Opfer dieser kapitalistischen Politik die unglücklichen Proletarier sind, die man gezwungen hat, mit den Waffen in der Hand den Ausbeutungsgelüsten des Kapitals zu dienen, wie sonst ihre Klassengenossen ihr ganzes Leben lang in Werkstätten und Fabriken für den kapitalistischen Profit fronden müssen. Hunderte armer Soldaten sind bereits gefallen. . . .

Die Italiener haben in der Nähe von Tripolis schwere Kämpfe zu bestehen und in der Stadt selbst scheinen sich die Eingeborenen erhoben zu haben und im Straßenkampf den italienischen Truppen entgegengetreten zu sein. Die Araber, von deren Unterwerfungen immer wieder erzählt wurde, haben sich als gefährliche und tapfere Feinde erwiesen. Die Italiener stoßen auf erbitterten Widerstand und gleich zu Anfang des wirklichen Krieges zeigt es sich, daß die italienische Heeresleitung ihrer Aufgabe nur wenig gewachsen ist.

Die Lage in Tripolis.

Tripolis, 25. Oktober. (Meldung der Agenzia Stefani.) Da an dem gestrigen Zusammenstoß auch aufrührerische Araber teilgenommen hatten, die sich in der Oase im Rücken der von den Italienern eingenommenen Linie befanden, hat General Caneva die Entwaffnung der Bewohner der Stadt und der Oase streng durchführen lassen. Man hat viele allenthalben versteckte Waffen und mit Vorräten und Munition gefüllte Hütten entdeckt. Die Waffen wurden beschlagnahmt und die Hütten in Brand gesteckt, da es unmöglich war, die Patronen rechtzeitig fortzuschaffen. Viele Araber wurden festgenommen. Diejenigen, die Widerstand leisteten und auf die Italiener schossen, wurden auf der Stelle erschossen. Der Kawaß des deutschen Konsuls, der einen verwundeten Italiener erdolcht hatte, wurde von dem Konsul selbst den italienischen Behörden ausgeliefert. Diese stellten ihn sofort vor das Kriegsgericht und ließen ihn gemäß dem Gerichtsurteil erschießen.

Unter den Arabern, die augenscheinlich im Einverständnis mit den Angreifern standen, brach auf dem italienischen linken Flügel hinter dem 11. Bersaglieri-Regiment eine Rebellion aus, während die Bersaglieri damit beschäftigt waren, den Angriff der türkischen Infanterie zurückzuweisen, die, gedeckt durch kleine Gartenmauern, vorrückte. Den von dem hügeligen Terrain begünstigten Arabern gelang es, den Bersaglieri nicht unbedeutende Verluste beizubringen, aber die Italiener machten, ohne die Kaltblütigkeit zu verlieren, auf der Stelle gegen beide Seiten Front, machten zahlreiche Araber nieder und nahmen viele gefangen. Der Kampf dauerte mit wechselnder Stärke gegen acht Stunden und verursachte infolge des unebenen Geländes viele Schwierigkeiten, da es zu großer Truppenzersplitterung zwang. An der letzten Phase des Kampfes nahmen Verstärkungen teil, die vom 82. Infanterieregiment gekommen waren, und endlich gelang es den Truppen, die Araber und Türken von allen Punkten zu vertreiben und das Gelände vor ihnen zu säubern. Die Verluste des Feindes waren außerordentlich groß. Ueber die Verluste der Italiener, die verhältnismäßig nicht sehr schwer (?) waren, haben sich noch keine genauen Daten ermitteln lassen, da die Truppen noch mit der Entwaffnung der Bevölkerung zu tun hatten. Auf dem linken Flügel rekognoszierende Patrouillen fanden zwischen Harne und Mersi hunderte von türkischen und arabischen Toten. Während man längs der vorgeschobenen Positionslinien, besonders auf der linken Seite, kämpfte, begann in der Stadt eine Panik, die sehr ernsthaft hätte werden können. Der Ursprung der Panik war folgender: Ein Militärarzt, der einen verwundeten Offizier begleitete, gab, um eine Ansammlung der Volksmenge um den Wagen zu vermeiden, dem Unteroffizier, der den Wagen geleitete, den Befehl, die Arbeiter zu entfernen. Der Unteroffizier gehorchte und die zurückweichende Menge bot das verwirrende Bild einer Flucht; infolgedessen kam es zu einigen Tumulten. Läden, Cafés und Häuser wurden geschlossen, einige Einwohner, die sich auf den Terrassen aufhielten, begannen Revolverschüsse abzugeben. Der Alarm pflanzte sich nach den Kasernen fort und besonders nach vereinzelten Wachposten, von wo einige Flintenschüsse fielen. Jedoch wurde das Feuer sofort auf Veranlassung der herbeigeeilten Offiziere eingestellt. Ein junger Araber in Diensten von Offizieren des Bersaglieri-Regiments, von denen er Wohltaten empfangen hatte, versetzte einem Hauptmann dieses Regiments, während er das Feuer gegen den Feind leitete, einen Dolchstich. Der Angreifer wurde erschossen. Gefangenentrupps kommen fortwährend; sie werden, geleitet von Karabinieri, nach den Kasernen und anderen sicheren Orten geführt. Dies hat auf die arabische und türkische Bevölkerung großen Eindruck gemacht. Bis jetzt sind 31 Todesurteile verhängt und sofort vollstreckt worden. Sie betrafen Araber, die mit der Waffe in der Hand, gegen die Italiener gerichtet, überrascht wurden. —

Gestern früh erkundeten Flugzeuge das Gelände vor der Front der Italiener und entlang der Karawanenstraße von Tripolis nach Cafr Gariar. Hier entdeckte man ein ausgedehntes Lager der Türken und Araber. Im Laufe des Tages sah man in mehreren Orten Gruppen von Arabern und Türken von verschiedener Stärke, ohne daß aber ein Angriff erfolgte.

Das 8. Bersaglieri-Regiment, das Homs besetzt hält, ging vorgestern gegen feindliche Scharen vor, die sich vor seiner Front zeigten, und zwang sie, sich unter bedeutenden Verlusten nach Marghele zurückzuziehen. Die in Tripolis vorgenommenen Verhaftungen belaufen sich auf ungefähr zweitausend.

Die Italiener gegen den Frieden.

Rom, 24. Oktober. Die „Tribuna" druckt heute einen ihr von einer ausländischen Persönlichkeit zugegangenen Brief ab, in dem Italien geraten wird, dem Beispiel Englands in Aegypten und Frankreichs in Tunis folgend, in Tripolis wenigstens vor der Hand die nominelle Souveränität des Sultans bestehen zu lassen. Das Blatt bemerkt zu diesem Schreiben, Italien könne sich mit einer derartigen Stellung in Tripolis nicht abfinden. Die öffentliche Meinung habe sich dem zu entschieden widersetzt, und die Regierung habe keinen Anlaß, der öffentlichen Meinung in dieser Frage entgegenzutreten. Die Verhältnisse in Aegypten und Tunis ließen sich mit denen in Tripolis nicht auf eine Stufe stellen. Anstatt sich der Gefahr auszusetzen, daß die ganze Frage in einem weniger günstigen Augenblicke wieder aufgerollt werde und alsdann eine neue Drohung für den europäischen Frieden bilde, sei es besser, wenn die politische Stellung Italiens in Tripolis ein für allemal endgültig geregelt sei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Oktober 1911.

Stichwahlabkommen für Elsaß-Lothringen.

In Elsaß-Lothringen ist nunmehr zwischen Liberalen und Demokraten einerseits und den Sozialdemokraten andererseits ein Stichwahlabkommen abgeschlossen worden. Da bei den Wahlen am künftigen Sonntag die einfache Mehrheit entscheidet, wäre es möglich, daß der Zentrumskandidat den Sieg davontrüge, obwohl die für die liberalen und sozialdemokratischen Kandidaten

gesondert abgegebene Stimmenzahl bedeutend größer wäre. Da nun in allen Kreisen das Zentrum als gemeinsamer Gegner in Frage kommt, ergab es sich von selbst, daß Liberale und Sozialdemokraten ein Abkommen auf gegenseitige Unterstützung treffen. Das Wahlbündnis ist auf folgender Grundlage zustande gekommen:

1. Die Beseitigung der Gemeindewohnsitzklausel und Einschränkung der Landeswohnsitzklausel. 2. Einführung der progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer; Abschaffung der indirekten Steuern auf Lebens- und Genußmittel. 3. Ausbau der Gewerbeinspektionen, insbesondere gesetzliche Regelung des Bau-, Berg- und Hüttenarbeiterschutzes; Einführung des deutschen Gewerbegerichtsgesetzes, Vermehrung der Gewerbegerichte. 4. Sicherung des Koalitionsrechtes für alle Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie, des Staates und der Gemeinden. 5. Bekämpfung aller auf die Klerikalisierung des Staates und seiner Einrichtungen, besonders der Schulen gerichteten Bestrebungen. (Punkt 5 wird unter Vorbehalt der Abänderung wiedergegeben.)

Auf der Grundlage dieses Abkommens wurde vereinbart, daß die sozialdemokratische Partei in 17 Wahlkreisen ihre Kandidaten zurückziehen, darunter zwei, in denen ihre Stimmenzahl größer ist als die der Liberalen. In zwei weiteren Wahlkreisen übt die Sozialdemokratie Stimmenthaltung, da die Liberalen stark genug sind, um Zentrum und Block zu schlagen. In den restlichen acht Wahlkreisen ziehen die Liberal-Demokraten ihre Kandidatur zurück und stimmen für den Sozialdemokraten. Wie im einzelnen die Verhältnisse liegen, zeigen folgende Tabellen, die wir der „Frankfurter Zeitung" entnehmen:

I. Sozialdemokratie für Liberale und Demokraten:

	L.-D.	Soz.	L.-D. u. Soz.	Z.	Natl.	Bl.	Versch.
2. Altkirch-Dammerkirch	1824	897	2721	2603	—	—	—
4. Colmar-Münster	2097	2340	4437	—	2245	—	—
12. Hüningen-Sierenz	955	1488	2443	2307	—	—	—
18 Straßburg I	1989	1011	3000	735	395	—	825[1])
19. Straßburg II	1803	1641	3444	494	173	—	—
25. Brumath	1816	1089	2905	2727	—	—	—
26. Truchtersheim	1890	748	2138	2101	1008	—	1287[2])
30. Bischweiler	944	700	2851[3])	2671	—	—	1198[4])
37. Sulz-Wörth	2440	114	2554	2461	—	—	—
38. Zabern-Maursmünster	1672	950	2622	2247	—	—	—
40. Buchsweiler	2073	840	2413	—	—	—	2035[5])
41. Metz I	1710	670	2380	931	—	—	1009[6])
42. Metz II	945	685	1580	811	—	1131	570[7])
44. Montigny	1987	750	2737	2022	—	—	—
55. St. Avold	783	704	1487	1960	—	—	503[8])

[1]) Wirtschaftl. St., [2]) Agrarier, [3]) Zuzüglich der unabh. Stimmen, [4]) Unabh.-Lib, [5]) Unabh. Agrarier, [6]) Klerikalliberaler, [7]) Unabh., [8]) Lothr. Block.

II. Liberale bei sozialdemokratischer Stimmenthaltung:

	L.-D.	Soz.	Z.	Bl.
10 Mülhausen III	2190	(1709)	702	—
15. Vigny-Rombach	2286	(746)	—	1671

III. Liberal-Demokraten für Sozialdemokratie.

	L.-D.	Soz.	L.-D. u. Soz.	Z.	Natl.	Bl.	Versch.
3. Colmar-Stadt	975	1591	2566	1914	—	—	206[1])
6. Gebweiler-Sulz	—	2002	—	1715	—	—	1754[2])
4. Mülhausen VI (Land)	877	2864	3241	1821	668	—	—
13. Habsheim-Landser	993	1747	2740	1864	—	—	704[3])
15. Markirch-Schmierlach	941	2400	3341	—	2006	—	—
20. Straßburg III	1613	1803	3416	657	352	—	—
21. Straßburg IV	1231	1424	2655	588	370	—	448[4])
32. Schirmeck	862	2226	3088	2605	—	—	—

[1]) Wirtschaftl., [2]) Unab. Lib., [3]) Unabh., [4]) Wirtsch.

Zur Stichwahl in Konstanz.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee hat die Parole natürlich für den Nationalliberalen Schmid gegen den Zentrumskandidaten v. Rüpplin ausgegeben, nachdem Herr Schmid und mit ihm die nationalliberale Parteileitung für den ersten badischen Wahlkreis die Jenaer Stichwahlbedingungen akzeptiert hat. In dem Wahlaufruf unserer Genossen heißt es:

Unbeschadet unserer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Nationalliberalen, die wir auch im verflossenen Hauptwahlkampf aufs nachdrücklichste betont haben, fordern wir unsere Wähler deshalb auf, am 27. Oktober vollzählig zur Urne zu gehen, Mann für Mann dem Kandidaten des liberalen Blocks, Herrn Gärtnermeister Georg Schmid die Stimme zu geben und in ihren Kreisen nach Kräften in diesem Sinne tätig zu sein.

Unsere Parole muß lauten: Nieder mit dem volksverräterischen Zentrum!

Hoffentlich gelingt es, am Freitag die Niederlage des Zentrums zu einer endgültigen zu machen.

Die „berichtigte" Wahrheit.

Daß die „Märkische Volksztg." und ihre Nährmutter, die „Germania", zu den sonderbarsten Heiligen gehören, ist ja seit langem bekannt. Immerhin ist es eine ungeheuerliche Leistung, wenn das Blatt unter dem 24. d. M. folgende Berichtigung bringt:

In dem Bericht über die Versammlung der Eisenbahner in der Neuen Welt, die zum letzten Sonntag zur Besprechung der Teuerung einberufen war, hieß es, mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann (der aus dem Saal gewiesen wurde) hätten sich über tausend Eisenbahner erhoben, um dem Sozialdemokraten zu folgen. Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Diejenigen Personen, die sich um Hoffmann schon vor Beginn der Versammlung geschart hatten, waren Nichtangehörige des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter Sitz Berlin, früher Trier.

Wer lacht da? Neun volle Tage waren seit der Versammlung verflossen, ehe die Berichtigung zur Redaktion des Blattes für „Wahrheit und Recht" gelangte. Ist sie über Trier oder über das Eisenbahnministerium gewandert? Beiden hat die Solidarität, welche die Eisenbahnarbeiter dem Abgeordneten Hoffmann gegenüber übten, gleich weh getan. Aber das ist doch noch kein Grund, jede Logik fahren zu lassen und sich als Organ für „Wahrheit und Recht" selbst der Lächerlichkeit preiszugeben. Erst hat man die Zahl der Besucher auf drei- bis fünftausend in der bürgerlichen Presse angegeben, von denen nach Hoffmanns Fortgang nach den übereinstimmenden Berichten höchstens 400—500 zurückgeblieben waren; und von diesen ergriffen noch über die Hälfte die Partei Hoffmanns. Wenn das etwa auch keine Eisenbahnarbeiter und -Handwerker gewesen sein sollen, dann wären ja überhaupt nur 200 wirkliche Eisenbahner zu der Versammlung geeilt. Wem will denn das die „Märk. Volksztg." einreden, zumal auch die Kontrolle sehr streng gehandhabt wurde. Daß den Vorgesetzten und den Blättern vom Schlage der „Märk. Volkszeitung" die Tausende Eisenbahnern, die mit Hoffmann den Saal verließen, stark auf die Nerven gefallen sind, glauben wir sehr gern. Die „Märk. Volksztg." wird noch oft genug erfahren, daß sich auch die Eisenbahner nicht mehr vom Trierschen Verband gängeln und vom Ministerium ihre Gesinnung vorschreiben lassen. Die Zeiten sind dahin und kehren nicht wieder.

Die bayerische Marokkointerpellation.

Die „Münchener Post" schreibt in einer Erwiderung auf unsere Ausführungen, daß, abgesehen davon, daß die Unterstützung von 25 Abgeordneten, die zur Herbeiführung einer Besprechung der Interpellation erforderlich ist, nicht zu erhalten war, die Verschiebung der Interpellation keineswegs ihre Vereitelung bedeute. Denn, wenn die Regierung die Frist für ihre Antwort zu weit steckt, so wird sie eben bei der in nächster Zeit beginnenden Debatte zum Etat des Ministeriums des Aeußeren auf die den Text der Interpellation bildende Frage Rede stehen müssen.

Die „Münch. Post" wendet sich da gegen Dinge, die wir gar nicht bestritten haben. Der springende Punkt ist der: Unserer Meinung nach hätte die Fraktion nicht ihre Zustimmung zu der Verschiebung kundgeben sollen, sondern umgekehrt das Bedauern feststellen müssen, daß die Geschäftsordnung und das Versagen der bürgerlichen Parteien es der Volksvertretung unmöglich gemacht hat, in dieser wichtigen Frage rechtzeitig Stellung zu nehmen.

Das Ende eines Polizeibureaukraten.

Der zweite Bürgermeister der Residenz Stuttgart quittiert den Dienst. Seit einem halben Jahre weilt Bürgermeister Dr. Rettich bereits in Krankenurlaub. Nun hat er sein Pensionsgesuch eingereicht, dem zweifellos stattgegeben wird.

Herrn Dr. Rettich unterstand die Polizeiverwaltung der Stadt. Sehr frommen und sehr einflußreichen Kreisen der Residenz wurde die Tätigkeit der städtischen Polizeiassistentin Arendt unbequem. Es setzte eine Hetze ein, ganz ähnlich der gegen die Mainzer Polizeiassistentin Frau Schapiro. Nur mit dem Unterschied, daß Fräulein Arendt weniger vorsichtig gewesen und ihr Vorgesetzter Dr. Rettich kein so unzugänglicher Mann war als der Mainzer Polizeivorstand. Eine Episode aus dem Kampfe gegen die Polizeiassistentin Arendt mag das beweisen:

Die Beamtin vermutete, daß der Kinderhandel zu unsittlichen Zwecken vorzugsweise durch den Inseratenteil der bürgerlichen Presse geübt werde. Sie ging den Adoptionsannoncen nach. Die Folge war folgende Weisung des Bürgermeisters Dr. Rettich an das Stadtpolizeiamt:

„Es wäre dringend erwünscht, daß die Arendt mit laufenden Geschäften so bedacht würde, daß sie keine Zeit dazu findet, „lange Zeit hindurch den Annoncen in den Tageszeitungen nachzugehen". Dafür hat sie der Gemeinderat nicht angestellt, ganz abgesehen davon, daß diese Adoptionsgeschichten eine altbekannte Misere sind. Das Mißliche bei der Sensationsschriftstellerei der Arendt ist das, daß sie regelmäßig dabei mit ihrer amtlichen Eigenschaft als „Polizeiassistentin in Stuttgart" krebsen geht und so die Stadt Stuttgart in den Verruf bringt, als ob alles, was sie findet, spezifisch stuttgarterisch ist. — Mir persönlich vollständig gleichgültig, aber in weiten Kreisen mißfällig bemerkt ist auch das, daß sie, wie keine andere irgendwo und irgendwie beamtete Person fortgesetzt Material zur Schlechtmachung der bestehenden Gesellschaft liefert. Jeder andere Polizeibeamte usw. könnte das ebenso gut, alle anderen sind aber zu taktvoll dazu und — zu gut dienstlich gezogen."

Eine Polizeibeamtin, die fortgesetzt Material zur Schlechtmachung der bestehenden Gesellschaft liefert, ist natürlich unmöglich. Jeder andere Polizeibeamte könnte das zwar ebenso gut, aber Aufgabe der Polizei ist doch nicht, einer „alten Misere" zu Leibe zu gehen, sondern die bestehende Gesellschaftsordnung zu stützen.

Die Polizeiassistentin schied aus dem städtischen Dienst aus. Nun folgt ihr auch der Vorgesetzte. Selbst die Verleihung des Bürgermeistertitels durch den König an den verdienten Mann, der die bestehende Gesellschaft nicht schlecht machen läßt, hat ihm die politische Gesundheit wiedergeben können.

Ein Zentrumsredakteur, der einen katholischen Priester beleidigt.

Im März d. J. veröffentlichte der katholische Priester und Schriftsteller Dr. Joseph Müller in der in Passau erscheinenden „Theologischen praktischen Monatsschrift", die von zwei katholischen Pfarrern redigiert resp. herausgegeben wird, einen Aufsatz über die Nervosität in der Presse. Der Aufsatz enthielt unter anderem folgenden Satz: „Man sehe nur das Rohe, raffiniert Verletzende in der Preßpolemik, die schamlose Lüge und das Totschweigen gelehrter Werke und Personen, die nicht zur Partei gehören, anderseits das Hinaufloben kläglicher Machwerke von Freunden. Die katholische Presse ist hier nicht besser, vielmehr noch schofler als die gegnerische." In den Aufsatz waren diese Behauptungen näher begründet und durch Beispiele illustriert. Vier Wochen nach Erscheinen dieses Aufsatzes erschien darüber im Hauptorgan des bayerischen Zentrums, in dem in München erscheinenden „Bayerischen Kurier" ein klobiger Artikel, in dem Dr. Joseph Müller gehörig heruntergerissen war und der in dem Satz gipfelte, daß dieser Priester ein Querulant sei, der sich in eine Wasserheilanstalt begeben sollte. Der Artikel war so beleidigend gehalten, daß Dr. Müller gegen den verantwortlichen Redakteur des „Bayerischen Kurier" Osterhuber Beleidigungsklage anstrengte.

In der Verhandlung vor dem Nürnberger Schöffengericht war Osterhuber durch den Zentrumsabgeordneten Graf Pestalozza vertreten, der den Beweis zu führen suchte, daß Dr. Müller Querulant sei. Der Zentrumsgraf bezeichnete Dr. Müller u. a. deswegen als Querulanten, weil er das Verhalten der in den seinerzeitigen Würzburger Professorenstreik verwickelten katholischen Professoren abfällig kritisierte und weil er einmal schrieb, daß der verstorbene Bischof von Regensburg Senestrey es als Priester mit dem Zölibat nicht genau genommen hätte. Der Verteidiger des Dr. Müller, Dr. Stander, war aber in der Lage nachzuweisen, daß das, was Dr. Müller über die Würzburger Professoren und über Bischof Senestrey schrieb, den Tatsachen entsprach.

Der Zentrumsredakteur Osterhuber wurde alsdann zu 70 M. Geldstrafe verurteilt.

Typhusepidemie im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

Trotz aller Heimlichtuerei läßt sich die Tatsache nicht mehr ableugnen, daß der nordwestliche Teil des rheinisch-westfälischen Industriebezirks von einer Typhusepidemie von erschreckendem Umfange heimgesucht ist. Die Seuche erstreckt sich auf die Kreise Duisburg und Recklinghausen und hat allem Anschein nach ihre Ursache in der Beschaffenheit des Leitungswassers. Es steht nämlich fest, daß nur diejenigen Ortschaften von der Seuche befallen sind, welche Thyssensches Leitungswasser erhalten, und zwar haben diejenigen Gemeinden, in denen die ersten Abzweigungen des Hauptrohres liegen, die meisten Erkrankungen aufzuweisen. Die größte Ausdehnung hat die Krankheit im Revier Duisburg-Mülheim. Dort sind zurzeit etwa 700 Fälle zu verzeichnen. Im Hamborner Krankenhause befinden sich 170 Kranke. In Mülheim ist die Zahl so gewachsen, daß die Krankenhäuser den Anforderungen nicht mehr zu genügen vermögen. Dort, wie auch in Heissen, Horst (Emscher) und Gladbeck sind Baracken angeliefert worden. Im Gladbecker Krankenhause sind allein 130 Personen, die an der Seuche erkrankt sind, untergebracht. In den nördlich gelegenen Orten Kirchhellen und Dorsten tritt dagegen die Krankheit weniger stark auf.

Es ist seit einiger Zeit eine Untersuchungskommission aus Berlin im Revier anwesend, die auch der Ansicht zu sein scheint, daß das Thyssensche Leitungswasser hochverdächtig ist, so daß vor dem Genuß in unabgekochtem Zustande gewarnt wird.

Junggesellensteuer.

Der Landtag des Fürstentums Reuß ältere Linie nahm heute mit 7 gegen 5 Stimmen einen Antrag an, wonach solchen steuerpflichtigen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die das 30. Lebensjahr überschritten haben, ohne verheiratet zu sein, bei einem Einkommen von 3000 bis 6000 M. einen Steuerzuschlag von 5 Proz. und bei einem Einkommen über 6000 M. einen Zuschlag von 10 Proz. zu zahlen haben.

Graf Oppersdorff.

Die von den eigenen Glaubens- und Parteigenossen gegen den Zentrumsabgeordneten Grafen Oppersdorff seit langer Zeit betriebene Hetze hat den ersten Erfolg gezeitigt. Wie die klerikale „Neißer Zeitung" schreibt, ist Graf Oppersdorff aus dem katholischen Preßverein (Augustinusverein) ausgeschlossen worden. Es heißt in der kurzen Notiz:

„Wie wir zuverlässig erfahren, hat der Vorstand des Augustinusvereins in einer Sitzung, die Anfang Oktober stattfand, beschlossen, den Grafen Oppersdorff aus der Liste seiner Mitglieder zu streichen. Anlaß dazu bot eine Erklärung, die Graf Oppersdorff in der „Oberschlesischen Volkszeitung" (Nr. 206 vom 8. September) veröffentlichte — der „Germania" war diese Erklärung auch zugegangen, wurde von ihr aber nicht aufgenommen — in der er dem Vorsitzenden des Vereins den Vorwurf politischer Unaufrichtigkeit machte. Daß der angesehene Verein, dem fast die gesamte deutsche Zentrumspresse angehört, sich gezwungen gesehen hat, ein Mitglied des Reichstages und preußischen Herrenhauses aus seinen Reihen zu entfernen, dürfte wohl in den Annalen der Zentrumsgeschichte einzig dastehen."

Dieser Vorgang ist nur ein Glied in der Kette des Kesseltreibens gegen den Grafen Oppersdorf. Erst kürzlich wurde in einer Zentrumsversammlung in Breslau vom Grafen Henckel von Donnersmarck mit ziemlich deutlichem Hinweis auf den verfemten Grafen Oppersdorff von „albernen Faxereien" gesprochen. Im Wahlkreise Glatz-Habelschwerdt, den Oppersdorff im Reichstage vertritt, hat die Verhetzung der Zentrumswähler bereits einen solchen Grad erreicht, daß fast alle Versammlungen, in denen Graf Oppersdorff seinen parlamentarischen Bericht gab, im Gegensatz zu früher, sehr schlecht besucht waren. Bei dem in Zentrumsversammlungen üblichen Hoch auf den Wahlkreisabgeordneten blieben drei Viertel aller Anwesenden ostentativ sitzen und bekundeten damit öffentlich, daß die von den Kanzeln geschürte Hetze gegen den Grafen Oppersdorff Erfolg gehabt hat.

Inzwischen ist, wie der „Schlesischen Zeitung" aus Glatz telegraphisch gemeldet wird Graf Oppersdorff gänzlich kaltgestellt worden, denn das Kreiswahlkomitee seines Wahlkreises hat beschlossen, ihn nicht wieder aufzustellen.

Verurteilung betrügerischer Offiziere.

In dem wegen Gefährdung des dienstlichen Interesses unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur geführten Prozeß gegen die Leutnants Ewald Eggers und Günther Schmidt, beide vom 41. Infanterieregiment in Tilsit wurde am Mittwoch in öffentlicher Sitzung das Urteil verkündet und begründet. Leutnant Eggers wurde wegen Urkundenfälschung in einem Falle und Betruges in elf Fällen zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat der Untersuchungshaft verurteilt. Günther Schmidt erhielt wegen Betruges in 15 Fällen, erschwerter Entfernung vom Regiment, Ungehorsam in zwei Fällen und Falschmeldung in zwei Fällen zwei Jahre Gefängnis. Gleichzeitig wurde gegen beide Offiziere auf Entfernung aus dem Heere erkannt. In seiner Urteilsbegründung führte der Verhandlungsleiter Kriegsgerichtsrat Dr. Welt aus, die Straftaten der Angeklagten grenzen hart an Hochstapeleien und seien von den Angeklagten begangen worden, damit sie ein leichtsinniges, schwelgerisches Leben führen könnten.

Oesterreich.

Kritische Lage des Ministeriums.

Wien, 25. Oktober. Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse" hat der Deutsche Nationalverband dem Ministerpräsidenten erklärt, daß sich der Verband gegen die Rekonstruktion des Kabinetts mit zwei tschechischen Beamtenministern aussprechen müsse. — Im Parlament sind Gerüchte verbreitet, der Ministerpräsident werde die Frage erwägen, ob er Veranlassung habe, über die Lage des Kabinetts an die Krone zu berichten.

Frankreich.

Die Marokkofrage.

Paris, 25. Oktober. „Matin" meldet aus Madrid: Die Nachricht von dem Abschluß des deutsch-französischen Marokkoabkommens hat in Madrid lebhafte Sensation hervorgerufen. Sämtliche Blätter beschäftigen sich mit den zwischen Frankreich und Spanien bestehenden Beziehungen und erheben Einspruch gegen die Behauptung, wonach Spanien im Einvernehmen mit Deutschland handle. Die liberale und konservative Partei wollen nichts von einer Räumung Elksars und Larrasch wissen, sie wünschen jedoch mit Frankreich im Einvernehmen zu leben. Sie verlangen, daß die Spanien zuerkannten Rechte aufrechterhalten werden. Die Haltung dieser beiden großen Parteien läßt befürchten, daß die französisch-spanischen Unterhandlungen sehr schwierig sein werden und daß Spanien bezüglich gewisser Punkte nicht nachgeben wird. Spanien wird sich auf den Wortlaut der Verträge stützen, daß die Lage in Marokko keine Aenderung erfahren hätte.

England.

Aufrüstung.

London, 25. Oktober. Kriegsminister Lord Haldane hielt in Birmingham eine Rede, in der er betonte, er und seine Amtsgenossen hätten das stärkste Empfinden für die vitale Bedeutung der Aufrechterhaltung der großen Flotte Englands. Er denke nicht, daß man finden werde, Churchill habe irgend einen anderen Wunsch als den, die Politik McKennas mit der äußersten Kraft fortzusetzen.

Gewerkschaftliches.

Ein Streikbrecherbureau.

Die Vermittelung von sogenannten Arbeitswilligen hat sich zu einem aufblühenden Erwerbszweig entwickelt, der den Vermittlern große Reichtümer verspricht. Infolge der ertragreichen Geschäfte wachsen denn auch derartige Institute wie Pilze aus der Erde.

Wie derartige Firmen arbeiten, ersieht man aus folgendem Rundschreiben:

Kostenloser Arbeitsnachweis und Detektivbureau
Inh. Ludwig Knoth, Hamburg 5, Koppel 108. Fernspr. Gruppe 4. 9698.
Bankkonto: Deutsche Bank.
Größtes Bureau Deutschlands für Streikangelegenheiten.
Gegründet 1910.
Bureaustunden von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends.
Sonntags von 9 bis 2 Uhr.
Vermittelung nicht organisierter Handwerker jeder Art sowie industrieller Arbeiter.

Die heutige politische sowie wirtschaftliche Lage und das Vorgehen der organisierten Arbeiterschaft sowie deren Organe, wodurch permanent, bald hier, bald dort Streiks und Aussperrungen entstehen, hat es mit sich gebracht und zur Notwendigkeit gemacht, daß oben bezeichnetes Bureau errichtet wurde, welches den Arbeitgebern bei entstehenden Streiks und Aussperrungen genügendes Personal in jeder gewünschten Anzahl und in kürzester Zeit stellen kann — ob Handwerker oder industrielle Arbeiter, alle unorganisiert, also Nichtverbändler.

Durch die ausgedehntesten Verbindungen ist das Bureau in der Lage, in zirka acht Tagen bis 6000 Leute nach dem In- und Ausland zu stellen; ferner hat das Bureau stets viele Handwerker, als Schlosser, Tischler, Stellmacher, Schmiede usw. ständig an der Hand und können dieselben auf Wunsch sofort abgesandt werden.

In kurzem Zeitraum ist es uns gelungen, viele Streiks zur Zufriedenheit der Herren Arbeitgeber zu besetzen und stehen auf Wunsch pa. Referenzen und Anerkennungsschreiben zu Diensten. Wo auch Lohnbewegungen und Streiks ausgebrochen sein mögen, wird obiges Bureau stets gute Dienste leisten, und die Herren Arbeitgeber werden dadurch in ihren Betrieben wenig oder gar keine Störung haben.

Den Herren Arbeitgebern steht ein mit den Verhältnissen vollständig vertrauter Beamter zur näheren mündlichen Besprechung zur Verfügung, der auf eventuelles telegraphisches Verlangen sofort abgesandt wird.

Sämtliche Leute, welche durch oben bezeichnetes Bureau den Herren Arbeitgebern geliefert oder zur Verfügung gestellt werden, sind „Nichtverbändler" und bleiben auf Wunsch auch dauernd in Arbeit. Für alle übernommenen Streiks und Sperren übernehmen wir Garantie.

Bei Stellung der Arbeitswilligen wird in jedem Falle auf 30 bis 40 Mann ein geschäftsgewandter Kontrolleur gestellt, welcher die Arbeit, den Schutz und die Verpflegung der Leute überwacht und ordert.

Briefliche Auskunft über Streikangelegenheiten sowie Kostenanschläge zu jeder Zeit sofort und kostenlos.

Durch die weitverzweigten Verbindungen des Bureaus kommen Entfernungen nicht in Betracht, da jede gewünschte Zahl der Leute, gleichwohl welcher Branche, nach dem In- und Auslande vermittelt werden.

Indem wir im gegebenen Falle Ihren geschätzten Aufträgen entgegensehen, empfehlen wir uns und zeichnen

Hochachtungsvoll
Kostenloser Arbeitsnachweis und Detektivbureau. L. Knoth.

In dem Arbeitsvertrag, wie er von den „nützlichen Elementen" mit dem Unternehmer geschlossen wird, heißt es unter anderem:

§ 4. Ich bin bei meiner Annahme genau darüber unterrichtet worden, daß bei obiger Firma gestreikt respektive ausgesperrt wird.

§ 5. Ich erhalte Logis und Beköstigung auf der Fabrik, und zwar morgens Kaffee mit Brötchen. Frühstück: belegtes Brot — Kaffee — Bier. Mittags: Fleisch, Gemüse, Kartoffeln, Bier. Abends: belegtes Brot oder sonstige Speisen — Bier.

§ 6. Sollte der Streik resp. die Aussperrung innerhalb acht Tagen beendet sein, so gewährt die Firma mir freie Rückreise.

§ 7. Zuständige Gerichtsstelle ist für beide Teile . . . . . .
Hamburg, den 191

Ein Vertrag, wie ihn die Streikbrecherfirma mit den Unternehmern abschließt, hat folgenden Wortlaut:

Vertrag.

Zwischen dem kostenlosen Arbeitsnachweis, Inhaber Ludwig Knoth, Hamburg 5, Koppel 108, einerseits und de . . . . . andererseits ist heute folgender Vertrag wohlbedächtig beredet, geschlossen und unterschriftlich vollzogen worden.

§ 1. Der kostenlose Arbeitsnachweis vermittelt der Firma . . . Arbeiter — . . . . . Handwerker, und zwar . . . . . als Arbeitswillige zu nachfolgenden Bedingungen.

§ 2. Die Firma . . . . . zahlt für die gelieferten Arbeitswilligen eine Gebühr von . . . Mark für Arbeiter, von . . . Mark für Handwerker, frei Fabrik.

§ 3. Die halbe Gebühr wird sofort beim Abschluß dieses Vertrages gezahlt, die andere halbe Gebühr sowie sonstige Spesen usw. beim Eintreffen der Leute.

§ 4. Die zu liefernden Arbeitswilligen werden von der Firma . . . . . auf der Arbeitsstelle bezüglich . . . . . untergebracht und auch beköstigt; die Arbeitswilligen erhalten einen Wochen-, Tage- und Stundenlohn von Mark . . . .; die Kündigungsfrist zwischen Arbeitgeber und Arbeitswilligen beträgt . . . Tage.

§ 5. Die Arbeitszeit für die Arbeitswilligen beträgt pro Tag — Woche . . . . Stunden.

§ 6. Für je 30 bis 40 Arbeitswillige stellt der Arbeitsnachweis einen Kontrolleur. Dieser erhält vom Arbeitgeber einen Tagelohn von Mark . . . . und freie Beköstigung, oder weitere Mark . . . . pro Tag gezahlt.

§ 7. Der Arbeitsnachweis übernimmt die Lieferung von . . . . Stück Matratzen a Mark . . . ., ... Stück Strohsäcken a Mark . . . ., ... Stück Decken a Mark . . . ., ... Stück Handtüchern a Mark . . . ., ... Stück Eßgeschirr a Mark . . . .

§ 8. Die vom Arbeitsnachweis gelieferten Arbeitswilligen sind sämtlich „Nichtverbändler".

§ 9. Der Arbeitsnachweis verpflichtet sich, möglichst nur tüchtige bezügl. passende Leute zu liefern; sollten etwa einige Leute die Arbeit verlassen oder nicht antreten wollen, so wird nach erhaltener Mitteilung so schnell als möglich gebührenfreier Ersatz geliefert.

§ 10. Für alle sich aus diesem Vertrage ergebenden Streitigkeiten ist als zuständige Gerichtsbarkeit das Amts- bez. Landgericht Hamburg von beiden Parteien anerkannt.

§ 11. Vorstehender Vertrag ist in 2 gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt, von beiden Parteien gelesen, genehmigt und unter Begehung aller dawider zu erdenkenden Einreden, sie mögen Namen haben, welchen immer sie wollen, eigenhändig unterschrieben worden.

So geschehen zu Hamburg, den 191
Unterschrift: Unterschrift:

Wie ein Transport Vieh werden die Streikbrecher verschachert, zu dem und dem Preise, frei Fabrik, wie eine Ware, wie Strohsäcke und Matratzen, die ebenfalls mitgeliefert werden! Menschen, die sich auf solche Weise verkaufen lassen, verdienen wahrlich nicht mehr zur Gemeinschaft gesitteter Menschen gezählt zu werden. Aber solche Leute genießen den weitesten Schutz der Gesetze. Zu ihrem Vorteile werden neue Gesetze ausgeheckt!

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Berliner Eisenformer und Gießereiarbeiter.

In immer stärkerem Maße versuchen die Berliner Metallindustriellen, ihre Modelle außerhalb Berlins unterzubringen, und macht sich deshalb eine erhöhte Aufmerksamkeit allerorts notwendig. Aus über 30 Orten in Deutschland sind bereits Streikmodelle signalisiert, und ist es an einigen Stellen auch bereits wegen Verweigerung der Streikarbeit zu Differenzen gekommen. In den meisten Orten ist es ohne Arbeitsniederlegung ganz glatt möglich gewesen, die Anfertigung der Streikmodelle zurückzuweisen. Zur Erleichterung der Feststellung möchten wir hier die Namen der in Betracht kommenden Berliner Eisengießereien, wo unsere Kollegen streiken, veröffentlichen.

Es sind die Firmen: Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Aichele u. Bachmann, Gebrüder Arndt, Borsig, Beermann, Cyklop, Eckert A.-G., Freund u. Co., Gebauer, Gehrs u. Co., Hugo Hartung, Hartung A.-G., Hartmann, Otto Jachmann, Keyling u. Thomas, L. Löwe A.-G., Norddeutsche Eisengießerei, Niles-Werke, Rössemann u. Kühnemann, Salinger, Schöning A.-G., Schwartzkopff, Sentker A.-G. und Siemens u. Halske.

Um die Sinnlosigkeit der Taktik der Unternehmer in ihrem ganzen Umfange zu illustrieren, sei darauf hingewiesen, daß zirka die Hälfte obiger Gießereien reine Handelsgießereien sind. Die andere Hälfte sind Gießereien, die in den Händen großer Werke der Elektroindustrie und Maschinenindustrie sich befinden. Aus der Konstatierung dieser Tatsache ersieht jeder Kenner der Verhältnisse die Sinnlosigkeit der Unternehmertaktik. Doch mögen die Herren sich damit abfinden wie sie wollen, unsere Aufgabe ist, die Herstellung von Streikmodellen nach Möglichkeit zu verhindern, und ersuchen wir die Kollegen, wo immer Modelle aus Berlin auftauchen, um sofortige Nachricht.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Betriebswerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn

in der Ufer- und Badstraße wurden beleuchtet in einer stark besuchten Versammlung der in diesen Werkstätten Beschäftigten, die am Dienstag in Frankes Saal in der Badstraße tagte. Der Referent Handke vom Deutschen Metallarbeiterverband führte unter anderem aus: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den genannten Werkstätten stehen in einem sehr schlechten Verhältnis zu den hohen Gewinnen, welche die Große Berliner Straßenbahn erzielt. Die Löhne sind wesentlich niedriger und die Arbeitszeit ist länger als in anderen Betrieben der Metallindustrie. Begreiflicherweise herrscht deshalb Unzufriedenheit unter den Werkstattarbeitern der Straßenbahn. Das mag wohl die Ursache sein, daß vor einigen Wochen eine Erhöhung der Stundenlöhne verfügt worden ist. Aber trotz dieser Erhöhung sind die Löhne immer noch niedriger als in anderen Betrieben. Handwerker bekommen einen Anfangslohn von 4,25 M. pro Tag, der nach einer Beschäftigungsdauer von 10 Jahren auf 5,75 M. steigt. Ungelernte „bessere Arbeiter" — wie es in der Verfügung der Betriebsleitung heißt — erhalten einen Anfangslohn von 3,75 M., der nach 8 Jahren die Höchstgrenze von 4,75 M. erreicht. Arbeiter — denen die Direktion nicht die Bezeichnung „bessere" beilegt — beziehen einen Anfangslohn von 3,50 M., der nach 8 Jahren den höchsten Satz von 4,50 M. erreicht. Die Arbeitszeit in den Werkstätten der Straßenbahn beträgt 10 Stunden, während in der Berliner Metallindustrie seit 1906 fast ohne Ausnahme die 9stündige Arbeitszeit üblich ist. Betrachtet man die Dinge genau, dann ist die kürzlich gewährte Lohnerhöhung überhaupt keine Verbesserung, sondern für viele sogar eine Verschlechterung, denn erstens erhöhen sich mit den Löhnen die Beiträge zur Ruhegehaltskasse, und zweitens kommen die Stundenlöhne weniger in Betracht, weil meistens in Akkord gearbeitet wird. Das Akkordsystem ist so ausgedehnt, daß selbst Hofarbeiten wie Fegen und Putzen in Akkord ausgeführt werden. In vielen Fällen sind neuerdings die Akkordpreise herabgesetzt worden. In gewissen Einzelfällen von 4 M. auf 3,75 M., von 2,30 M. auf 2,— M., von 3,50 M. auf 3,— M. usw. Auf diese Weise kommt es vor, daß trotz Erhöhung der Stundenlöhne der Wochenverdienst der Akkordarbeiter geringer geworden ist. In vielen Fällen wissen die Arbeiter nicht, wie hoch der Akkordpreis für die angefangene Arbeit ist. Erst nach Fertigstellung der Arbeit erfahren sie es. Besonders nachteilig ist der Kolonnenakkord. Da wird beispielsweise mit dem Kolonnenführer für die Reparatur eines Wagens der Preis und der Termin der Fertigstellung der Arbeit vereinbart. Um den Termin innezuhalten, müssen oft Ueberstunden gemacht werden. Nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung dürfen angeordnete Ueberstunden nicht verweigert werden. Es ist vorgekommen, daß an den heißen Tagen des vergangenen Sommers in einer Abteilung 12 bis 13 Stunden gearbeitet wurde. Das ist schon an sich eine bedenkliche Gefährdung der Gesundheit der Arbeiter. Noch bedenklicher aber ist es, wenn man erfährt, daß in manchen Abteilungen des Betriebes große Mängel in hygienischer Hinsicht herrschen, worüber der Referent eine Reihe von Einzelheiten anführte. Auch über mangelhafte Beschaffenheit von Werkzeugen, Ueberlastung von Kränen und Böcken wird geklagt. Die Behandlung der Arbeiter durch Vorgesetzte läßt viel zu wünschen übrig. Als lästiger Druck, als Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit wird es empfunden, daß man die Arbeiter mit mehr oder weniger erkennbarem Zwang dem direktionsfreundlichen Betriebsverein, dem sogenannten Ascherverein, zuzuführen sucht. Der Referent betonte zum Schluß, die öffentliche Kritik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse war notwendig. Die Direktion soll dadurch gewarnt werden. Die Arbeiter erwarten, daß die Direktion den sozialen Verpflichtungen nachkommt, die man heutzutage von einem Arbeitgeber verlangen kann.

In der regen Diskussion wurden dem vom Referenten entworfenen Bilde noch manche markanten Züge hinzugefügt und manche dahingehörende Einzelheiten aus dem Betriebe zur Sprache gebracht. Der Appell, durch vollzähligen Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzubereiten, fand lebhaften Beifall.

Achtung, Friseurgehilfen! Für Verbandsmitglieder gesperrt: Schramm, Drontheimer Str. 5, Jacob, Wühlischstr. 24. Bewilligt haben: Lau, Belfortterstr. 8, Nessen, Lübbener Str. 14, Rütz, Wrangelstr. 21, Judkat, Cadiner Str. 21, Knop, Hussitenstr. 18

Verband der Friseurgehilfen.

Achtung, Schuhmacher! Etwaige Arbeitsangebote nach Hirschberg i. Schl. sind zurückzuweisen, da in den dortigen Betrieben Differenzen ausgebrochen sind.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Erfolgreiche Lohnbewegung in den Rixdorfer Müllabfuhrbetrieben.

Die Kutscher und Mitfahrer in den Rixdorfer Müllabfuhrbetrieben haben eine in aller Stille vorbereitete Lohnbewegung mit vollem Erfolg durchgeführt. Am Orte befinden sich ungefähr 25 Fuhrunternehmer, die teilweise neben ihrem Bau- und Arbeitsfuhrwerk auch die Abfuhr des Hausmülls in Rixdorf, Britz und verschiedentlich auch noch in Berlin besorgen. Die Löhne betrugen 25 M. bis 30 M., im Durchschnitt 28 M., während in Berlin der durchschnittliche Lohn für Kutscher seit Jahren 39 M. und für Mitfahrer 36 M. beträgt. Die Arbeitsverrichtung in den Rixdorfer Müllabfuhrbetrieben ist im Gegensatz zu den Berliner und Charlottenburger Betrieben für die Arbeiter bedeutend unsauberer und auch schwerer. Während bei den letztgenannten Betrieben das Verladen des Mülls in die Bahnwaggons durch maschinelle Einrichtung bewerkstelligt wird, müssen die Kutscher und Mitfahrer in Rixdorf jeden einzelnen Kasten vom Wagen hochheben, um sie in die Waggons ausschütten zu können. Hierbei wirbelt das Müll respektive die Asche derart auf, daß die Arbeiter vollständig in Staub und Schmutz eingehüllt sind. Die bisherige Entlohnung stand daher mit der zu leistenden Arbeit keineswegs im Einklang. In einem durch die Organisation eingereichten Lohntarif wurden als Einheitslohn für Kutscher 34 M., für Mitfahrer 31 M. pro Woche und für Aushilfsarbeiter 6 M. pro Tag gefordert. Die tägliche Tourenzahl soll zwei betragen, muß eine dritte Tour gefahren werden, so wird sie mit 3 M. extra vergütigt. Da die Unternehmer nicht antworteten, lud der Transportarbeiter-Verband die Fuhrherren zu einer Zusammenkunft, zu der auch 21 Unternehmer erschienen waren. Während in verschiedenen Punkten des Tarifs ein Einvernehmen erzielt wurde, gelang dies in der Lohnfrage nicht. Eine Versammlung der Arbeiter beschloß daher, die Arbeit einzustellen. Dieser Beschluß wurde mit voller Einmütigkeit durchgeführt. Die meisten Arbeitgeber bewilligten darauf sofort. In einigen Betrieben kam es zur kurzen Arbeitseinstellung. In kurzer Zeit hatten sämtliche Unternehmer die geforderten Löhne bewilligt; die Arbeit wurde sofort wieder aufgenommen. Der Tarif soll im Laufe dieser Woche ausgefertigt und unterschrieben werden.

Deutsches Reich.

Gegen das Koalitionsrecht der Techniker.

Sterkrade, 25. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die „Gute Hoffnungs"-Hütte hat heute die technischen Angestellten zum Teil mit eineinhalbstündiger Frist zu zwingen versucht, sich durch Unterschrift zu verpflichten, aus dem Deutschen Technikerverband und dem Bund technisch-industrieller Beamten auszutreten, widrigenfalls die sofortige Kündigung ausgesprochen wird. Die organisierten Techniker haben in einer Mittagsversammlung dieses Ansinnen energisch zurückgewiesen und in geheimer Abstimmung mit 9/10-Majorität beschlossen, den Organisationen die Treue zu halten.

Letzte Nachrichten.

Die Schwierigkeiten der parlamentarischen Lage.

Wien, 25. Oktober. (W. T. B.) Heute abend versammelten sich beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester die Vertreter des Polenklubs, des einheitlichen Tschechenklubs und des Deutschnationalen Verbandes. Der Präsident erklärte, daß nur durch Zusammenwirken der großen Parteien die Arbeitsfähigkeit des Hauses hergestellt werden könnte. Gautsch begrüßte die Aktion, bezeichnete die Arbeiten, welche bis Weihnachten erledigt werden sollten und machte Mitteilung von seinen Bestrebungen, eine Klärung der Lage herbeizuführen. Allgemein wurde die Schwierigkeit der parlamentarischen Lage anerkannt und der Meinung Ausdruck gegeben, daß eine wirkliche Besserung der Verhältnisse nur durch die Ermöglichung des Zusammenwirkens der großen Parteien erreicht werden könnte. Nach eingehender Besprechung wurde schließlich die Notwendigkeit weiterer Beratungen ausgesprochen.

Maßnahmen gegen die Teuerung.

Wien, 25. Oktober. (W. T. B.) Der Teuerungsausschuß des Abgeordnetenhauses nahm mit 23 gegen 22 Stimmen einen Antrag Jerzabek an, worin die Regierung aufgefordert wird, die Einfuhr gekühlten argentinischen Fleisches sofort zu bewilligen. Da Ungarn kein vertragsmäßiges Recht auf Einspruch geltend machen könne, weiter auf Erhöhung des Magerfleischkontingents hinzuwirken und die veterinärpolizeilichen Maßregeln streng einzuhalten.

Der Marokkoschacher und das englische Oberhaus.

London, 25. Oktober. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Oberhauses ersuchte Lord Courtney die Regierung, bald eine Gelegenheit zur Erörterung der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen und namentlich der Stellungnahme Englands dazu herbeizuführen. Jedermann begrüße es, daß ein Uebereinkommen erzielt worden sei. Der Lordpräsident des Geheimen Rats, Viscount Morley, erklärte: ? Es wird allgemein mit Genugtuung aufgenommen, daß die Besprechungen in Berlin, auf welche die Augen der ganzen Welt gerichtet waren, schließlich zu einem Abschluß gekommen sind, der wie man an maßgebenden Stellen in Berlin und Paris hofft, für die Bevölkerung beider Länder annehmbar ist. Mein Vorredner Courtney hat davon gesprochen, daß über unseren Anteil an jenen Verhandlungen bald eine Debatte stattfinden möge. Ich bin nicht davon überzeugt, daß eine solche Erörterung oder Prüfung billigerweise bald erfolgen kann, denn ich glaube bestimmt, daß er und das ganze Haus einsehen werden, daß es kaum sehr höflich von uns wäre, über jene wichtigen Verhandlungen zu debattieren — von welchen unsere Interessen, wenn sie auch groß und gewichtig sind, verhältnismäßig nur mittelbar berührt werden —, bevor nicht im Reichstag sowohl wie in der französischen Kammer darüber gesprochen worden ist. Im Reichstage hat der Reichskanzler es abgelehnt, diese Verhandlungen vor ihrem Abschluß zu erörtern, die französische Kammer tagt gegenwärtig nicht. Auf jeden Fall wäre es für uns, deren Interessen nur mittelbar betroffen werden, nicht angezeigt, jene schwierigen Verhandlungen ohne Dokumente zu prüfen, bevor wir nicht wissen, wie sie von den großen Körperschaften beurteilt werden, die am unmittelbarsten beteiligt sind.

Die Revolution in China.

Peking, 25. Oktober. (W. T. B.) In der Nähe von Hankau kam es heute beim Siebenmeilencreek, das unterhalb der Stadt in nordöstlicher Richtung gelegen ist, zu einem Gefecht. Die Aufständischen griffen ihre Gegner in wiederholten Scharmützeln an, aber, obwohl sie Verstärkungen erhielten, zogen sie sich schließlich etwas zurück. Das Gefecht scheint nicht bedeutend gewesen zu sein, da nur ein kleiner Teil der kaiserlichen und aufständischen Truppen beteiligt war.

Ueber 5000 Mann der kaiserlichen Truppen sind von Peking nach Sinjangtschau an der Grenze von Hongu und Hupen abgegangen. Die Entsendung eines britischen Bataillons aus Indien, das als Gesandtschaftswache dienen sollte, ist wieder aufgegeben worden, da die Wachen der anderen Gesandtschaften beträchtlich verstärkt worden sind.

Der Herr Kommerzienrat hat Schwein!

Posen, 25. Oktober. Ein Prozeß gegen den Kommerzienrat Josef Hugger-Posen, der vom Schöffengericht in Posen wegen Beleidigung und übler Nachrede zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden war, wurde heute infolge Berufung vor der dritten Strafkammer erneut verhandelt. Das Urteil, das erst in später Abendstunde gefällt wurde, lautete auf Freisprechung. Sämtliche Kosten wurden dem Privatkläger, Brauereibesitzer Kislinger-Posen, auferlegt.

Es wäre aber auch geradezu unverantwortlich gewesen, wenn der hohe Herr Kommerzienrat sechs Wochen bei Rumfordsch, Wasser und Brot im Gefängnis hätte schmachten müssen.

Unter Eisenmassen begraben.

Oberhausen, 25. Oktober. (W. H.) Auf der „Gute Hoffnungshütte" im neuen Martinswerk wurde ein Zimmermann durch einen 2500 Kilogramm schweren Eisenblock begraben und zermalmt.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

197. Sitzung vom Mittwoch, den 25. Oktober, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Delbrück, Wermuth, v. Breitenbach, v. Schorlemer, v. Lindequist.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der

Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben verschiedener Schutzgebiete.

Abg. Erzberger (Z.) rügt die horrende Etatsüberschreitung in den Kolonien, die sich aus der Uebersicht ergebe. Besonders groß sind die Ueberschreitungen bei den Pensionen der Militärverwaltung. Das spricht am meisten für die Verringerung der Schutztruppen.

Abg. Noske (Soz.):

Der Kritik des Vorredners kann ich mich anschließen. Ein Mangel ist auch, daß uns zwar Gründe für Etatsüberschreitungen angegeben werden, daß wir aber niemals erfahren, aus welchen Gründen die recht erheblichen Minderausgaben zu verzeichnen sind. Wir haben alles Interesse daran, diese Gründe zu erfahren, damit wir bei der nächsten Etatsaufstellung die nötigen Schlüsse daraus ziehen können. Im übrigen habe ich den Eindruck, daß bei einer Reihe Etatspositionen, wo Minderausgaben zu finden sind, man gar keinen Anlaß hat, dieser Sparsamkeit besonderes Lob zu spenden. Wenn im allgemeinen in bezug auf die Etatsüberschreitungen eine Besserung zu verzeichnen ist, so ist das wohl einesteils auf die inzwischen gemachten Erfahrungen, zu einem nicht geringen Teil aber auch auf die scharfe Kontrolle des Reichstags zurückzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Doch muß den wirklich bewilligten Etats in Zukunft eine noch größere Beachtung geschenkt werden. Zu den Minderausgaben, denen man Beifall nicht zollen kann, gehören vor allem die Ersparnisse bei den Ausgaben für Kulturzwecke, z. B. für Landeskultur und Landesverbesserung, für Förderung des Schulwesens usw. Wenn man übrigens nach Südwest-Afrika jetzt ausschließlich unverheiratete Lehrer hinschickt, so wird man uns in Zukunft mit den Klagen über die zunehmende Vermehrung der Bastardbevölkerung verschonen müssen. Die Etatsüberschreitungen beweisen auch, daß die Anzahl der Beamten in den Kolonien übertrieben groß ist. Was die Ausgaben für Zwecke der Rechtspflege anlangt, so ist dabei die Frage aufzuwerfen, ob es wirklich angebracht ist, in ganz kurzer Zeit nach der Gewinnung einer Kolonie eine ganze Anzahl Eingeborener zu langen Gefängnisstrafen und schweren Prügelstrafen zu verurteilen. Es wäre auch interessant, zu erfahren, wieviel Kosten eigentlich solche Prügelexekution verursacht. Wenn das Anschwellen der Pensionen beweist, daß das Klima in Südwestafrika sehr ungesund ist, so soll man sich in Zukunft die dumme Nederei sparen, die bei den Wahlen von 1907 eine Rolle spielte, daß Südwestafrika gewissermaßen ein klimatischer Kurort sei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nette Aussichten bieten die Darlegungen der Regierung über die Gefahr eines plötzlichen Losbrechens von Aufständen in den Kolonien. Eine ganze Anzahl Etatsüberschreitungen beweisen jedenfalls, daß beim Voranschlag die erforderliche Sorgfalt nicht angewendet worden ist. Originell ist die Bemerkung bei einer Etatsüberschreitung: die Etatsüberschreitung hatte viel schlimmer sein können und statt 154 000 206 000 M. betragen können, während nachher bemerkt wird: so hoch wird sie auch wirklich sein, aber die Differenz wird erst im nächsten Jahre in Rechnung gestellt. (Heiterkeit.) Die Uebersicht für Südwestafrika zeigt ein unglaubliches Durcheinander. Ueber die Einzelheiten der Kriegskosten in dieser Kolonie wird in der Kommission eingehend zu reden sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Goercke (natl.) moniert die Ueberschreitungen bei einer zur Grenzverbesserung von Kamerun eingesetzten Kommission und geht, auf der Tribüne im Zusammenhange nicht verständlich, auf einige andere Einzelheiten ein, bei denen starke Etatsüberschreitungen vorgekommen sind.

Staatssekretär des Reichskolonialamts v. Lindequist verspricht, vom Jahre 1909 ab die Rechnungen und Uebersichten der Schutzgebiete wie die im Reiche zusammenzustellen. Die Ueberschreitungen im Pensionsetat erklären sich aus den Nachwirkungen des Krieges. Die Verbesserung der Landungsbrücke in Togo war unbedingt notwendig und diese Ausgabe ist aus den erheblichen Mehrerträgen der Verkehrswege gedeckt worden, was etatsrechtlich zulässig ist. Die mehrfach erwähnte Grenzkommission mußte durch sehr gebirgiges, gänzlich unbekanntes Gebiet reisen, so daß die Ausgaben nicht genau vorher abzuschätzen waren.

Die Debatte schließt. Die Uebersicht geht an die Rechnungskommission.

Es folgt die erste Beratung der

Rechnung über den Haushalt des Schutzgebietes Kiautschou für 1904.

Abg. Erzberger (Z.) moniert, daß diese Rechnung erst jetzt dem Reichstage zugehe und daß das Reichsmarineamt auf dem Wege der sog. Fondsverwechselung solchen Beamten Kiautschouzulagen gewährt habe, die mit Kiautschou nichts zu tun hatten. Der Reichstag müsse sich hier auf den Standpunkt des Rechnungshofes stellen und die nachträgliche Vorlegung dieser Ausgaben zur Genehmigung verlangen. Ebenso muß der ganze Reichstag dagegen Front machen, daß die große Ueberschreitung bei dem Luxusbau für den Gouverneur dem Reichstag dadurch verschleiert werden sollte, daß man ihre Verteilung auf zwei Jahre verteilt hat.

Abg. Noske (Soz.):

Ich halte es für selbstverständlich, daß die Rechnungskommission sich gründlich mit der Sache der Kiautschou-Zulagen beschäftigt, weil der Staatssekretär des Reichsmarineamts seinen total falschen Standpunkt mit erstaunlicher Hartnäckigkeit aufrecht erhalten hat. Aus Mitteln der Kiautschou-Verwaltung sind unteren Beamten, Dienern und Portiers, Beträge gezahlt worden, obwohl eine Mehrleistung irgendwelcher Art nicht vorlag. Die bloße Uebertragung der Verwaltung von Kiautschou an das Reichsmarineamt hat dem Staatssekretär Veranlassung gegeben, einer ganzen Anzahl von Personen solche Extrabezahlungen zu gewähren. Gewiß sollen diese Personen diese Beträge jetzt nicht zurückzahlen. Ich würde aber die nachträgliche Genehmigung ohne weiteres verweigern, wenn dadurch der Staatssekretär gezwungen werden könnte, diese Beträge von im ganzen 1469 M. aus seiner Tasche zurückzuzahlen.

Das wäre für ihn eine sehr heilsame Lektion. Ebenso ist entschiedener Protest dagegen einzulegen, daß durch solche Etatsverschiebungen, wie sie bei dem Gouvernements-Dienstgebäude vorgekommen sind, der Reichstag über die wirklichen Ausgaben geradezu düpiert wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Goercke (natl.): Es handelt sich gar nicht um das Gouverneurwohnhaus, sondern um das Gouvernementsdienstgebäude, und bei diesem ist kein Luxus entfaltet worden. Das tangiert natürlich nicht die Frage der Etatsverschiebungen, die auch nach meiner Ansicht nicht vorkommen dürfen.

Ein Kommissar des Reichsmarineamts: Ueber die erhobenen Beanstandungen werden wir in der Rechnungkommission uns ja noch ausführlich unterhalten. Daß bei dem Gouvernementsdienstgebäude weitergebaut ist, bevor eine Genehmigung vorlag, hat das Reichsmarineamt ebenso scharf gerügt, wie der Reichstag; die Absicht irgendeiner Irreführung oder gar der Düpierung des Reichstages hat nicht bestanden.

Damit schließt die Debatte. Die Rechnung geht an die Rechnungskommission.

Es folgt die Fortsetzung der

Besprechung der Teuerungs-Interpellationen.

Abg. Graf Kanitz (k.): Wir sind dem Reichskanzler dankbar, daß er erklärt hat, an den Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik soll nicht gerüttelt werden. (Zuruf links: Selbstverständlich!) Wird die Frage der landwirtschaftlichen Zölle einmal angeschnitten und wird an den landwirtschaftlichen Zöllen gerüttelt, so werden auch die Industriezölle nicht unberührt bleiben. Der Freisinn und die Sozialdemokratie ziehen in den Wahlkampf mit der Parole des Freihandels. Unsere Wahlparole ist: Schutz der nationalen Arbeit, Schutz jeder ehrlichen Arbeit in Stadt und Land! (Zuruf links: Darum führen Sie Polen und Galizier ins Land.) — Herr Fuhrmann hat gestern mit einem Vorstoß gegen uns geschlossen. Uns ist die Frage der Volksernährung viel zu ernst, als daß wir sie zum Gegenstand parteipolitischer Agitationen machen. (Lachen links.) Die beste Antwort an Herrn Fuhrmann sind die Worte des nationalliberalen Stadtdirektors Tramm von Hannover, daß das Geschrei über Mißernte und Teuerung übertrieben ist und daß das Volk in eine Teuerungsstimmung hineingeredet ist mit Rücksicht auf die Wahlen. (Sehr richtig! rechts.)

Von übertrieben hohen Preisen kann keine Rede sein.

Das haben ja auch die Sozialdemokraten anerkannt, als sie beantragten, die Zölle zu suspendieren, wenn der Weizenpreis auf über 215 M., der Roggenpreis auf über 165 M. steigen sollte. Zurzeit sind die Preise in Berlin 204 resp. 183 M. (Hört! hört! rechts.) Was die Freisinnigen mit dem „allmählichen Abbau" der Getreidezölle eigentlich wollen, ist unklar. Herr Gyßling hat sich ganz anders geäußert als Herr Oeser. Er meinte: An eine Aufhebung der Zölle denken wir nicht. „Durch unser Programm wird eine schrittweise Herabsetzung der Zölle gefordert. Wann wir dies tun werden, hängt von der wirtschaftlichen Lage ab." (Heiterkeit rechts. Zuruf links: Notlage!) Die Sozialdemokraten erinnere ich daran, daß Jaurès in Frankreich einen Weizenpreis von 250 Fr. als unbedingt notwendig für das Bestehen der Landwirtschaft erklärt. (Hört! hört! rechts.) Und für Deutschland hat der Sozialdemokrat Schippel in einer großen Volksversammlung in Berlin gesagt: „Es ist nicht wahr, daß die Preise infolge der Zölle gestiegen sind. Die Agrarzölle sind Zölle, welche mit Mühe und Not die alten Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gehalten und die Landwirtschaft vor völligem Zusammenbruch bewahrt haben. Niemand ist durch die Agrarzölle bereichert. Wenn unsere Landwirtschaft nicht wäre, wo bliebe dann die Industrie; für diese sind doch die ländlichen Bezirke ein gutes Absatzgebiet." (Hört! hört! rechts.) Aehnlich hat sich Calwer geäußert. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Er ist kein Sozialdemokrat mehr!) Calwer hat bei 58 großen deutschen Städten die Bewegung der Nahrungsmittelpreise genau verfolgt und hat festgestellt: Seit dem Inkrafttreten des Zolltarifs sind die Engros-Preise der Nahrungsmittel um etwa 3 Proz. gestiegen, die Detailpreise aber um 10 bis 30 Proz. (Hört! hört! rechts.) Das ist keine parteipolitische Kundgebung, sondern eine einfache Anführung von Tatsachen. — Die Einfuhrscheine sind für die östlichen preußischen Provinzen geradezu eine Lebensfrage. (Bravo! rechts.) Herr Scheidemann führte aus, das Volk habe 1910 122 Millionen für Einfuhrscheine bezahlt. Er hat dabei vergessen, daß in demselben Jahre an Getreidezöllen vereinnahmt wurden 242 Millionen, also das Doppelte. Die Reichskasse hätte keinen Gewinn, wenn an dem System der Einfuhrscheine gerüttelt werde und die großen Seestädte wie Königsberg, Danzig, Stettin hätten nur Schaden davon. Die Steigerung aller Preise zufolge des Sinkens des Geldwertes ist eine ganz allgemeine Erscheinung; aber gar nicht nachdrücklich genug kann auf die Spannung zwischen den Viehpreisen und den Fleischpreisen im Detailhandel hingewiesen werden.

Auch das argentinische Fleisch wäre bei uns, wenn es zugelassen würde, nicht für 60 Pf. pro Pfund zu haben, wie man gestern hier meinte, sondern mindestens zu 70 Pf. Von einer Fleischnot kann übrigens bei uns gar nicht die Rede sein; eine Fleischnot würde erst entstehen, wenn wir die Grenzen öffnen und unseren Viehstand dadurch in Gefahr bringen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) — Herr Heim nimmt sich der Viehzucht besonders an, der Getreidebau kommt für ihn erst in zweiter Linie. Das ist verständlich; denn in keinem Bundesstaat ist das Rindvieh so stark vertreten wie in Bayern. (Große Heiterkeit.) Aber auch der Getreidebau ist für die Volksernährung sehr wichtig. Würde der Großgrundbesitz sich auf die Viehproduktion, statt des Getreidebaues werfen, so würde eine Ueberproduktion an Vieh entstehen, und mit unserer Getreideversorgung würden wir vom Ausland abhängig werden. An den Futtermittelzöllen sind keineswegs nur die Großgrundbesitzer interessiert, sondern auch die mittleren und selbst die kleinen Besitzer verkaufen etwas Hafer. Herr Heim kennt augenscheinlich die Verhältnisse bei uns im Osten nicht, ich lade ihn ein, im Sommer, wenn das Getreide grün ist, zu mir zu kommen. Würden wir nach den Wünschen des Freisinns und der Sozialdemokratie zum Freihandel übergehen, so würden die Industriearbeiter beschäftigungslos werden und die Landwirtschaft würde ruiniert werden wie in England, das würde sich besonders gefahrvoll zeigen im Fall eines Krieges. Der Sozialdemokrat Calwer hat mit vollem Recht gesagt: Geben wir den Körnerbau preis, so opfern wir unsere politische Selbständigkeit. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Staatssekretär Delbrück: Die Debatte beweist, daß durch solche Erörterungen die Frage nicht wesentlich geklärt wird. Ueber das Bestehen gewisser Mißstände besteht Einigkeit und sie werden von niemand mehr bedauert, als von den Verbündeten Regierungen. Aber zur Abstellung dieser Mißstände stehen uns nur wenige Maßregeln zu Gebote und durch Erörterungen über solche Maßnahmen ist unsere Tätigkeit im Reichsamt des Innern in den letzten Monaten fast ganz absorbiert worden. Was die geforderte Einfuhr von Fleisch anlangt, so beruht das Verbot der Einfuhr von Pökelfleisch auf Gesetz und ist zustande gekommen, weil der Betrieb in den betreffenden amerikanischen Schlächtereien und die Art der Verpackung es uns unmöglich macht aus sanitären Gründen eine solche Einfuhr zu gestatten. Die Einfuhr argentinischen Viehes und Fleisches ist unmöglich im Hinblick auf die Gefahr der Einschleppung des Texas-Fiebers. Eine vorübergehende Aufhebung dieses Verbotes ist praktisch undurchführbar, weil für den Import so viel Einrichtungen nötig sind, daß sich für kurze Zeit kein Importeur darauf einlassen würde. Die Einfuhr von Gefrierfleisch würde auch nicht sehr groß werden, weil es nicht erheblich billiger verkauft werden könnte als inländisches Fleisch. In Oesterreich, wo 4000 Tonnen zugelassen waren, sind nur 1650 Tonnen in Wien eingeführt und 950 konsumiert worden. (Hört! hört!) In der Schweiz haben gerade die Arbeiter das Gefrierfleisch abgelehnt, weil es für den Arbeiterhaushalt nicht paßt. Dieselbe Erfahrung zeigt sich in England. — Ausschlaggebend bei den ganzen Debatten ist der Streit über die Ursachen der Teuerung. Man schiebt auf der Linken die Schuld auf unsere Wirtschaftspolitik und fordert einen allmählichen Abbau der Zölle. Ich muß darauf eingehen auf die Gefahr, daß das „Berliner Tageblatt" mir den Vorwurf macht, ich hätte eine Wahlrede gehalten. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.) — Redner sucht an der Hand langer Tabellen nachzuweisen, daß die Zollgesetzgebung durchaus keine übermäßige Verteuerung der Getreidepreise herbeigeführt habe. — Was die Kartoffelpreise betrifft, so sind die Engrospreise hoch, aber längst nicht so hoch wie die Detailpreise. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Die Maisernte ist überall schlecht ausgefallen; speziell in Amerika; einigermaßen erträglich nur in den Donauländern. Dagegen ist die Weizenernte nur wenig unter dem Durchschnitt ausgefallen; die Roggenernte war — namentlich bei uns in Deutschland — gut. Ganz gewiß ist die Situation in bezug auf die Futtermittel schwierig; sie wird verschärft durch den Ausfall des wichtigsten Ersatzmittels, des Mais; aber dieser Ausfall stammt nicht von unserer Zollpolitik, sondern von der schlechten Ernte. Die Futtermittelnot kann also nicht in ursächlichen Zusammenhang mit unserer Zollpolitik gebracht werden. (Zustimmung rechts.) Gegen eine Mißernte im eigenen Lande, gegen eine Mißernte in den übrigen Produktionsgebieten ist eben kein Kraut gewachsen. In Kopenhagen und in London, Hauptstädten freihändlerischer Länder, in Wien, in Budapest, überall im Auslande sind die Preise gestiegen und das Maß der Steigerung ist im wesentlichen dasselbe wie bei uns, teilweise ein höheres. Die Preissteigerung ist also eine internationale, kann also nicht in unserem Wirtschaftssystem begründet sein. Vielmehr haben andere Momente allgemeiner Natur dabei mitgewirkt.

An der Teuerung trägt unser Wirtschaftssystem keine Schuld. Gibt es nun vielleicht andere Momente, die die Behauptung des Abgeordneten Oeser rechtfertigen, daß unser Wirtschaftssystem kritischen Zeiten nicht standhalten kann? Ich glaube nicht, daß solche Momente vorhanden sind. Die Statistik (Redner verliest lange Tabellen) spricht von einer erfreulichen Entwickelung des Wirtschaftslebens unter dem Schutz der Zollgesetzgebung. Unsere Wirtschaftspolitik hat für eine jährlich um 900 000 Köpfe wachsende Bevölkerung Brot und Arbeit geschaffen; wahrlich, kein geringer Ruhm und keine kleine Leistung. Unser Wirtschaftsleben bewegt sich, das kann nicht geleugnet werden, in aufsteigender Linie. Ganz besonders gehoben hat sich das Lohnniveau der Industriearbeiter. (Zuruf bei den Sozialdemokraten. Dr. Südekum ruft: Die glänzenden Arbeiterwohnungen.) Ich erinnere an die Ausführungen Calwers. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nur unsere Wirtschaftspolitik hat uns die Möglichkeit gegeben Sozialpolitik zu treiben. Verschiebung der Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik bedeutet auch Gefährdung der Sozialpolitik. — Unser Wirtschaftsleben hat entgegen der neulichen Behauptung des Abg. Oeser eine große Elastizität und Widerstandsfähigkeit bewiesen. Sie beweist gerade auch jetzt zur Zeit der vielbeklagten Teuerung diese ihre Widerstandsfähigkeit; sie setzt unseren Geldmarkt in den Stand, allen Stößen zu widerstehen. — Mit Hilfe der Schutzzölle haben wir unserer Industrie den heimischen Markt erobert und gesichert. Gewiß hat die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die Notwendigkeit des Exports, neue Schwierigkeiten geschaffen. Aber diese Schwierigkeiten liegen viel weniger, als man gemeinhin denkt, auf dem Gebiete des Zollwesens. Der Herr Reichskanzler hat neulich darauf hingewiesen und ich hoffe seinen Hinweis ergänzt zu haben, daß das Rütteln an unserem bewährten Wirtschaftssystem gerade die Volkskreise empfindlich verletzen würde, zu deren Gunsten in erster Linie jetzt Maßnahmen gegen die Teuerung gefordert werden. (Bravo! rechts.)

Preußischer Eisenbahnminister v. Breitenbach: Man hat behauptet, die Ermäßigung der Eisenbahntarife hat keinen merkbaren Einfluß auf die Preisbildung. Diese Behauptung ist irrig. Redner sucht dies an der Hand eines großen Zahlenmaterials nachzuweisen. Die dauernde Tarifermäßigung würde auf die Kasse der Eisenbahnverwaltung einen sehr starken Einfluß haben. Der Hauptwert der Tarifermäßigung liegt in der Ausschaltung der Entfernung.

Ein Antrag Bebel (Soz.) auf Vertagung wird abgelehnt.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Ich bedauere, daß der Staatssekretär des Innern nicht der uns überreichten statistischen Uebersicht auch den Text angehängt hat, den er vorher vortrug, denn es war absolut unmöglich, allen einzelnen Darlegungen und den Konsequenzen, die er daraus zog, zu folgen. Er hat uns ein Bild der wirtschaftlichen Entwickelung Deutschlands in den letzten Jahren gegeben, hat Zahlen auf Zahlen aufmarschieren lassen. Die Ergebnisse unseres Ausfuhrhandels wie die Umsatzziffern der Reichsbank spielten dabei eine Rolle und auch manches andere. Vieles mögen diese Zahlen beweisen. Das Eine, was der Staatssekretär damit in der Hauptsache beweisen wollte, kann er damit nicht beweisen, nämlich daß die jetzige Wirtschaftspolitik des Reiches besser sei, als eine andere Wirtschaftspolitik. Wir wissen nicht, wie die Entwickelung sich bei einer anderen Wirtschaftspolitik gestaltet haben würde, denn es fehlt jeder Vergleichsmaßstab. Zu bestreiten, daß die deutsche Volkswirtschaft als Ganzes betrachtet in den letzten Jahrzehnten eine gewisse Zeit der Blüte durchgemacht hat, wäre sinnlos; gewiß lassen sich Zustände denken, die viel schlechter sind als die jetzigen. Aber zu dem vorliegenden Thema trägt das Lob der heutigen Wirtschaftspolitik nicht das mindeste bei. Dadurch, daß behauptet wird, die Blüte der wirtschaftlichen Entwickelung sei dem Schutzzollsystem und der Steuerpolitik des schwarz-blauen Blocks zu verdanken, wird **die Not des Volkes, unter der es jetzt leidet, nicht im allermindesten behoben.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Lasse ich die Fülle der Gesichte an meinem geistigen Auge vorüberziehen, die in den letzten Tagen hier vor uns auftraten, so glaube ich, kann man die Redner nach dem Prinzip einteilen, ob sie mehr oder weniger Verständnis für die Not des Volkes bewiesen haben. Die Linie geht von der äußersten Linken bis hinauf zu den Herren am Bundesratstische. Ausgenommen ist das Zentrum dabei. Es hat zwei Redner vorgeschickt, von denen der eine zur Beruhigung der Latifundienbesitzer in der Partei und ihrer junkerlichen Bundestruppen dienen mußte, während der andere Redner das mehr Populäre besorgte, nämlich Maßnahmen vorschlug, die wir durchaus billigen, von denen er aber wahrscheinlich nach den Worten des Herrn Spahn schon vorher überzeugt war, daß sie nicht durchgeführt würden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sowie ja auch der Herr Landwirtschaftsminister gern bereit ist, **alles zu tun, was keine Wirkung hat auf die jetzige Notlage.** (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das Mindestmaß des Verständnisses für die Notlage des Volkes war, wie gesagt, bei den Männern der Regierung zu finden. Mit dem Kanzler werde ich mich erst später befassen — das beste spart man sich auf. (Heiterkeit.)

Man hat immer wieder gesagt, die Mißernte sei gar nicht so schlimm, es seien Erträgnisse der Landwirtschaft und Gärtnerei genug vorhanden, und man hat weiter betont, daß jedenfalls die Zollpolitik völlig außer Beziehung zur Teuerung stehe und daß daher auch eine zeitweilige Oeffnung der Grenzen keine Erleichterung bringen könnte. Diejenigen aber, die beweisen, daß Nahrungsmittel in unseren Grenzen vorhanden seien, rennen doch nur offene Türen ein. Gewiß sind Lebensmittel vorhanden,

nur können mehr als 90 Proz. der Bevölkerung sie nicht bezahlen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Na! na! und Zurufe rechts.) Natürlich, wir leben ja im Jahre 1911 und nicht 911! Wenn in früheren Jahrhunderten eine Dürre über das Land kam, so mußte die Bevölkerung mit der Unmöglichkeit rechnen, überhaupt Nahrungsmittel zu bekommen. Dieser Zustand ist heute durch die Entwickelung des Verkehrs überwunden. Aber es nützt nichts, daß Fleisch und Gemüse überhaupt vorhanden ist, es muß zu Preisen vorhanden sein, daß auch die Minderbemittelten es kaufen können. Wie Reuter sagt: „Rindfleisch und Backpflumen sind 'ne gute Sache, man muß sie bloß bewen". (Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Der Landwirtschaftsminister hat behauptet, es seien Kartoffeln zu 2,60 M. zu haben. Nach meinen Erkundigungen ist der Stadtgemeinde Frankfurt a. O. z. B. unmöglich gewesen, Kartoffeln zu solchen Preisen zu beziehen. Dieser Preis bezieht sich wohl auf unsortierte Kartoffeln auf dem Felde. (Widerspruch rechts.) Wenn der Herr Land-

wirtschaftsminister Kartoffeln zu 2,60 M. hat, so solle er das nur hier von der Tribüne bekannt geben, damit die städtischen Verwaltungen Gelegenheit haben, sie zu beziehen. (Heiterkeit.) Vielfach ist von den Zahlen der Statistik Gebrauch gemacht worden. Aber eins dürfen wir dabei nicht übersehen. Die Statistik — das ist ihr Schicksal — kommt immer zu spät. Wir werden erst in einem späteren Zeitraum imstande sein, zu erkennen, wie die Teuerungsverhältnisse auf unser Volk gewirkt haben. Selbst die Großhandelspreise, die einzigen, die jetzt für die Lebensmittel der Statistik zur Verfügung stehen, beweisen ja nichts, denn Sie sagen ja selbst, daß die Spannung zwischen den Großhandels- und den Kleinhandelspreisen anormal hoch ist und jedenfalls außer jeder Kontrolle steht. Jedenfalls liegt die Tatsache vor, daß die Detailpreise auf den Märkten der industriellen Siedelungen und Großstädte eine Höhe erreicht haben, die namentlich den Genuß von Gemüse für die minderbemittelte Bevölkerung schlechthin verhindert. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In den ganzen Erörterungen über die Teuerung vermisse ich das Eingreifen derjenigen Behörde, die nach meiner Ansicht am ehesten und unmittelbarsten berufen wäre, über diese Frage Auskunft zu erteilen, nämlich

das Reichsgesundheitsamt.

Wir haben in den letzten Jahren von verschiedenen Gelehrten Untersuchungen bekommen, wie sich die Ernährungsverhältnisse unserer Bevölkerung bei der Umschichtung der Bevölkerung vom Agrarstaat zum Industriestaat gestaltet haben, speziell über die Ernährungsverhältnisse der Schulkinder sind Untersuchungen angestellt. Daß aber eine regelmäßige Beobachtung dieser Verhältnisse vom Reichsgesundheitsamt bis zur Stunde zu vermissen ist, ist tief beklagenswert, denn es gibt keine Angelegenheit, die Wehrhaftigkeit der Nation nicht ausgenommen, die so sehr der Ueberwachung bedürfe, wie die Ernährung der Bevölkerung. (Zuruf rechts: Auch mit Fleisch!) Gewiß, doch spreche ich nicht von der unmittelbaren Nahrungsmittelkontrolle, sondern von den Vorgängen auf den Märkten, von den Vorgängen der Nahrungsmittelversorgung. Die Beobachtungen, die sich auf die Einwirkung der Umschichtung und Umsetzung unserer Bevölkerung von Agrar- zu Industriebevölkerung beziehen, sind so bedeutungsvoll und müssen mit der Zeit namentlich für die zollpolitische Haltung eine solche Bedeutung gewinnen, daß wir darauf dringen müssen, daß das Reichsgesundheitsamt diesen Zweig seiner Tätigkeit ausbildet. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) **Die dauernde Beobachtung der Nahrungsmittelversorgung des Volkes muß die Hauptaufgabe des Reichsgesundheitsamtes sein.**

Wenn namentlich die Herren von der Regierung gesagt haben, die Aufhebung der Zölle auf Futtermittel, auf Brotgetreide, auf Fleisch und andere Nahrungsmittel würde keine Wirkung haben, ja nicht einmal eine momentane Wirkung, so vertraue ich doch mehr auf Männer, wie Herrn Heim. Sie können nicht behaupten, daß die Forderung der Aufhebung der Zölle eine Parteiforderung sei. Sie wird bis in die Mitte des Hauses hinein vertreten. Man muß fragen, ob es sich um Schutzzölle oder um Finanzzölle handelt. Herr Heim betrachtet die Agrarzölle als Schutzzölle und fordert demgemäß, wenn die Verhältnisse sich geändert haben, daß dem Rechnung getragen wird. Der Reichsschatzsekretär sagt, die Agrarzölle sind Finanzzölle. (Zuruf rechts: Auch!) Schön, ich behaupte, sie sind sogar Prohibitivzölle, denn sie sollen in Verbindung mit den pseudosanitären Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes die Einfuhr verhindern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Graf Kanitz wies darauf hin, daß die französischen Sozialisten für die Agrarzölle gestimmt haben. Aber in Frankreich hat der Agrarzoll eine ganz andere Bedeutung als bei uns. Frankreich ist kein Getreide einführendes Land, es muß nicht, wie wir, ein Fünftel seines Brotgetreides vom Ausland beziehen. Auch sind die Eigentumsverhältnisse in Frankreich ganz andere. Frankreich hat keine Junker. (Zuruf rechts: Unrichtig!) Nur wo der Zuckerrübenbau größeren Umfang hat, gibt es in Frankreich Großgrundbesitz, vor allem aber hat Frankreich **keine Junkerherrschaft und das ist entscheidend.** (Lebhafte Zustimmung links.) Unsere Zoll- und Steuergesetzgebung ist doch nach dem Eingeständnis Ihrer Führer bestimmt zur

Alimentierung der Junker.

Wissen Sie das nicht? Und daß Graf Posadowsky selbst gesagt hat, daß die Schnapsliebesgaben die Großgrundbesitzer in die Lage setzen müssen, den Sohn Leutnant und Referendar werden zu lassen. In Frankreich ist Agrarschutz nicht Junker-, sondern Bauernschutz! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Zuruf von den Kons.: In Frankreich gibt es auch keine Einkommensteuer!) Folglich können sie die reichen Leute nicht hinterziehen! (Schallende Heiterkeit der Linken.) In jedem Lande sind immer die Sozialdemokraten des Auslandes die besseren Sozialdemokraten! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Daß Sie so an dem Zollsystem festhalten, wäre unverständlich, wenn es keine Wirkung hätte. Allein durch die Zollerhöhung von 1906 ist die Belastung des Volkes für Brot

mit 13 Mark pro Kopf

zu berechnen. Darum ist es richtig, was seinerzeit der deutsche Kaiser gesagt hat, daß die deutsche Agrarzollgesetzgebung eine

Brotwuchergesetzgebung

ist. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Das wird erreicht durch die Verbindung der Zölle mit dem Einfuhrscheinsystem. Um den Groll des Volkes darüber zu beschwichtigen, schlug das Zentrum vor, das Geld, das dadurch mehr einkommt, für eine Witwen- und Waisenversicherung aufzusparen. Angesammelt wurden 46 Millionen Mark. Wo ist das Geld geblieben?

Es ist durch die Anzapfung der Reichskasse mittels der Einfuhrscheine in die unergründlichen Taschen der Großgrundbesitzer geflossen! Vor der französischen Revolution, als es noch Junker gab, entblößten auch sie das Land vom Brotgetreide und ließen sich vom Staat dabei begünstigen. Die Folgen Ihres Systems werden Sie am 12. Januar sehen. Möge der Reichskanzler doch nachschlagen, was Herr v. Bethmann am 22. April 1909 sagte: „Wenn die Ausfuhr an Roggen und Hafer einen solchen Umfang erreicht hat wie den damals beklagten, so sei das nur eine vorübergehende Erscheinung. Aber wenn sich herausstellt, daß eine so hohe Ausfuhr dauernd bedenklich wirke, dann liegt die Veranlassung vor, dazu Stellung zu nehmen und das System zu ändern.“ (Hört! hört! links.) So der Bethmann Hollweg von 1909! Inzwischen hat sich die Ausfuhr von Roggen und Hafer noch vermehrt und trotzdem sagt der Reichskanzler jetzt, es darf an diesem System nichts geändert werden. Er hat sich verändert! Er hat sich verhärtet, er ist noch mehr

ein Gefangener der Junker

geworden, als er es vorher war! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber das Volk klagt nicht nur über die hohen Lebensmittelpreise. Es leidet auch unter den Liebesgaben. (Zuruf rechts: Unsinn.) Sie sind ja selbst ein Liebesgabenempfänger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Die Zucker- und Branntweinliebesgaben allein machen mehr aus, wie die gesamten Reichsschulden.

Man sagt, die Oeffnung der Grenzen und die vorübergehende Herabsetzung der Zölle lohne sich nicht. Nun, dann machen Sie doch einmal das Experiment; setzen Sie uns doch durch die Tat ins Unrecht, setzen Sie die Zölle herab und beweisen Sie uns dann, daß dadurch nicht eine wesentliche Herabsetzung der Lebensmittelpreise erreicht wird. Herr Heim hat Ihnen gestern sehr treffend gesagt: alle Schutzzölle sind reine Zweckmäßigkeitsmaßnahmen. Wir Sozialdemokraten — das möchte ich dem Grafen Kanitz sagen — sind durchaus keine enragierten Freihändler. Dazu haben wir mit dem Grundsatz des laissez faire laissez aller (gehen lassen, wie es will) auf anderen Gebieten zu schlimme Erfahrungen gemacht.

Aber die Herren Schutzzöllner haben doch selbst immer gesagt, diese Maßnahmen könnten nur vorübergehend sein. (Sehr richtig! rechts.) Dann darf man auch nicht sagen, man dürfe des Prinzips wegen auch nicht einen einzigen Stein und auch auf kurze Zeit nicht aus dem Schutzzollwall hinausnehmen. Der omnöse § 12 des Fleischbeschaugesetzes ist seinerzeit ausdrücklich als vorübergehende Maßnahme bezeichnet worden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn man sich heute gegen eine auch nur vorübergehende Herabsetzung der Zölle und auch gegen die Einfuhr von Büchsenfleisch wendet, so setzt man sich dem Verdacht aus, **daß man entschlossen ist, aus der Not des Volkes einen Vorteil zu ziehen.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hat doch sogar die Denkschrift des Landwirtschaftsrats das Wort geprägt, die Teuerung sei ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Das ist ein bitteres Wort. Wer das geschrieben hat und die Verantwortung dafür übernimmt — der mag ein gläubiger Christ sein, aber ich kann mir vom Standpunkt eines Christen keine größere Blasphemie als diese Behauptung denken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben in unserer Interpellation uns auf das unmittelbar notwendige beschränkt, und auch kein Wort in der Rede des Genossen Scheidemann berechtigte den Reichskanzler dazu, wie er es getan hat, die Frage der allgemeinen Wirtschaftspolitik hier aufzurollen und es so darzustellen, als ob ausgerechnet jetzt eine große Veränderung unseres Wirtschaftssystems beabsichtigt sei. So töricht sind wir nicht, zu glauben, wir könnten die agrarische Mehrheit dieses Reichstags erschüttern. Aber wir hegen allerdings die Hoffnung, daß wir diese Mehrheit dezimieren werden bei den nächsten Wahlen, diese Mehrheit, die da überhaupt nur zustande gekommen ist, weil wir eine veraltete Wahlkreiseinteilung haben, die dem Lande das Uebergewicht gewährt. (Sehr wahr! links.)

Nun sagen die Herren, die Landwirtschaft habe eigentlich gar nicht Vorteil von den hohen Zöllen, sondern der Zwischenhandel zöge einen illegitimen Nutzen aus den Verhältnissen. Ich fühle nicht das Bedürfnis, die Krämer und Händler zu verteidigen. Wir verkennen gewiß nicht die Schäden der heutigen Güterverteilung, aber wenn wir uns bemühen, diese Schäden der Distribution auszubessern, den Konsum zu organisieren und dadurch ein zum Teil parasitisches Zwischenhändlertum auszuschalten, dann stoßen wir gerade auf den Widerspruch der Konservativen und des Zentrums. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie sind es, die die Konsumvereine durch schikanöse Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen in ihrer Entwickelung stören. Der Eisenbahnminister ist es, der jedem Arbeiter in den Eisenbahnbetrieben **die Maßregelung androht, wenn er oder seine Frau Mitglied eines Konsumvereins sein will.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sind es, die es begrüßten, daß der Rat von Dresden sich von jedem Straßenfeger die eidesstattliche Versicherung geben ließ, daß er nicht Mitglied eines Konsumvereins sei oder werden wolle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man kann nicht auf den Zwischenhandel schimpfen und auf der anderen Seite auf der Tagung der Zentralvereinigung der Deutschen Vereine für Handel und Gewerbe, wie in den letzten Tagen Herr Kreth, eine Lanze für das Krämertum einlegen. Bei den Wahlen werden wir ja die Herren von der Rechten und von der Mitte wieder an der Seite der Händler finden, sie werden sich wieder als alleinige Vertreter des Mittelstandes hinstellen.

Der Handel hat zweifellos an der jetzigen Teuerung nicht allein schuld. Er ist außerordentlich beweglich. Wenn eine örtliche Gruppe von Händlern die Preise über das normale Maß hinaustreibt, so kommen andere und senken durch vermehrte Zufuhr die Preise wieder. Also wer behauptet, die Händler tragen allein Schuld, setzt doch ein zu großes Mißtrauen in die Intelligenz seiner Zuhörer. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Viel mehr Recht hatte Herr Heim, als er die falsche Besitzverteilung als Grund der Mißstände anführte. Der Latifundienbesitz hat Rom zerstört, und er wird Deutschland zerstören, wenn er nicht verteilt wird. Freilich, der Forderung Dr. Heims, an Stelle der großen Fideikommisse Bauernfideikommisse zu setzen, kann ich nicht folgen. Die Bindung großer Landflächen muß auf die Dauer

verhängnisvolle wirtschaftliche Folgen

haben. (Zuruf rechts.) Die Ausrottung der Wälder kann man auch durch andere Mittel verhindern, als durch die fideikommissarische Bindung. Unsere Gemeindewälder werden ohne diese Bindung auch forstlich einwandfrei behandelt. Im übrigen ist es wahrhaftig kein Geheimnis, wie in manchen Fideikommissen mit den Eigenbeständen gehaust worden ist, daß die überwachenden Staatskommissare da manchmal beide Augen zugedrückt haben. (Sehr wahr! links.) Ich bin ein Bewunderer der Heimschen Kunst, zu organisieren. Man muß den Mann in seinem ureigensten Betätigungsgebiet im nördlichen Bayern jahrelang bei der Arbeit gesehen haben, wie ich. Aber er stellt dieses sein hohes Talent rücksichtslos in den Dienst einer bestimmten Klasse, er sieht nicht die Bedürfnisse der Allgemeinheit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Reorganisation der Eigentumsverhältnisse des für die Ernährung so wichtigen Bodens muß auf einem anderen Wege vor sich gehen als durch die Bildung von Bauernfideikommissen. Die Schaffung der für die Ernährung des Volkes notwendigen Stoffe ist eine hervorragende nationale Angelegenheit, die nicht abhängig sein darf von dem zufälligen Besitzverhältnis. Wir haben Zeiten gehabt, wo das Land den Gemeinden gehörte. Die Entwickelung hat dann mit Notwendigkeit zum Uebergang des Grund und Bodens in Privateigentum geführt. Aber es kommen auch Zeiten, in denen das Privateigentum an diesem Boden überflüssig und damit schädlich wird. Eigentum und Besitz sind keine ewigen Kategorien, sie wandeln sich mit unserer Volkswirtschaft. Es ist etwas ganz anderes, ob 25 000 Adelsfamilien einen erheblichen Teil des Grund und Bodens in einem Staat mit 30 Millionen Einwohnern oder in demselben Staat mit 65—70 Millionen Einwohnern haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn in dem Maße, wie sich die ländliche Bevölkerung vermehrt, steigert sich der Wert, unter Umständen die Gefahr und die Schädlichkeit des Bodenmonopols. Das bestreiten zu wollen, würde Ihnen schwer fallen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und mit jedem landlos Geborenen kommt ein neues Argument gegen den monopolistischen Boden, sowohl desjenigen, der zur Ernährung, wie desjenigen, der zur Behausung des Volkes notwendig ist. Nirgends steht geschrieben, daß die Masse der Bevölkerung, daß die Millionen in schwerster Arbeit ihren Lebensunterhalt erwerben müssen, **um einer kleinen Minderheit eine behagliche Existenz zu verschaffen.** (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Lachen rechts.)

Sie werden vielleicht wieder mit angeblich zugunsten der Großgrundbesitzer sprechenden betriebstechnischen Eigenheiten kommen. Aber Großbetrieb als Musterbetrieb ist keineswegs gebunden an Latifundienbesitz. (Sehr gut! links.) Eine andere Bedeutung hat heute der Großgrundbesitz nicht, als die, die Bodenrente in die Taschen verschwindender Minderheiten hineinzuleiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine der schlimmsten Seiten der Teuerung ist

die Teuerung der Wohnungsmieten,

die sich aufbaut auf den Privatbesitz an dem für die Behausung der Bevölkerung notwendigen Boden. Es ist nicht wahr, daß, wie der Staatssekretär des Innern sagte, sich die Wohnungsverhältnisse verbessert haben. Manch: Wohnungsverhältnisse haben sich verbessert, aber die Wohnungsnot unseres Volkes in den Großstädten wie in den kleineren schreit zum Himmel! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Gesundheit unseres Volkes muß untergraben werden, wenn wir sehenden Auges weiterhin an diesen Zuständen vorübergehen, wenn ein erheblicher Teil der Bevölkerung dieser immens reichen Stadt (Berlin) genötigt ist, in Kellerwohnungen zu hausen, wenn es hier noch 13 000 Wohnungen gibt, die aus einem einzigen, nicht heizbaren Raum bestehen und die mit

bis zu 10 Personen belegt

sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Volk, das diese Zustände bestehen läßt, hätte nicht den Anspruch auf den Titel eines Kulturvolkes! Die herrschenden Klassen, die die Mitarbeit der großen Massen dauernd zurückweisen und die Verantwortung für die Regierung auf sich nehmen, haben ihren Beruf nicht erfüllt, sie sind **schuldig zu sprechen der Vernachlässigung ihrer Pflicht,** und müssen abtreten von dem Platz, den sie bisher innegehabt haben! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir bestreiten am allerwenigsten, daß eine gesunde Landwirtschaft notwendig ist für die Nahrungsversorgung unserer Bevölkerung. Die Besserung der Zustände suchen wir nicht nur in der zukünftigen Aenderung der Besitzverhältnisse, sondern, wo immer nur Gelegenheit geboten war, in den Einzellandtagen für eine unmittelbare Besserung des Loses der Bauern einzutreten, haben wir das getan. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will nicht weiter über die Agrarfrage sprechen und wende mich nun dem — Stuhl zu, auf dem der Reichskanzler manchmal sitzt. (Große Heiterkeit.) Der Kanzler hat vorgestern hier eine Wahlrede gehalten. Der Staatssekretär des Innern hat ihn dagegen zu verteidigen gesucht, daß in seinen Worten eine gewisse

unbarmherzige Brutalität

gelegen hat.

Vizepräsident Schulz: Das geht zu weit. Ich bitte, sich zu mäßigen. (Widerspruch beiden Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Ich kann nicht sagen, daß jemand, der auf die Frage: Was willst Du tun? Herabsetzung der Zölle antwortet: Nein! Oeffnung der Grenzen für auswärtiges Fleisch — nein, nein, nein, ich kann nicht finden, daß jemand das Wort der Stunde findet, der jede auch die geringste Gefährdung agrarischer Interessen mit der Schärfe, die ihm zu Gebote steht, zurückweist und dabei gleichzeitig die Interessen anderer Berufsschichten, z. B. der Zwischenhändler, so behandelt, als ob sie gar nichts bedeuten, oder gar für die Not der Minderbemittelten nicht ein einziges Wort des Mitleids gehabt hat. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es klingt ja wie Hohn, wenn der Reichskanzler sagt, die Presse sei schuld, die Versammlungsreden seien schuld. Als ob die ganze Not nur eingebildet und nicht wirklich vorhanden wäre. Wenn der Reichskanzler sagt: es gibt keine Teuerung, die Lebenshaltung des Volkes ist nicht so ungünstig, wie sie dargestellt wird, im Gegenteil, die Löhne sind gestiegen und dadurch hat sich die Lebenshaltung verbessert, so ist es unsere Pflicht, wenigstens an dem einen oder anderen Beispiel nachzuweisen, daß das Gegenteil richtig ist. Ich will mich auf die Aeußerung von Zentrumsrednern berufen. Herr Imbusch führte im Abgeordnetenhause am 20. März d. J. aus, daß am 1. Januar 1909 in 15 größeren Orten des Saargebietes 5811 Bergleute in 149 Geschäften nicht weniger als **280 000 M. Warenschulden** hatten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und bis zum 1. November 1910 hatten an denselben Orten 4500 Bergleute in 200 Geschäften

445 000 M. Warenschulden.

Daraus zog Herr Imbusch die Folgerung: Also der Lohn ist gestiegen, aber die Kaufkraft des Lohnes ist nicht entsprechend gestiegen. Das bedeutet also, die Lage der Arbeiter hat sich erheblich verschlechtert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zehn Tage später erklärte Herr Roeren nach einer ihm vorliegenden Lohnliste, der Schichtlohn für Hauer betrüge 4,14 bis 4,41 M., das Jahreseinkommen demnach 1200 M. Aus dem Haushaltungsbuch eines katholischen Arbeiters mit fünfköpfiger Familie, der sogar ein außergewöhnlich hohes Jahreseinkommen hatte, nämlich von 1460 M., ging hervor, daß er

Ausgaben von 1884 M. jährlich

zu leisten habe. Daß diese Ausgaben sehr sparsam aufgestellt waren, stellte Herr Roeren ausdrücklich fest. Herr Roeren sagte, in allen 52 Wochen des Jahres hat der Mann nicht einen Pfennig für Vergnügen ausgegeben. Ich meine, so fuhr Herr Roeren fort, das Herz müßte einem bluten, wenn man dies Bild der drückendsten Einschränkung sieht. Herr Roeren teilte auch eine Verschuldungsstatistik mit, wonach in sechs Zechengebieten die Hypothekenschulden der Bergarbeiter sich auf 1½ Millionen Mark beliefen. Das ist „das eigene Heim“ der Saarbergleute! Herr Roeren fügte hinzu, „das sind doch Zahlen, die mit erschreckender Deutlichkeit auf einen **wirtschaftlichen Zusammenbruch hinweisen“.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Im 4. Heft des Jahrgangs 1911 der ministeriellen Zeitschrift für Berg- und Hüttenwesen findet sich auf Seite 107 eine lobende Erwähnung der Bemühungen der Werke, billige Lebensmittel den Bergleuten zuzuführen und ihnen Wohnungen bereit zu stellen. Dann heißt es: „Die wirtschaftliche Lage hat sich gegen das Vorjahr nicht wesentlich gebessert. Die Löhne sind zwar gestiegen, aber durch die Preiserhöhung mancher Lebensmittel, vor allem des Brotes und Fleisches **ist das mehr als wett gemacht.“** Rechnen Sie jetzt die Steigerung der Gemüse- und Kartoffelpreise hinzu, so sehen Sie eine

beträchtliche Verschlechterung der Lage der Arbeiter

festgestellt, und zwar durch ein Organ eines preußischen Ministeriums. Die Verhandlungen bei dem neuen Buchdruckertarif haben gelehrt, daß die Buchdrucker **nicht imstande waren, dasjenige Maß von Lohnerhöhung zu erzielen, das ihnen eine Aufrechterhaltung ihrer Lebenshaltung ermöglicht.** Wenn man Zahlen gibt, wie es der Staatssekretär Delbrück vor etwa einer Stunde tat, so verwechselt man gar zu leicht die Lichtseiten der technischen Entwickelung mit der Hebung der Lage der arbeitenden Klassen. Fortschritt der technischen Entwickelung und soziale Hebung der arbeitenden Klassen sind durchaus nicht identisch. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Als Gladstone im englischen Parlament von der „berauschenden Vermehrung des Reichtums“ sprach, stand die arbeitende Klasse Englands nahe vor dem Zusammenbruch, Irland war in Flammen, Hungerrevolten waren dort ausgebrochen. Die Technik hat in ihren Anfängen nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einer grausamen Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen geführt und es hat langer Gesetzgebungsarbeit bedurft, um diese Verhältnisse abzuändern. Mit dieser Arbeit sind wir noch lange nicht fertig. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Was will es besagen, wenn man Zahlen angibt für die gesteigerte Ausfuhr. Das beweist nichts für die Lage der in den betreffenden Industrien beschäftigten Arbeiter.

Man sagt uns, Ihr habt ja selbst die Verelendungstheorie fallen lassen. Es wäre ja noch schöner, wenn es unserer zähen und opferreichen Arbeit nicht gelungen wäre, die Lage der Arbeiter in 30 Jahren zu bessern.

Aber was wir errungen haben, haben wir gegen Sie erringen müssen.

Nie sind wir von Ihnen unterstützt worden (Widerspruch rechts) und nie hatten wir ein deutlicheres Gefühl dessen, wie unzureichend das ist, was wir erreicht haben, als in dieser Zeit. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Das eine soll man doch nicht vergessen, wenn man von der Verelendung spricht, daß es dabei auf das Verhältnis zwischen der Produktivität und dem Einkommen ankommt. Dank der technischen Entwickelung schafft ja der einzelne heute viel mehr als früher, aber der Ueberschuß kommt nicht ihm, sondern anderen zugute. Der Aufstieg reicht nicht aus und keine Sophisterei der Welt bringt uns darüber hinweg, daß es den breiten Massen des Volkes nicht gut geht, daß ein großer Teil

am Rande des Abgrundes

steht, und daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung dauernd der Armenpflege verfällt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nun sagen der Reichskanzler und seine Nachbeter freilich: wir müssen die Gemeinden auffordern etwas zu tun, wo wir nichts tun können. Wir sind bereit, ihm auf diesem Wege zu folgen, denn wir sehen darin eine Anerkennung von uns vertretener programmatischer Forderungen. Wir begrüßen diese Ausdehnung des Pflichtenkreises der Gemeinden, denen wir schon lange die Regelung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zugewiesen haben. Aber ich frage den Herrn Reichskanzler: Was

ist denn das, die Gemeinde? Weiß er nicht, daß die Gemeinden, auf die er am unmittelbarsten Einfluß hat, nämlich die Stadtgemeinden in Preußen, unter genau denselben Schäden der Verfassung leiden wie der preußische Staat? Daß Dank der veralteten Stadteordnung die Bevölkerung, die es eigentlich angeht, von der Einwirkung auf die Geschicke der Gemeinde ausgeschlossen ist? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ahnt er nicht, daß er damit den Wählern der ersten und zweiten Abteilung, die ja meist Hausbesitzer und Händler sind, zumutet, daß sie den Ast absägen, auf dem sie sitzen? Ist er so weltenfern, daß er sich nicht gesagt hat, man darf nicht schlechthin von der Gemeinde sprechen? Freilich, ein Staatsmann,

der ein verpfändetes Königswort alt und schimmelig werden läßt,

(sehr gut! links), ein Staatsmann, der eine Frage von der elementaren Bedeutung der Reform des Landtagswahlrechts, die die Voraussetzung der Reform der Gemeindeverfassung ist, liegen läßt, ein Staatsmann, der vor dem Stirnrunzeln des Herrn von Heydebrandt zusammenklappt wie ein Taschenmesser (lebhaftes sehr gut! b. d. Soz.) — drei Jahre hat er ins Land gehen lassen, denn drei Jahre ist es her, daß der preußische König gesagt hat: „Es ist mein Wille, daß das preußische Wahlrecht geändert wird — ein solcher Staatsmann hat nicht das Recht, die Verantwortung von sich abzulehnen und auf andere Schultern abzuwälzen, ein solcher Staatsmann hat nicht das Recht, die Gemeinde zur Hilfe aufzurufen, die Gemeinde, deren Vertretung so zusammengesetzt ist, daß sie unmöglich wirksame Maßregeln treffen kann. (Lebhaftes sehr wahr! b. d. Soz.)

Der Reichskanzler sieht in der Erhöhung des Fleischkonsums eine Verbesserung der Volksernährung. Aber zunächst beweist sie nur eine Veränderung der Ernährung, denn daß die städtische Arbeiterbevölkerung mit ihrer Ernährung nicht den Typus der Ernährung einer ländlichen Bevölkerung beibehalten kann, ist physiologisch ohne weiteres einleuchtend. Die Ernährung der städtischen Arbeiter wird ohne weiteres nicht besser, aber anders, als die der Landbevölkerung. In unseren Militärbäckereien wird ein ausgezeichnetes Kommißbrot gebacken. Aber für die in den Fabriken arbeitende Bevölkerung ist dieses Brot ungeeignet. So beweist also auch der gesteigerte Fleischkonsum nicht, was der Reichskanzler damit beweisen will. Der Fleischkonsum ist auch lange nicht so gestiegen, wie die Umschichtung der Bevölkerung es hätte erwarten lassen.

Der Reichskanzler, dem es ganz gewiß eng ums Herz ist, wenn er an die kommenden Wahlen denkt, sagte in seiner Wahlrede zum Schluß, es komme ihm darauf an, den Schutz der nationalen Arbeit aufrecht zu erhalten. Schutz der nationalen Arbeit, das soll der Sammlungsruf für den 12. Januar werden. Es ist ihm schon von verschiedenen Seiten dieses Hauses einiges Wasser in diesen Wein getan worden. Wir sind gewiß nicht gegen den Schutz der nationalen Arbeit, denn schließlich sind es unsere Anhänger, die in dieser Arbeit stehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber wir wollen nicht durch ein gefährliches Schlagwort unser Volk irreführen lassen (lebhaftes sehr richtig! b. d. Soz.) und es abführen lassen von den Problemen, die für die Zukunft entscheidend sind. Schutz der nationalen Arbeit, gewiß, aber auch

Schutz der nationalen Arbeiter gegen junkerliche Gewalttätigkeit und Ausbeutung.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Den Vorwurf der ungewollten Hartherzigkeit und Brutalität, den der Vorredner gegen den Reichskanzler erhoben hat, muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. Der Reichskanzler hat die Folgen der Dürre als beklagenswert erklärt und hat betont, daß die Sorge um die arbeitenden Klassen ihm genau so am Herzen liege, wie Ihnen, wobei aus dem Hause der Zurufe ertönte, sogar noch mehr.

Hierauf wird die Debatte vertagt.

Abg. Dr. Südekum (zur persönlichen Bemerkung): Den Ausdruck kann ich leicht preisgeben. In der Sache selbst habe ich nichts zurückzunehmen. Das, was der Reichskanzler hier gesagt hat, pflegt man in der kirchlichen Sprache mit dem Worte „Lippendienst" zu bezeichnen.

Vizepräsident Schulz: Ich rufe Sie für diesen Ausdruck zur Ordnung. (Ironische Rufe links: Ausschließen!)

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Fortsetzung der Debatte.

Parlamentarisches.

Das Hilfskassengesetz in der Kommission.

Am Mittwoch wurde die zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Aufhebung der Hilfskassen erledigt. Der Entwurf wurde im wesentlichen nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Ein Zusatz wurde auf Antrag der Sozialdemokraten zu der Bestimmung gemacht, daß bei den Unterstützungsvereinen, die Krankenunterstützung gewähren, der Rechtsweg wegen der den Mitgliedern zustehenden Ansprüche nicht ausgeschlossen werden dürfe. Der Zusatz lautet: Den Rechtsweg kann das Mitglied innerhalb eines Monats nach Mitteilung einer etwaigen schiedsgerichtlichen Entscheidung betreten. Eine längere Debatte entspann sich nur über die Bestimmung, die in der Sitzung vom Dienstag auf Antrag der Abgeordneten Becker (Arnsberg) und Behrens in das Gesetz eingefügt worden ist, angeblich um zu verhindern, daß eine freie Hilfskasse sich auflöse und ihr Vermögen einer freien Gewerkschaft überweise. Der am Dienstag gefaßte Beschluß mußte, wie die Sozialdemokraten darlegten, zur schweren Schädigung namentlich der älteren Mitglieder der jetzigen Hilfskassen führen. Trotzdem wurde der Antrag am Dienstag angenommen, weil die Antragsteller unfähig waren, das was sie wollten, in einwandfreier Form festzustellen. Mit Hilfe der Regierung brachten sie von Dienstag auf Mittwoch einen anderen Antrag fertig. Nach demselben unterliegt der Beschluß einer eingeschriebenen Hilfskasse über die Auflösung oder die Vereinigung mit einem anderen Unternehmen der Genehmigung der Behörde, die zuständig sein würde, wenn die eingeschriebene Hilfskasse dem Gesetz der privaten Versicherungsunternehmungen unterstünde. Die Behörde entscheidet auf Grund der Vorschriften des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen. Danach richtet sich auch die Aufsicht über die Liquidation. Diese Bestimmung tritt sofort in Kraft. Nach dieser Bestimmung ist es der Aufsichtsbehörde gestattet, schon vom Tage der Verkündung des Gesetzes an Einspruch gegen alle Maßnahmen zu erheben, die nach ihrer Ansicht die Interessen der Versicherten verletzen oder mit den guten Sitten im Widerspruch stehen. Diese Befugnis sollte nach dem Regierungsentwurf die Aufsichtsbehörde erst mit Inkrafttreten des Gesetzes haben. Die Herren Becker und Behrens und mit ihnen alle bürgerlichen Parteien konnten aber gar nicht schnell genug die Hilfskassen unter Vormundschaft der Aufsichtsbehörde bringen und so wurde dann der Antrag von allen bürgerlichen Parteien angenommen, daß sofort nach Verkündung des Gesetzes die Hilfskassen unter diese Hauptvormundschaft der Behörde kommen. Dem Zentrumsabgeordneten Irl ging aber auch diese Bestimmung noch nicht weit genug, er beschwerte sich darüber, daß trotzdem Versicherte gezwungen werden können, einer Hilfskasse beizutreten, die zwar keinen politischen Mißbrauch treibe, in der sich aber auch Sozialdemokraten befänden. Was eigentlich erreicht werden müßte, das sei, so plauderte der Zentrumsabgeordnete Irl aus, daß kein Versicherter gezwungen werden dürfte, in eine Kasse einzutreten, in der auch Sozialdemokraten sind. Ihm wurde von den Sozialdemokraten geantwortet, daß er das nur damit erreichen könnte, daß den Sozialdemokraten eine Beteiligung an einer freien Hilfskasse verboten würde. Der Abgeordnete Irl verzichtete natürlich darauf, einen solchen Antrag zu stellen. Damit hat die Beratung des Hilfskassengesetzes ihr Ende erreicht. Es ist wohl kein Zweifel, daß auch das Plenum das Hilfskassengesetz in dieser Form annehmen wird.

Versicherungsgesetz für Angestellte.

Der Reichstagskommission lagen am Mittwoch die Verhandlungen über den Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte vor. Vom Zentrumsabgeordneten Sittart wurde eine Erklärung der Regierung provoziert über die finanziellen Berechnungen, die der Versicherung zugrunde gelegt sind. Geheimrat Beckmann verteidigte die Grundlage der Berechnung, er gibt zu, daß die Annahmen auf unsicheren Voraussetzungen beruhen, aber er glaubt, daß die Schätzungen der Regierung eher zu hoch als zu niedrig sind. Die Renten können nicht erhöht werden bei den Beiträgen, da man die Leistungen sehr vorsichtig in Ansatz bringen muß. Ueber 150 Millionen Mark dürfte die jährliche Belastung nicht hinausgehen. Von unserem Parteigenossen wurde hervorgehoben, daß wir sicherlich recht hatten mit der Befürwortung der Angliederung der Versicherung der Angestellten an die Invalidenversicherung. Jetzt kommen die Bedenken doch so stark zum Ausdruck, daß in den Kreisen der bürgerlichen Parteien auch Zweifel aufgestiegen sind, ob ihre bisherige Stellung richtig war. Von unserem Redner wird an mehreren Beispielen dargelegt, wie schwer es ist, die richtige Abgrenzung für den Kreis der Versicherten nach § 1 zu finden. Nach den Erklärungen der Regierung wird z. B. der Schreiber in einem Bureau nicht als Angestellter gelten und damit aus der Versicherung ausscheiden. Wer ist aber Schreiber in einem Bureau und wer Handlungsangestellter? Die Grenze ist sehr verschwommen und wird zu nutzlosen Streitigkeiten Anlaß geben. Diese Schwierigkeiten würden verschwinden, wenn alle diese Angestellten der Invalidenversicherung in höheren Gehaltsstufen angeschlossen würden. Die Frage, ob nach dem Gesetz zum Beispiel Angestellte der sozialdemokratischen Partei, Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsangestellte versichert werden sollen, wird bejaht. Zu § 1 wird von unserem Parteigenossen beantragt, die „Bureauangestellten" besonders aufzuführen als Gruppe der Versicherungspflichtigen.

Von einer Seite wird angeregt, jetzt schon zum Ausdruck zu bringen, daß der Abschluß von Lebensversicherungspolicen in der Zeit nach Bekanntwerden des Gesetzes nicht mehr die Vergünstigungen zu erwarten hat, die die Vorlage enthält. Es soll damit dem Werben der privaten Gesellschaften, noch möglichst viele Versicherungen hereinzubringen, unter dem Hinweis, daß der Angestellte dann von der staatlichen Versicherung befreit wird, Einhalt geboten werden. Vom Zentrum erhebt der Abgeordnete Irl eine Reihe von Bedenken gegen die Vorlage und er bemerkt im Anschluß daran, daß er noch nicht sicher ist, ob er dieser Versicherung der Privatangestellten zustimmen könne. Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

Ein Nachwort zum Parteitag von Modena.

Rom, den 22. Oktober.

Der italienische Parteitag hat über die ministerielle Taktik den Stab gebrochen: das ist sein wichtigstes Ergebnis für die italienische und für die internationale Partei. Dem Ministerialismus und der Teilnahme an der Regierung haben zwar die Reden einiger Delegierten eine theoretische Begründung unterzuschieben gesucht, aber sie haben in keiner der dem Kongreß unterbreiteten Tagesordnungen Vertretung gefunden. Das höchste, wozu sich die äußerste Rechte verstiegen hat, war die Forderung, dem heutigen Ministerium die Unterstützung der sozialistischen Fraktion zu erhalten, um die Verwirklichung der Wahlreform dadurch sicherzustellen. Und selbst für diese von jedem Versuch allgemeiner Begründung losgelöste Forderung haben sich nur 1954 Stimmen gefunden. Den Reformismus wären wir los — die Reformisten sind geblieben.

Es ist einleuchtend, daß das Aufgeben der Kollaborationspolitik durch die Reformisten eine viel tiefere und weitertragende Bedeutung hat, als einer numerischen Ueberwältigung der Reformisten durch die Revolutionären zugekommen wäre. Der Reformismus ist an sich selbst zugrunde gegangen, er hat den Kontakt mit der Praxis nicht zu überleben vermocht. Nicht die revolutionäre Fraktion hat das Verdienst, ihn überwältigt, ihn aus seiner Machtstellung verdrängt zu haben: die Erfahrung hat die reformistische Taktik in den Köpfen ihrer Vertreter widerlegt. Freilich halten Bissolati und die Seinen an ihr fest, aber Turati selbst hat diese Fraktion als zum bürgerlichen Radikalismus abirrend bezeichnet. Was die Revolutionären nicht vermocht hatten, die Reformisten zu überzeugen, daß sie die Partei in eine Sackgasse führten, das hat die Erfahrung fertig gebracht. Eine um diesen Preis errungene Ueberzeugung ist freilich wesentlich kostspieliger als eine solche, die von allgemeinen Voraussetzungen deduziert, aber wer will verkennen, daß ihr ein höherer Wert zukommt, schon deshalb, weil auf diese Weise experimentell jene allgemeinen Voraussetzungen erhärtet werden.

Allerdings wollen die gemäßigten Reformisten gerade von diesem Wert ihrer Wandlungen nichts wissen. Sie wehren sich eifrig dagegen, ihre Abschwenkung von ihrer bisherigen Taktik als eine Bestätigung der revolutionären Voraussetzungen gelten zu lassen. Gerade darum mußte ihre Tagesordnung jene phantastische Ausdehnung erlangen, die ihre Wiedergabe in einer Tageszeitung unmöglich macht, weil in ihr mit den Revolutionären und mit Ferri polemisiert werden sollte, und weil sie eine Anzahl reformistischer Notausgänge enthalten mußte. So wird der Eintritt in ein Kabinett nur „für die gegenwärtige historische Phase in Italien" abgelehnt; die Schädlichkeit der Mitarbeit wird „angesichts des heutigen Standes der psychologischen Entwicklung der Massen" zugestanden, kurz, man sucht die prinzipielle Bedeutung der Zugeständnisse einzuschränken.

Nun steht es aber leider nicht bei dem Willen des Individuums, seinem bewußten Verhalten allgemeinen Wert zu nehmen oder zu geben. Ob es sich durch sein Verhalten einer gegebenen größeren Linie einordnet oder nicht, das hängt von objektiven Verhältnissen, eben von dem Verlauf dieser größeren Linie ab. Und in unserm konkreten Falle mögen die Reformisten tun und lassen, reden und verschweigen, was sie wollen, sie werden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß sie durch ihr Votum in Modena die Parteiaktion in jene Bahnen gelenkt haben, in die die revolutionäre Fraktion sie seit Jahren, und unabhängig von den Erfahrungen der letzten Zeit zu drängen suchten.

Warum haben sie das getan? Offenbar, weil sie den Massen folgen mußten, um nicht allein zu bleiben. Ganz folgerichtig haben die Bissolatianer, die diese Wandlung mitzumachen verschmähten, durch Bonomi den Standpunkt vertreten, daß der Reformismus des Verständnisses und der Sanktion der großen Masse entraten kann und sich nicht ihrem Reifegrade anzupassen brauche, um ihre Interessen zu vertreten. Dieser Reformismus fürchtet sich nicht, allein zu bleiben, aber er erkennt durch diese Erklärung auch die Unvermeidlichkeit der Vereinsamung an. Die gemäßigten Reformisten dagegen sahen in der Entfremdung der Massen eine Gefahr und folgten ihnen dahin, wo sie gegangen waren, ohne sich daran zu stoßen, daß sie außerhalb der Gehege des Reformismus waren.

Platter Opportunismus, wird man sagen. Teilweise gewiß, aber doch nicht nur Opportunismus. Wer kann es denen, die sich zu Führern einer Massenbewegung berufen glauben, verargen, wenn sie unter allen Umständen den Kontakt mit den Massen zu bewahren suchen? Wenn sie das Verhalten, das sie aus diesem Kontakt löst, ablegen, möge es ihnen an sich noch so klar, noch so logisch, noch so rationell erscheinen? Daher auch die immer wiederkehrende Klage über die Unreife der Massen. Das Auseinanderklaffen von Reformisten und Massenbewegung ist eine Tatsache. Für die Bissolatianer ist es kein Gegenargument, für die gemäßigten Reformisten ist es ein solches: je fester in diesen die Ueberzeugung von der Richtigkeit des Reformismus ist, um so mehr müssen sie die Entfremdung der Massen auf deren Rückständigkeit und geringe intellektuelle Entwicklung zurückführen. Deshalb spiegelt sich in den Köpfen der meisten Turatianer ihre neueste Wandlung als ein Herabsteigen zu den Massen, als ein Stehenbleiben, um die Nachkömmlinge, die Verspäteten und Zurückgebliebenen zu erwarten. Sie glauben nicht, daß die Tatsachen den Reformismus widerlegt haben und die Massen ihn deshalb in Stich lassen; sie meinen vielmehr, daß das mangelnde Verständnis der Arbeiterschaft, wie jede andere Milieuerscheinung, Berücksichtigung heische. Daß sie die Arbeiterschaft nicht die Wege des Reformismus zu führen vermochten, beweist ihnen nicht, daß diese Wege falsch sind, sondern läßt sie auf die Unreife der Massen schließen.

Aber neben jenen Reformisten, die in der Ablehnung der reformistischen Taktik nur eine Anpassungsphase des Reformismus sehen, gibt es auch solche, die rein opportunistischen Erwägungen folgten, indem sie eine Tagesordnung gegen Ministerialismus und Ministeriabilismus annahmen. Es sind das alle, die meinen, die heutige Situation hätte die Aktien des Revolutionarismus gehoben, der Fall Bissolati und die tripolitanische Affäre hätten gezeigt, bis zu welchen Verantwortungen der Reformismus führen kann, und deshalb eine Wendung nach links für nötig halten, um die Mehrheit nicht zu verlieren. Für diese dreht es sich gar nicht um den Kontakt mit den Massen und um diesem zu Liebe veränderte Taktik, sondern lediglich um Parteitagsmehrheit und ihr zu Liebe veränderte Worte. Die Zahl derer, die so denken, wird sich ziemlich genau abschätzen lassen, wenn die Zeit zur Anwendung der Parteitagsbeschlüsse gekommen sein wird. Wer es dann beim alten lassen will, für den war die Ablehnung des Ministerialismus nur eine während des Kongresses angenommene Schutzfärbung.

Schließlich befinden sich unter den Reformisten auch solche, denen es nur an der nötigen logischen Klarheit oder an dem moralischen Mut fehlt, mit ihrer bisherigen Auffassung offiziell zu brechen. Was hat z. B. Genosse Nigola gesagt, das nicht jeder Revolutionär unterschreiben würde? Was ist noch reformistisch an einer Auffassung, die jeden Ministerialismus verwirft und die Schutzfunktion der Partei dem Proletariat gegenüber, auf die der Reformismus so hohen Wert legt, als eine Beeinträchtigung der Massen und ihrer sozialistischen Erziehung mißbilligt und abweist? Hier ist die unklare theoretische Umgrenzung des Reformismus schuld, wenn sich noch Leute zu ihm bekennen, die alle seine charakteristischen Voraussetzungen und Forderungen aufgegeben haben.

So hat der reformistische Block, der nicht nur aus der Verschmelzung von drei Tagesordnungen, sondern auch aus dem taktischen Zusammenschluß verschiedener Formen und Grade des Opportunismus entstanden ist, in Modena Ministerialismus und Ministeriabilismus preisgegeben, nachdem beide längst von den Massen preisgegeben worden waren, aber er ist noch einmal als Mehrheit aus der Abstimmung hervorgegangen.

* * *

Die numerischen Ergebnisse dieser Abstimmung verdienen eine kurze Illustration. Zunächst ist der Zuwachs der Revolutionäre bemerkenswert. In Mailand erzielte ihre Tagesordnung Lazzari 6058 Stimmen und in Modena fielen auf die Tagesordnung Lerda 8634, obwohl 70 Parteisektionen der Provinz Forlì als Protest gegen den Fall Bissolati aus der Partei ausgetreten waren, was der revolutionären Fraktion eine Einbuße von rund 1700 Stimmen eintrug. Was die Revolutionären gewonnen haben, das haben sie weniger den Reformisten als den Integralisten abgenommen. Diese waren 4574 in Mailand und sind in Modena auf 1073 zusammengeschmolzen. Auf dem vorigen Parteitag, wo die diesmal mißlungene reformistische Konzentration zustande kam, erhielt die Tagesordnung Turati 12 991 Stimmen, während diesmal die drei reformistischen Tagesordnungen zusammen 11 508 aufbrachten. Die einzige Fraktion, die einen Zuwachs erzielt hat, ist somit die revolutionäre, was Turati sicher als einen Beweis der wachsenden Verblödung der Massen ansehen und beklagen wird. In Mailand erhielt sie 24 Proz., in Modena 40 Proz. aller Stimmen.

Wenn die Verstärkung der revolutionären Fraktion keinem Zweifel unterliegt, so läßt sich leider nicht dasselbe von der politischen Tragweite der angenommenen Resolution sagen. Daß sie die Teilnahme an der Regierung ausschließt, ist unbestritten und hierin liegt ein großer Fortschritt gegenüber der zweideutigen in Mailand geschaffenen Lage. Wie sieht es aber mit dem Votum für das Kabinett Giolitti? Die Stimmen der Tagesordnungen Lerda, Pescetti und Modigliani hatten sich gegen jede weitere Unterstützung des Ministeriums ausgesprochen, während die Tagesordnung Treves nur jede systematische Unterstützung ablehnte. Hat nun der Parteitag gegen jede oder nur gegen die systematische Unterstützung entschieden? Vermögen die 7818 Stimmen der Tagesordnung Treves die 11 444 antiministeriellen Stimmen (Lerda, Pescetti und Modigliani) aufzuheben? Derartige Fragen ergeben sich eben aus der Koalitions- und Konzentrationspolitik der Mehrheit. Nominell ist die Tagesordnung Treves die siegreiche, und diese schließt nur die systematische Unterstützung aus. Dessenungeachtet war die Kongreßmehrheit gegen jede weitere Unterstützung des Ministeriums. Allzuklar ist also die durch das Votum geschaffene Situation durchaus nicht.

Nimmt man die Formel der Tagesordnung Treves zur Richtschnur, was formell nicht der Berechtigung entbehrt, so können wir es erleben, daß alles so weiter geht wie bisher. Man kann beständig für das Ministerium stimmen und die systematische „Verjährung" durch ein gelegentliches antiministerielles Votum in einer belanglosen Sache unterbrechen. Auf diese Weise könnte das Ministerium von der Fraktion alles haben, was es brauchen kann, ohne daß diese sich der systematischen Unterstützung schuldig machte. Dieser Ausgang ist um so mehr zu befürchten, als es ja derselbe Parteivorstand ist, der jetzt über die antiministerielle Taktik wachen soll, nachdem er bisher über die ministerielle gewacht hat.

Eine derartige praktische Wertlosigkeit des Parteitages wäre übrigens auch ohne einen eigentlichen Vertrauensbruch der herrschenden Fraktion möglich. So bedauerlich seine Folgen für die innere Einheit und Kampftüchtigkeit der Partei sein würden, so bestätigte er doch die Auffassung, daß mit rein opportunistischen Zugeständnissen an die proletarischen und revolutionären Forderungen der Sache nicht gedient ist. Das Wesen des Opportunismus ist es eben, jedem jeweiligen äußeren Druck Rechnung zu tragen: vor dem Parteitag trug man dem Druck der Massen Rechnung. Wer bürgt aber dafür, daß dieselben Rechnungsträger sich nicht nach dem Kongreß wieder den Forderungen der bürgerlich-radikalen Parlamentspolitik anpassen, auch ohne das Bewußtsein und die Absicht des Verrats zu haben?

Sollte wirklich der Parteitag von Modena praktisch alles beim alten lassen, so müßte offenbar der jüngstverflossenen Periode, die die Widerlegung des Reformismus durch die Praxis brachte, eine solche folgen, die den Revolutionarismus der Reformisten als eine praktische und psychologische Unmöglichkeit dartäte. Die Wirklichkeit ist nicht so unlogisch, widerspruchsvoll und sprunghaft, wie Turati meint, wenn auch die Einheitlichkeit ihrer Linie erst bei der Umfassung größerer Zeiträume zutage tritt.

* * *

Noch ein Wort zu der Stellung, die der Parteitag dem tripolitanischen Abenteuer gegenüber eingenommen hat. Die übergroße Mehrheit hat durch Akklamation der Tagesordnung des Parteivorstandes jede Solidarität mit dem Anschlag zurückgewiesen, wie dies auch ausdrücklich in der konkordierten Tagesordnung der Reformisten geschehen ist. Wer nach den Verhandlungen von Modena noch von Sympathien der italienischen Partei für den Krieg zu sprechen wagt, der kann dadurch nichts anderes an den Tag legen, als eine Befähigung zum Fälschen offen daliegender Tatsachen.

Immerhin hat eine Fronde nicht gefehlt, und die lärmendsten Auftritte des Kongresses schlossen sich gerade an ihre Erklärungen an. Bonomi hat sich jeder Billigung des Unternehmens enthalten und sich begnügt, es als eine unausbleibliche Frucht des kapitalistischen Regimes hinzustellen. Die Entrüstung des Kongresses beschwor er nur dadurch herauf, daß er gegenüber der vollendeten Tatsache den Wunsch aussprach, der Krieg möge nicht zur Unehre der italienischen Soldaten gereichen. Cabrini hat schon etwas stärker aufgetragen. Er sagte, daß, wenn schon einmal die Soldaten des eigenen Landes vor dem Feinde stünden, jeder sie mit dem Wunsche begleiten müsse, sie siegreich zurückkehren zu sehen. Als diese Erklärung höhnische Zwischenrufe über den

Internationalismus beantworteten, fuhr Cabrini fort, niemand wünsche sehnlicher als er den Geist der internationalen Solidarität gestärkt zu sehen, auf daß die Arbeiter des einen Landes die ihren ausländischen Klassengenossen zugefügte Unbill wie die eigene empfänden und abwehrten. Er wünsche den Tag herbei, an dem das deutsche Proletariat die Abschaffung der Legitimationskarte für ausländische Proletarier als eine Ehrensache verträte. Von der Notlage der italienischen Auswanderer sprechend, meinte er weiter, daß die Schandtaten gewisser südamerikanischer Republiken gegen italienische Proletarier in ihm den Wunsch aufflammen ließen, dieses Ausbeuterpack mit Panzerschiffen und Kanonen zurechtzuweisen. Diese Worte veranlaßten einen derartigen Tumult, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte. Die Revolutionäre stimmten die „Internationale" an und verhinderten den Redner minutenlang am Weitersprechen. Als die Präsidentschaft ihre Sitze wieder einnahm, wandte sich Genosse Bussi (Ref.) an Cabrini mit den Worten: „Ich habe die Pflicht, Deine Redefreiheit zu schützen, aber ich bitte Dich, nicht zu vergessen, daß Du zu einem sozialistischen Parteitag sprichst."

Bissolatis Einwände gegen den Krieg trugen vor allem einen politischen Charakter. Er wies auf die Gefahr hin, die italienische Aufmerksamkeit und die italienischen Kräfte vom Adriatischen Meer abzuziehen. Andererseits aber meinte er, daß der heutige Krieg vielleicht einen wesentlich furchtbareren verhütet hätte, den die Besetzung Tripolitaniens durch Frankreich oder Deutschland heraufbeschwören konnte. Die Genossen, die wie die Sizilianer und Podrecca die Besetzung Tripolitaniens im Hinblick auf angebliche wirtschaftliche Vorteile für berechtigt und wünschenswert halten, kamen in Modena nicht zum Wort und wurden auch in keiner Weise in die Diskussion hineingezogen, wahrscheinlich, weil man in Italien nicht umhin kann, sie weniger ernst zu nehmen, als dies die bürgerlichen Blätter des Auslandes tun.

* * *

Alles in allem schließt der Sozialismus auf dem Parteitag gut ab. Die revolutionäre Fraktion, die darauf vorbereitet war, aus der Partei auszutreten, falls diese durch ein Votum für den Eintritt in ein Kabinett sich außerhalb der sozialistischen Internationale gestellt hätte, hat natürlich nach dem Abstimmungsergebnis jeden Gedanken an Spaltung aufgegeben. Der Ministerialismus ist besiegt worden, nicht durch die Uebermacht revolutionärer Stimmen, sondern durch die bessere Ueberzeugung der Reformisten selbst. Mehr hat niemand erwartet, und mehr durfte man nicht erwarten. Uebers Jahr werden die Sieger von heute der Partei darüber Rechenschaft geben, wie sie in der neuen Richtung der oppositionellen Taktik gewirkt haben. Dann mag auch die Partei darüber klar werden, ob sie die Vollstreckung ihres in Modena klar ausgesprochenen Willens in die rechten Hände gelegt hat.

Aus der Partei.

Der mecklenburgische Parteitag.

Am Sonntag und Montag fand in Güstrow in der „Friedrichshalle" der diesjährige mecklenburgische Parteitag statt. Vertreten waren 46 Orte mit 64 Delegierten. Als Vertreter des Parteivorstandes war Genosse Wengels-Berlin erschienen. Parteisekretär Kröger-Rostock kennzeichnete in markanter Weise die politische Situation. Im Anschluß daran erstattete er den Geschäfts- und Kassenbericht des Landesvorstandes, wobei er einen erfreulichen Fortschritt auf der ganzen Linie konstatieren konnte. Nach ihm nahm Genosse Wengels das Wort zu einer Begrüßung. Er legte den Delegierten ans Herz, im Sinne der Ausführungen des Vorredners zu arbeiten, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben. Nach einem Referat des Arbeitersekretärs Henck-Rostock über die Reichsversicherungsordnung gab Genosse Dittrich-Rostock den Bericht über die Presse. Auch er konnte einen guten Fortschritt feststellen. In der sich daran anknüpfenden Diskussion zeigte sich ein allseitiges reges Interesse für die weitere Verbreitung unseres mecklenburgischen Parteiblattes. Hierauf folgte ein Referat des Genossen Kröger über die bevorstehende Reichstagswahl. Der Redner legte die ungeheuren Schwindelmanöver der gegnerischen Parteien bloß. Von den Liberalen müßte strikte Innehaltung der Jenaer Forderungen verlangt werden; wir wollen uns von den Liberalen nicht wieder narren lassen. Redner schloß sein beifällig aufgenommenes Referat mit einem Aufruf zur unablässigen Tätigkeit für die Reichstagswahlen. Auch dieser Rede folgte eine lebhafte Diskussion, in der unter anderem die Genossin Seemann-Rostock die Frauen zur Mitarbeit in dem Wahlkampf aufrief. Ueber die Organisation der Landarbeiter referierte Genosse Botzenhardt-Neubrandenburg, der in seinen Ausführungen ein anschauliches Bild von dem freudlosen Landarbeiterdasein gab. Aufgabe des Landarbeiterverbandes sei es, Besserung der elenden Landarbeiterverhältnisse herbeizuführen. Genosse Redakteur Starosson sprach über die mecklenburgische Verfassungsfrage. Er legte im einzelnen dar, wie unendlich wichtig die Verfassungsfrage für die Wahlagitation ist. Hilfe in der Rechtlosigkeit des mecklenburgischen Volkes könne allein vom Reiche kommen. Zum Schluß der Verhandlungen gab der Parteisekretär Genosse Kröger noch eine zusammenfassende Uebersicht über die Tätigkeit des Parteitages. Unter den begeisternden Klängen der Arbeitermarseillaise wurde die Tagung geschlossen.

Ein neuer Mitstreiter.

Am 1. Dezember wird als Kopfblatt des „Stettiner Volksboten" ein neues Parteiblatt für den Wahlkreis Stralsund-Franzburg-Rügen unter dem Titel „Stralsunder Volkszeitung" ins Leben treten.

Die politische Organisation hat in diesem Wahlkreis in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, indem die Mitgliederzahl, die noch vor einigen Jahren kaum 100 betrug, heute bereits auf 1200 gestiegen ist. Es ist deshalb zu hoffen, daß durch die Herausgabe des eigenen Blattes die Bewegung weitere Fortschritte macht und der Wahlkreis desto schneller für uns heranreift. Wir wünschen dem Blatt als neuem Kämpfer den besten Erfolg.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Preßprozeß.

Wegen einer seinerzeit in der „Schwäbischen Volkszeitung" erschienenen Kritik eines Urteils fühlte sich der Vorsitzende der betreffenden Schöffengerichtssitzung, Amtsrichter Emminger in Augsburg, beleidigt und stellte Strafantrag. Das Schöffengericht gab der Klage statt und verurteilte den verantwortlichen Redakteur, Genossen Simon, zu 14 Tagen Gefängnis. Die hiergegen sowohl vom Amtsrichter Emminger als auch vom Genossen Simon eingelegte Berufung wurde vom Landgericht verworfen. Amtsrichter Emminger war bei der letzten Reichstagswahl im Wahlkreise Immenstadt Zentrumskandidat.

Soziales.

Erdrosselung der Konsumvereine.

Zu derselben Zeit, wo die Konservativen sich abmühen, durch Schimpfereien auf den Zwischenhandel die Aufmerksamkeit der notleidenden Bevölkerung davon abzulenken, daß in allererster Linie die Zoll- und Steuerpolitik des schwarzblauen Blocks die drückende Verteuerung verschuldet, fordern die Anhänger dieses Blocks Erdrosselungsmaßregeln gegen die Konsumvereine, die den Zwischenhandel ausschalten könnten.

An der Tagung der Generalversammlung der Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe nahmen auch die Führer der Deutschkonservativen und der Reichspartei, die Abgeordneten **von Heydebrand und der Lase** und **Freiherr von Zedlitz-Neukirch** teil. Der **konservative Landtagsabgeordnete Hammer-Zehlendorf** legte sich mit aller Wucht für **Bekämpfung der Konsumvereine** ins Zeug. Er protestierte dagegen, daß er und seine Freunde die Konsumvereine einer Sonderbesteuerung unterwerfen wollten. Sie wollten die Konsumvereine nur „ebenso besteuern wie jeden Gewerbetreibenden". Er meinte, dieser Protest würde schwerlich in sozialdemokratischen Blättern Aufnahme finden. Der Herr irrt gewaltig. Wir haben alles Interesse daran, diesen köstlichen Verschleierungsversuch niedriger zu hängen. Die Konsumvereine betreiben kein Gewerbe, sondern sind ein Zusammenschluß der Konsumenten, um gemeinsam billiger und besser einzukaufen. Sie machen aus dem Einkauf kein **Gewerbe**. Der konservative Abgeordnete muß seine Zuhörer recht tief einschätzen, wenn er glaubt, daß sein Protest Wirkung haben könnte. **Die Konsumvereine treiben ebensowenig ein Gewerbe, als Herr Hammer ein Gewerbe betreibt, wenn er sich z. B. eine Zigarre kauft.** Geht die Begriffsstutzigkeit des konservativen Abgeordneten aber so weit, das nicht einzusehen, so sollte er konsequent auch beantragen, daß jeder Kauf, den **er vornimmt**, mit einer Gewerbesteuer belegt werde. Vielleicht begreift er dann, daß der Einkauf zum eigenen Verbrauch kein Gewerbe ist. Die konservative Partei hat im Abgeordnetenhause, wie Herr Hammer in der Generalversammlung auch hervorhob, nicht nur die Besteuerung der Konsumvereine beschlossen, sondern auch beantragt, daß auch die feste rabattmäßige Rückgewähr — also der Teil des Kaufgeldes, den die Käufer zurückerhalten, ihre Spargroschen — von der Steuer betroffen werde.

In demselben Sinne beschloß auch die Generalversammlung des reaktionären Vereins folgende **Resolution** einstimmig:

„Der Vorstand der Zentralvereinigung Deutscher Vereine für Handel und Gewerbe wird beauftragt, an die preußische Staatsregierung und an das Abgeordnetenhaus eine Petition zu richten auf baldige Abänderung des § 15 des Einkommensteuergesetzes entsprechend dem Antrag Hammer, wonach bei den nicht physischen Personen jede an ihre Mitglieder in Form von Rabatt oder in sonstiger Art gewährte Rückvergütung als Dividende gilt. Ferner wird verlangt, an den Bundesrat die Bitte zu richten, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen um Beseitigung der Steuerfreiheit der Produktivgenossenschaften. Vom Landtage wird ein Gesetz gefordert, wonach die steuerliche Begünstigung, der staatlichen, kommunalen und privaten Wohlfahrtseinrichtungen, wie Werkkantinen, Einkaufsvereine usw. beseitigt wird."

Die schwarzblauen Blockbrüder müssen den Mittelstand und die Arbeiterklasse für geistig recht schwerfällig halten, wenn sie glauben, durch die Hetze gegen die Konsumvereine und durch Expropriierung des Privateigentums der Konsumvereinsmitglieder noch Mittelstandsleute oder Arbeiter für sich einfangen zu können. Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsfolgen. Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Konstantinopel gemeldet: Auf die Bank von Saloniki hat ein Run stattgefunden. Die Bank versuchte ihm jedoch im letzten Augenblick zu begegnen, da eine telegraphische Zahlungsorder von London an die hiesige Banque Ottomane ihr 50 000 Pfund zuführte. Damit und mit dem eigenen Goldbestande konnte das Institut im wesentlichen die Ansprüche befriedigen. Der Handelsminister und der Ministerrat haben ausnahmsweise die Bewilligung eines vierzehntägigen Moratoriums (Zahlungsaufschub) für die Bank von Mytilene befürwortet, da diese nach Vorlegung der Bilanzen erklärte, dann die Zahlungen wieder aufnehmen zu können.

Auf dem Reismarkt sind in letzter Zeit recht erhebliche Preissteigerungen erfolgt. Von August auf September 1911 gingen die Großhandelspreise durchschnittlich um 1,15—3,20 M. pro Doppelzentner in die Höhe. Im Monat September der nachstehenden Jahre kostete ein Doppelzentner Reis an den wichtigsten Großhandelsplätzen durchschnittlich in Mark:

	1907	1908	1909	1910	1911
Bremen, Rangoon	23,50	23,25	22,50	22,00	26 38
Hamburg, Rangoon	24,00	24,00	25,50	24,00	26,20
„ Bruch	19,00	17,50	15,00	16,00	18,80

Mithin sind die Preise in diesem Jahre höher als in den vier letzten Jahren. Die Einfuhr von unpoliertem Reis ist im laufenden Jahre bereits sehr stark zurückgegangen. In den Monaten Januar bis September 1911 wurden nämlich 1 286 445 Doppelzentner entbülster Reis und Bruchreis eingeführt gegen 2 291 623 Doppelzentner im Vorjahre. Dem Werte nach ergibt sich ein Rückgang von 38,41 auf 21,56 Millionen Mark. Die stärkste Abnahme weisen die Zufuhren aus Britisch-Indien und Siam auf. Die Einfuhr von Reis in der Hülse ist von 148 256 Doppelzentner auf 569 Doppelzentner gesunken. Der Import von poliertem Reis ist gegen das Vorjahr um 1 158 546 Doppelzentner gestiegen. Er beliefe sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf 2 308 627 Doppelzentner. Die Einfuhr aus Britisch-Indien hat sich ungefähr verdreifacht, während die Zufuhren aus Siam, Niederländisch-Indien und den anderen niederländischen Kolonien etwas nachgelassen haben. Dem Werte nach ergibt sich eine Steigerung des Imports von 23,58 auf 47,33 Millionen Mark. Die Ausfuhr von poliertem Reis stellte sich in den Monaten Januar bis September auf 1 514 233 Doppelzentner gegen 1 250 565 Doppelzentner im Vorjahre.

Eingegangene Druckschriften.

Ludwig Emil Grimm. Erinnerungen aus meinem Leben. Herausg. von Ad. Stoll. Geb. 3 M. — **Wilhelm v. Kügelgen.** Jugenderinnerungen eines alten Mannes. Herausg. von A. Stern. Geb. 2,50 M. — **Ludwig Richter.** Lebenserinnerungen eines deutschen Malers. Volksausgabe. Geb. 3 M. Leipzig, Hesse u. Becker Verlag.

Graf Kunz. Eine Kavaliersgeschichte **von W. Struensee. 2 M., geb.** 3 M. Claudius Verlag, Wandsbek i. H.

Ueber Ruheübungen und Ruheübungsapparate. Zwei Vorträge von Dr. med. L. Hirschlaff. 1 M. J. Springer, Berlin W. 9.

Jena oder Sedan? Roman von F. A. Beyerlein. 737 S. Vita Deutsches Verlagshaus, Berlin-Charlottenburg.

Welche Rechte hat das uneheliche Kind und seine Mutter? Von Richard Burgemeister. 1,10 M. Gesetzverlag L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14.

Gegr. 1867 Gegr. 1867

Großer Umzugs-Ausverkauf

Jerusalemer Strasse 38-39, am Dönhoffplatz

Neue grosse Preis-Ermässigungen

nur noch bis Sonnabend

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Rathause.*)

4. Arbeiterfragen.

Die Entlohnung der in städtischen Betrieben und Anstalten beschäftigten Arbeiter und Angestellten läßt recht viel zu wünschen übrig. Die Stadt Berlin zahlt vielfach geringere Löhne an ihre Arbeiter als verschiedene Vororte Berlins. Ausnahmslos fiel der sozialdemokratischen Fraktion die Aufgabe zu, für Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter zu wirken, kommt doch für Berlin ein Heer von 16 000 Arbeitern und Angestellten in Frage, die im Dienste der Stadtgemeinde beschäftigt sind. Unsere Vertreter in den einzelnen Verwaltungsdeputationen und Kuratorien bemühten sich, in den Sitzungen dieser Körperschaften um Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Arbeiter. Diese Bemühungen waren auch teilweise von Erfolg gekrönt. In den letzten Jahren aber fanden die Arbeiterwünsche so gut wie gar keine Berücksichtigung. Unsere Genossen stellten daraufhin im Plenum der Stadtverordnetenversammlung ihre Anträge, leider erfolglos. Hier wurde eingewendet, man könne die Wirkung und die Berechtigung der Lohnanträge nicht übersehen und verwies auf die Deputationen. Deren Aufgabe sei es, die Angelegenheiten der Arbeiter zu prüfen. Folgten unsere Genossen diesem „guten Rate“, so erklärte man vielfach in den Deputationen, man könne nicht gut über die Anträge beschließen, weil man nicht wisse, ob auch andere Deputationen Lohnverbesserungen beschließen würden, und allein solche Beschlüsse nur für eine Kategorie von Arbeitern zu fassen, wäre ungerecht. Das Ende vom Liede war, daß man unsere Genossen wiederum an das Plenum verwies und daß die städtischen Arbeiter in vielen Fällen das Nachsehen hatten und gar nichts erhielten. Die fortgesetzte Kritik unserer Genossen führte aber doch dazu, daß die auf Lohnerhöhung zielenden Anträge von den Deputationen an eine eingesetzte Magistratskommission gingen, die ihrerseits eine Sichtung vornahm. Allzuviel kam aber auch in diesem Falle für die Arbeiter nicht heraus.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten betrachtete die sozialdemokratische Fraktion es für ihre Pflicht, immer wieder bei passenden Gelegenheiten sich der Wünsche und Beschwerden der städtischen Arbeiter und Angestellten anzunehmen. Dazu boten die Beratungen der Etats erwünschte Gelegenheit.

Bei der Etatsberatung im Jahre 1910 trat die Arbeiterfrage in besonderer Weise in den Vordergrund der Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung. Der Anlaß war, daß der Etat für 1910 infolge der Finanznot die städtischen Arbeiter ganz besonders stiefmütterlich behandelte. Da verdient es festgehalten zu werden, in welch reaktionärer Weise der städtische Finanzminister, Kämmerer Steiniger, am 24. Februar 1910, über die von unserem Etatsredner behandelte Lohnfrage der Arbeiter sich ausließ. Um die Stadtväter graulich zu machen, malte Herr Dr. Steiniger ein trübes Bild über die Rentabilität städtischer Betriebe, insbesondere der Gaswerke, an die Wand. Die Verzinsung des in den mit Ueberschuß arbeitenden Werken investierten Kapitals sei von 5 auf 3¾ Proz. gesunken, während die Löhne der Betriebsarbeiter in den letzten Jahren um 150 Proz. gestiegen seien. Den Höhepunkt erklomm der städtische Finanzverweser, als er ausrief: „Die städtischen Werke sind doch keine Versorgungsanstalten für Angestellte und Arbeiter!“ In der Stadtverordnetenversammlung fand sich außer den Sozialdemokraten kein bürgerlicher Stadtverordneter, der dem reaktionären Herrn widersprach. Angesichts der unerhörten Behandlung der Wünsche der städtischen Arbeiter durch den Kämmerer und angesichts des Umstandes, daß auch im Etatsausschuß alle auf eine Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiter hinzielenden Anträge abgelehnt worden waren, unternahmen es unsere Genossen in der Sitzung vom 23. März 1910, bei Beratung des Gasetats mit dem Kämmerer eine Generalabrechnung herbeizuführen. Die Argumente des Herrn wurden erbarmungslos zerpflückt. Es wurde nachgewiesen, daß Herr Steiniger nicht die geringste Kenntnis von der Rentabilität der Gaswerke habe. Es wurde festgestellt, daß die gesamte Lohnsumme gestiegen war, nicht aber die Betriebsarbeiterlöhne. Die 150 Proz. hatte der große Finanzmann dadurch herausgerechnet, indem er die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 und von 12 auf 8 Stunden beim Schichtbetrieb zu einer Lohnerhöhung einrechnete und daß er seinen gläubigen Zuhörern verschwieg, daß die Arbeiterzahl in den 10 Jahren, auf die er sich bezog, sich verdoppelt hatte. Dazu kam, daß die Arbeiter beim Dreischichtsystem genau so viel leisten müssen wie beim Zweischichtsystem. Bei Einführung der Achtstundenschicht war den Arbeitern sogar zur Bedingung gemacht worden, in acht Stunden so viel Arbeit zu schaffen, als früher in 12 Stunden, eine Bedingung, die ziemlich erfüllt worden ist. In Wirklichkeit hatten die Arbeiter durch diese Einrichtung keinen Pfennig Lohn mehr bekommen als bisher. Auch die sonstige Berechnung der Rentabilität der Gaswerke wurde als eine vollkommen falsche nachgewiesen; für einen Finanzmann eine unerhörte Blamage!

In dieser denkwürdigen Sitzung fand sich kein Magistratsmitglied, selbst die bürgerlichen Stadtverordneten waren vorsichtig genug, Herrn Steiniger in diesem Falle aus der Patsche zu helfen. Der 23. März 1910 war, wie das Organ der städtischen Arbeiter, „Die Gewerkschaft“, schrieb, ein „Jena für den Stadtkämmerer“.

Die städtischen Arbeiter waren empört ob dieser Behandlung und traten in eine lebhafte Bewegung für ihre Forderungen ein. Einige Wochen nach der großen Debatte im Rathaus wurde bekannt, daß verschiedenen Kategorien städtischer Arbeiter kleine Lohnerhöhungen zuteil geworden waren. Die sozialdemokratische Fraktion stellte am 2. Juni 1910 in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag, eine Nachweisung vorzulegen über den Umfang der „Lohnregelung“. Der Antrag gelangte zur Annahme. In Ausführung dieses Stadtverordnetenbeschlusses legte der Magistrat die geforderte Nachweisung vor, und in der Sitzung vom 8. September 1910 beschäftigte sich die Stadtverordnetenversammlung von neuem mit der Lohnfrage. Die sozialdemokratischen Vertreter wiesen auf die Unzulänglichkeit der Löhne hin. Von den etwa 16 000 Arbeitern seien nur 3000 mit einer Zulage bedacht worden, die übrigen Arbeiter seien leer ausgegangen. Es müsse nun auch die Stadtverordnetenversammlung in die Lage gebracht werden, eine Prüfung der magistratlichen Beschlüsse vorzunehmen. Ein Ausschuß sollte das tun; das geschah. In monatelangen Verhandlungen beriet der Ausschuß. Konsequent lehnten die bürgerlichen Vertreter alle von sozialdemokratischer Seite gestellten Anträge auf Lohnerhöhung ab, und als nach sechsmonatlicher Beratung der Ausschuß seine Arbeiten beendet hatte, war folgendes magere Ergebnis zu verzeichnen: a) Die Urlaubsordnung für die städtischen Arbeiter dahin abzuändern, daß nach dreijähriger Dienstzeit drei Tage, nach fünfjähriger sieben und nach zehnjähriger Dienstzeit zehn Tage Urlaub gewährt werden; b) gelernte Arbeiter, welche vorübergehend in städtischen Betrieben beschäftigt werden, nach den in dem betreffenden Gewerbe laut Tarif üblichen Stundenlöhnen zu bezahlen; c) die Verwaltungsdeputationen anzuweisen, bei allen, die Arbeitsverhältnisse angehenden Maßnahmen vorher den betreffenden Arbeiterausschuß zu hören.

In der Sitzung vom 30. März 1911 hatte die Stadtverordnetenversammlung sich mit dem Ergebnis der Ausschußberatungen zu beschäftigen. Die Sozialdemokraten beantragten:

1. Den ungelernten Arbeitern soll ein Tagelohn von mindestens 4,25 M., von 2 zu 2 Jahren um 15 Pf. steigend bis zu 5 M. gewährt werden.
2. Den gelernten Handwerkern Tagelöhne von mindestens 5 M., von 2 zu 2 Jahren um 25 Pf. steigend bis zu 6,25 M.
3. Den Betriebsarbeitern und Kohlenkarrern in den Retortenhäusern der Gaswerke Schichtlöhne von 5,75 M.
4. Die Wochenfeiertage sollen mit vollem Tagelohn bezahlt werden; Arbeiter, die an solchen Feiertagen arbeiten müssen, erhalten außerdem ihren Tagelohn.
5. Die normalen Tagelöhne gelten für 6 Arbeitstage bezw. Schichten in der Woche. Ueberzeitarbeit zwischen 6 Uhr früh und 9 Uhr abends ist mit 25 Proz., in der Nacht mit 50 Proz. Aufschlag zu vergüten, ebenso sind 50 Proz. für den 7. Arbeitstag oder die 7. Schicht in der Woche zu zahlen. Bestehende höhere Löhne für kleine Gruppen oder einzelne Arbeiter sollen unberührt bleiben.

Für den Fall die Stadtverordnetenversammlung nicht selbst Beschlüsse über die Lohnhöhe fassen wolle, stellten unsere Genossen folgenden Eventualantrag:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den Organisationen der städtischen Arbeiter.“

Unsere Anträge wurden abgelehnt und nur die Ausschußanträge angenommen. Bezeichnend war die Haltung des Hirsch-Dunckerschen Stadtverordneten Goldschmidt. Er rühmte sich, seit vielen Jahren den Grundsatz tariflicher Abmachungen vertreten zu haben; im vorliegenden Falle könne er aber nicht zustimmen. Eine Gemeinde sei etwas anderes als ein Privatunternehmer. Die Gemeinde müsse selber die Lohnfragen regeln und könne keine Abmachungen mit Arbeiterorganisationen treffen. Unsere Genossen nagelten diesen Standpunkt fest als den „Herrn-im-Hause-Standpunkt“, nach welchem die Gemeinde einseitig ohne Mitwirkung der Arbeiter die Löhne festsetze. Auch die Behandlung der Arbeiter wurde bei dieser Gelegenheit einer Kritik unterzogen; insbesondere wurde die einer städtischen Verwaltung unwürdige, an den Kasernenhof erinnernde Behandlung der Arbeiter der städtischen Straßenreinigung lebhaft verurteilt. Bis heute sind aber selbst die kleinen Verbesserungen, die die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, noch nicht in die Tat umgesetzt.

Auf die städtischen Arbeiter bezog sich ferner ein sozialdemokratischer Antrag, der in der Sitzung vom 28. September 1911 verhandelt wurde. Er verlangt eine Aufbesserung der Gehälter und Löhne für Kategorien von städtischen Beamten, für Hilfskräfte und Arbeiter infolge der Teuerung der Lebensmittel und Gewährung von vorübergehenden Teuerungszulagen. Die Stellungnahme der Wortführer der Mehrheit zu diesem Antrage läßt günstiges für die Arbeiter kaum erwarten. Herr Cassel erklärte, daß im Jahre 1909 eine Aufbesserung der Gehälter und Löhne stattgefunden habe. „Es wird zu erwägen sein,“ so meinte Herr Cassel, „ob in der Tat eine weitere Erhöhung geboten ist; denn diejenige Verteuerung aller Lebensmittel, die unstreitig in den letzten Dezennien eingetreten war, haben wir bei der 1909 vorgenommenen Gehaltserhöhung schon berücksichtigt.“

Soweit es sich um die städtischen Arbeiter handelt, trifft die Behauptung des Herrn Cassel von einer allgemeinen Lohnerhöhung im Jahre 1909 nicht zu, er hat nur die Beamten im Auge. Aber auch seit 1909 sind erst die Folgen der Reichsfinanzreform nach diesem Zeitpunkte augenfällig in Erscheinung getreten. Die Angelegenheit ruht zurzeit in einem Ausschuß.

Es ergibt sich aus dem Gesagten, daß immer und immer die sozialdemokratischen Stadtverordneten es waren, die einzig und allein sich der städtischen Arbeiter und Angestellten aufs angelegentlichste angenommen haben.

Wer will, daß auch ferner die Interessen der Arbeiter im Rathause mit allem Nachdruck vertreten werden, muß am Sonntag, den 5. November, den Kandidaten der Sozialdemokratie seine Stimme geben!

*) Siehe auch Nr. 242, 245, 250 des „Vorwärts“.

Die Agitation für die Stadtverordnetenwahlen

eröffneten unsere Berliner Genossen am Dienstag mit einer Reihe von Versammlungen, die in der Hauptsache der Aufstellung der Kandidaten gewidmet waren.

Im ersten Kommunalwahlbezirk hatten unsere Genossen eine öffentliche Wählerversammlung nach den Sophiensälen in der Sophienstraße einberufen. Der Genosse Rosenfeld sprach über die Bedeutung der diesmaligen Stadtverordnetenwahlen, die mitten hinein in die Vorbereitungen zu der großen Abrechnung mit der Regierung und den reaktionären Parteien, den Vorbereitungen für die kommende Reichstagswahl fällt. Der kräftige Applaus, den die Versammelten dem Referenten zollte, bewies, daß er ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte. Nach kurzer Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, schritt die Versammlung zur Aufstellung des Kandidaten. Einstimmig wurde der Genosse Robert Drescher als solcher erwählt, der in einer kurzen Ansprache der Versammlung für das ihm entgegengebrachte Vertrauen dankte und versprach, für den Fall seiner Wahl durch eifrige Betätigung in seinem Amte, und zwar in dem Sinne, wie es die Versammelten von ihm erwarteten, das Vertrauen auch zu rechtfertigen. Zum Schlusse richtete der Vorsitzende noch einen kräftigen Appell an die Versammelten, nun auch mit aller Energie und Ausdauer für die Wahl des Genossen Drescher zu agitieren.

Im zweiten Kommunalwahlbezirk sprach Stadtverordneter Genosse Sassenbach, der auch als Kandidat aufgestellt wurde.

Im dritten und vierten Bezirk, wo eine gemeinsame Veranstaltung arrangiert war, referierte Stadtverordneter Genosse Grun-

Kleines Feuilleton.

Die englische Theaterindustrie. Die typische Entwickelung des kapitalistischen Theaters geht in Amerika und England vor sich, während sie sich in Deutschland noch nicht in gleichem Maße entfalten kann. Diese Entwickelung bedeutet auf der einen Seite einen „Aufschwung“. Noch vor 30 Jahren zählte man in London kaum ein Dutzend Theaterunternehmungen, und in ganz England belief sich die Zahl der Theaterbetriebe auf noch nicht 80. Heute verfügt London über nicht weniger als 67 Schaubühnen, und im ganzen vereinigten Königreich zählt man sogar 738, wobei die 311 Konzerthäuser und Cafés chantants nicht mitgerechnet sind. Die Zahl der Menschen, die heute in England durch den Theaterbetrieb Arbeit und Unterhalt finden, hat sich in den letzten 30 Jahren fast vervierfacht; in einem umfassenden Aufsatze der „Minerva“ wird die Zahl der an den britischen Schaubühnen beschäftigten Menschen auf 40 000 angegeben. Im Jahre 1910 sind in England nicht weniger als 541 verschiedene Werke und Schauspiele zur Aufführung gekommen, mehr als fünfmal so viel als 30 Jahre früher.

Andererseits hat die künstlerische Entwickelung mit dem geschäftlichen Aufschwung nicht gleichen Schritt gehalten und das künstlerische Niveau ist nicht allzu hoch. Es ist bezeichnend, daß die niedere Komik und das Schauspiel die besten geschäftlichen Ergebnisse zeitigen. Die Folge davon ist, daß der Komiker in England der am meisten gesuchte und am höchsten bezahlte Bühnenkünstler ist. Hand in Hand damit ging die wachsende Vorliebe für die Operette, die in früheren Zeiten nicht entfernt die Bedeutung hatte, die sie heute für den englischen Theaterbetrieb gewonnen hat. Wie in fast allen Theaternationen ist auch in England in den letzten Jahren der Ausstattungsprunk immer mehr in den Vordergrund getreten. Während man noch vor zehn Jahren für die Inszenierung einer Operette 60 000 M. als eine stattliche Summe betrachtete, wendet der moderne englische Theaterunternehmer wenigstens 200 000 M. auf, wenn er die Konkurrenz schlagen will. Natürlich beziehen sich diese Ziffern nur auf die großen Londoner Theaterunternehmungen; der Provinzdirektor übernimmt dann den ausgedienten Ausstattungsprunk Londons. Auf der anderen Seite lernt jedoch auch der Provinzstädter die hauptstädtische Ueppigkeit der Inszenierung durch die großen Gastspielreisen kennen, die die Londoner Theaterdirektoren mit besonders erfolgreichen Stücken unternehmen und oft auf alle Provinzstädte ausdehnen. In gewissen größeren Londoner Theaterunternehmungen muß der Direktor mit einem wöchentlichen Gagenetat von bisweilen 25 000 bis 30 000 M. rechnen. Das Empire-Theater von London rechnet z. B. mit einem Etat von 1 900 000 M. Aber die neueren Theater verfügen auch über größere Einnahmemöglichkeiten; die größeren Londoner Schaubühnen können mit einer Tageseinnahme von 4000 bis 6000 M. rechnen. So ist in England trotz der gewaltig angewachsenen Kosten der Beruf eines Theaterunternehmers noch immer ein ausgezeichnetes Geschäft, und allein London zählt eine ganze Reihe von Direktoren, die in normalen Geschäftsjahren Reingewinne von einer halben Million oder gar einer ganzen erzielen.

Rembrandt mit Tabaksaft. In der Budgetkommission der französischen Deputiertenkammer erzählte der sozialistische Abgeordnete Marcel Sembat folgende erstaunliche Anekdote zur Charakteristik der Verwaltung des Louvre-Museums: Einst hörte ein Saaldiener, wie zwei Museumsbeamte über die Nachdunkelung sprachen, die das berühmte Rembrandtsche Bild „Die Pilger von Emmaus“ infolge einer schlechten Reduzierung erlitten hatte. Schnell entschlossen ging der brave Mann noch am selben Tage daran, den Schaden zu reparieren. Nach Schließung der Galerie schraubte er das Bild von der Wand los, trug es nach Hause und unterzog es dort einer gründlichen Waschoperation. Am nächsten Morgen hing das Bild wieder an seinem Platz. Zufällig kam ein Konservator vorüber, dem die Veränderung ins Auge fiel, und stellte verwunderte Fragen an den Diener, die dieser selbstbewußt mit dem Bericht über seine Bemühung im Dienst der Kunst beantwortete. Statt des erwarteten Lobes ging aber ein furchtbares Donnerwetter über sein Haupt nieder. Der Mann, der derart erfuhr, daß er etwas Ungehöriges angestellt hatte, nahm sich reuevoll vor, den Schaden zu reparieren. Am Abend schraubte er wieder das Bild los und stellte daheim die weggewaschene Patina wieder her, indem er das Bild mit — Tabaksaft bestrich. — Der Unterstaatssekretär der schönen Künste bestätigte in der Kommission die Erzählung Sembats. Die Geschichte ist 1904 passiert, nicht etwa anno Toback.

Zahnpflege in den schwedischen Schulen. Die große Aufmerksamkeit, die man der Zahnpflege der schwedischen Kinder zuwendet, hat bereits schöne Früchte getragen. Wie aus Stockholm berichtet wird, besitzt Schweden mit seinen 5½ Millionen Einwohnern etwa 30 ausgezeichnet eingerichtete zahnärztliche Institute für Schulkinder, während Deutschland mit seinen 65 Millionen nur 100 hat. Ueber jedes in Behandlung befindliche Kind werden genaue Aufzeichnungen gemacht, so daß man über den Gesundheitszustand der Zähne genau unterrichtet ist. Die Institute sind jeden Tag geöffnet. Früher geschah die Behandlung ganz unentgeltlich, aber nun ist man dazu gekommen, bei Kindern nicht unvermögender Eltern eine kleine Summe jährlich für die fortgesetzte Behandlung der Zähne zu erheben. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Kinder sowohl wie Eltern größeren Wert auf die Zahnpflege legen, wenn sie nicht unentgeltlich behandelt werden. Durch Umfragen unter den Lehrern in einer der größten Schulen Stockholms ist festgestellt worden, daß seit der Einrichtung dieser zahnärztlichen Institute ein Fehlen in der Schule wegen Zahnschmerzen nicht mehr vorkam. In den Antworten der Lehrer wird ebenso hervorgehoben, daß die Kinder ruhiger und aufmerksamer geworden sind, seit ihre Zähne ordentlich behandelt werden, und ihr allgemeines Gesundheitsbefinden sich erheblich gebessert hat.

Notizen.

— **Der neue Komet Brooks** ist Mittwochmorgen um 4½ Uhr von Direktor Archenhold auf der Treptow-Sternwarte photographiert worden. Er zeigt jetzt einen Kopf, der so hell ist wie ein Stern erster Größe, und einen Schweif, der 15 Grad Länge hat. Der Anblick der Gesamterscheinung ist ein prachtvoller. Neben dem Kometen sehen wir die Venus in ihrem größten Glanze. Die Treptow-Sternwarte wird Freitag, von 4 Uhr früh an, geöffnet sein. Die Besucher werden gebeten, Operngläser mitzubringen. Direktor Archenhold wird um 6 Uhr morgens einen Vortrag über: „Kometen“ halten. Vom Spittelmarkt gehen um 3, 3½ und um 4 Uhr Extrawagen zur Sternwarte.

— **Wandernde Kunstausstellungen**, wie sie in der staatlichen Kunstpflege Frankreichs längst üblich sind, will nun auch das preußische Kultusministerium in Angriff nehmen. Es sollen auch in der Provinz aus dem staatlichen Besitz Kunstwerke ausgestellt werden. In Hannover findet z. B. eine Menzel-Ausstellung statt, die auch in andere Städte wandern wird.

— **Militärische Kunsterziehung.** Aus Halle wird berichtet: Schönherrs Schauspiel „Glaube und Heimat“ wurde auf Betreiben der Militärgeistlichkeit im Stadttheater als Sondervorstellung für einen Teil der evangelischen Mannschaften der Garnison gegeben und erzielte einen derartigen Erfolg, daß das Werk auch für den übrigen Teil der Garnison aufgeführt werden soll. Auch in anderen Städten soll „Glaube und Heimat“ für die evangelischen Mannschaften der Garnisonen in Szene gehen.

Die Militärbehörde erfüllt damit — natürlich unbewußt — eine alte Forderung von uns: nämlich den zum Zwangsdrill einberufenen Söhnen des Volkes neben der erhabenen Erziehung zum Kadavergehorsam und dem Unterricht in der Mordtechnik auch wirkliche Kulturgüter zugänglich zu machen. Dieser erste Schritt ist sehr begrüßenswert — wenn er zunächst auch nicht frei von Nebenabsichten ist. Uns will nämlich bedünken, als ob die Tendenz des Stückes und das Lob S. M. ausschlaggebend gewesen sind. Aber sollen die katholischen Soldaten und alle jene, die im Privatleben Sozialdemokraten sind, nicht auch an dieser Kulturerrungenschaft teilnehmen? Die „Freie Volksbühne“ wird sicherlich die Militärbehörden gern beraten, wenn sie — was ja verzeihlich ist — nicht wissen, was den „gemeinen Mann“ auf der Bühne interessiert. Und wie wär's mit Volkshochschulkursen für Soldaten und anderen nützlichen Dingen?

— **Elektrische Backöfen.** Ein sehr interessantes Experiment wollen die Wiener Städtischen Elektrizitätswerke anstellen; sie haben kürzlich der Bäckergenossenschaft das Angebot gemacht, in verschiedenen Bäckereibetrieben elektrische Backöfen aufstellen zu lassen, um die Rentabilität dieser Einrichtung zu demonstrieren. Die Stromkosten sollen die des bisherigen Betriebes nicht überschreiten. Die Bäckergenossenschaft hat ihr Einverständnis erklärt.

wald, während als Kandidaten die Genossen Bürgerdeputierter Wolderskh (4. Bezirk) und Redakteur Pötzsch (8. Bezirk) zur Aufstellung gelangten.

Im fünften Bezirk hatte das Referat Reichstagsabgeordneter und Stadtverordneter Genosse Stadthagen übernommen; aufgestellt wurde Genosse Jul. Meyer, Tischler, zurzeit Gastwirt.

Im 13. Kommunalwahlbezirk sprach Genosse Dr. Zadek vor einer Wählerversammlung, die in den „Rittersälen", Ritterstraße, stattfand. Die Versammlung stellte nach kurzer Diskussion Dr. Zadek als Kandidaten für den 13. Bezirk auf.

Im 14. Kommunalwahlbezirk fand in Wilkes Festsälen, Sebastianstraße, eine Versammlung von Wählern statt, denen Genosse Leid einen Vortrag über die Politik im „Roten Hause" hielt. (Der als Redner angekündigte Genosse Wurm war verhindert.) Die Versammlung stellte als Kandidaten für den 14. Bezirk den Kaufmann Alexander Fröhlich auf.

Auch im 24. Kommunalwahlbezirk fand eine öffentliche Versammlung statt, die in den Unionsälen in der Greifswalder Straße tagte. Hier schilderte der Genosse Ewald unter dem Beifall der Versammelten die Tätigkeit unserer Genossen im Roten Hause und forderte die Erschienenen auf, dafür zu sorgen, daß auch dieser Bezirk einen sozialdemokratischen Vertreter in das Rathaus entsende. In der Diskussion wurde insbesondere auf den großen Einfluß, den die Hausbesitzer infolge der Privilegien, die ihnen das Kommunalwahlrecht gewährt, hingewiesen. Diesem Einfluß des Hausagrariertums seien auch die überaus mangelhaften Zustände im Schul- sowie im Verkehrswesen zuzuschreiben. Gewürzt wurde noch die Debatte mit den Erfahrungen, die die Genossen in den kleineren kommunalen Ehrenämtern, insbesondere in den Armenkommissionen, zu machen Gelegenheit hatten. Gegner waren nicht erschienen. Auch hier gelobten sich die Versammelten, für die Wahl eines sozialdemokratischen Vertreters einzutreten. Leider konnte die Aufstellung des Kandidaten nicht erfolgen, da der Genosse, der hierfür in Aussicht genommen war, in letzter Stunde von der Kandidatur zurückgetreten ist. Eine Kommission wird sich nach einer geeigneten Persönlichkeit umsehen und den Wählern in den nächsten Tagen einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Zum Schluß konnte der Vorsitzende Genosse Friedländer einige Mitteilungen von den Wahlvorbereitungen der Gegner machen.

Die öffentliche Versammlung für den **vierten Reichstagswahlkreis**, die sich mit dem Thema Die Sozialdemokratie im Rathause sowie mit der Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl befaßte, füllte den großen Konkordia-Festsaal. Auch die Frauen waren ziemlich zahlreich vertreten. Mit größtem Interesse folgten die Versammelten den Ausführungen des Stadtverordneten Manasse. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall, und ebenso wurde die darauf folgende Ansprache des Stadtverordneten Tolksdorf aufgenommen, der vor nunmehr 18 Jahren zum ersten Male in das Rote Haus einzog und nun aus seiner reichen Erfahrung in kurzen Worten das Wirken und Streben der sozialdemokratischen Fraktion schilderte, die ja inzwischen, soweit es die widrigen Verhältnisse zuließen, groß geworden ist und Einfluß gewonnen hat. — Da zu weiterer Diskussion niemand das Wort wünschte, schritt man zur Aufstellung der Kandidaten. Einstimmig wurden die bisherigen Vertreter wieder aufgestellt, und zwar die Genossen Tolksdorf im 10. Bezirk, Manasse im 15., Wilke im 21., Heymann im 23. und Adolf Hoffmann im 25. Bezirk.

Der **Wahlverein für den sechsten Kreis** hatte zur Aufstellung der Stadtverordnetenkandidaten eine außerordentliche Generalversammlung nach den Pharussälen einberufen, die sehr stark besucht war. Dr. Weyl beleuchtete in einem beifällig aufgenommenen Vortrage die Tätigkeit, welche unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung ausgeübt haben.

Hierauf empfahl der Vorsitzende Hentschel namens des Vorstandes die Wiederaufstellung der bisherigen Vertreter: Koblenzer für den 28., Mars für den 35., Dr. Arons für den 42., Hintze für den 46. Bezirk.

Gegen die Wiederaufstellung des Genossen Koblenzer erhob Burghardt namens der ersten Abteilung Einspruch und machte dafür folgende Gründe geltend: Bei der Abstimmung über die Wahlrechtspetition in der Stadtverordnetenversammlung habe Koblenzer gefehlt. Die Genossen der ersten Abteilung hätten im Auftrage des Vorstandes Koblenzer gefragt, warum er in einer so wichtigen Sache gefehlt habe. Er habe aber weder der ersten Abteilung noch dem Vorstande eine befriedigende Auskunft erteilt. Wenn der Vorstand trotzdem die Wiederwahl Koblenzers empfehle, so sehen die Genossen der ersten Abteilung darin eine Verletzung des Rechts, den Kandidaten von den Genossen des betreffenden Wahlbezirks vorschlagen zu lassen. Sie würden sich keinen Kandidaten aufoktroyieren lassen. Aus den weiteren Ausführungen des Redners ging hervor, daß die Funktionäre der ersten Abteilung, weil sie mit dem Beschluß der Kreiskonferenz in der Kandidatenfrage nicht einverstanden waren und ihn nicht vertreten konnten, ihre Aemter niedergelegt haben, damit die Angelegenheit in einer Generalversammlung zum Austrag gebracht werde.

Theodor Fischer führte demgegenüber aus: der Vorstand wolle das Vorschlagsrecht der Parteigenossen durchaus nicht beschneiden. Es handle sich nicht um einen Gegensatz zwischen Koblenzer und seinen Wählern und auch nicht um eine Angelegenheit von prinzipieller Bedeutung. Es liege nichts weiter vor, als daß die Funktionäre der ersten Abteilung nicht zufrieden seien mit der Auskunft, die ihnen Koblenzer erteilte. Die Funktionäre hätten die Mitglieder der ersten Abteilung einseitig und unrichtig informiert. In der Kreiskonferenz habe Koblenzer eine Erklärung abgegeben, womit die Konferenz mit Ausnahme der Vertreter der ersten Abteilung zufrieden gewesen sei. Die Mehrheit der Wähler teile nicht den Standpunkt der Funktionäre der ersten Abteilung. Es liege kein Grund vor, der geeignet wäre, dem Genossen Koblenzer das Vertrauen der Wähler zu entziehen.

An der Diskussion beteiligten sich noch verschiedene Redner, die teils im Sinne Burghardts, teils im Sinne Fischers sprachen. Koblenzer war in der Versammlung nicht anwesend, weil er an einem auswärtigen Kongreß teilnahm. Es wurde auch behauptet, Koblenzer habe sich ein ganzes Jahr nicht an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung beteiligt. Dazu bemerkte Dr. Weyl auf Verlangen aus der Versammlung: Daß Koblenzer ein ganzes Jahr gefehlt habe, treffe nicht zu. Seit Januar dieses Jahres arbeite Koblenzer mit ihm (Weyl) zusammen in der Krankenhausdeputation. Da habe er sich als ein brauchbarer und zuverlässiger Mitarbeiter erwiesen.

Das Resultat der ersten über die Kandidatur Koblenzer vorgenommenen Abstimmung wurde angezweifelt. Die zweite Abstimmung, die unter Kontrolle einiger Genossen aus der Versammlung, auch solcher der ersten Abteilung stattfand, ergab eine zweifellose Mehrheit für die Kandidatur Koblenzer. Doch war auch die Minderheit nicht unbeträchtlich. — Die Genossen Mars, Arons und Hintze wurden einstimmig und ohne jeden Widerspruch aufs neue mit der Kandidatur und ihren Bezirken betraut.

Die englischen Eisenbahner und ihre Forderungen.

London, 21. Oktober 1911. (Eig. Ber.)

Soeben ist der Bericht der Eisenbahnkommission erschienen, die von der englischen Regierung nach dem großen Eisenbahnerstreik eingesetzt wurde, um die Frage der Einigungsämter zu untersuchen. Für die Arbeiter ist dies ein trauriges Dokument. Die Eisenbahner, die gehofft hatten, daß die Kommission die Anerkennung ihrer Gewerkschaften befürworten werde, sehen sich wieder einmal betrogen. An Stelle der Anerkennung der Gewerkschaften, die den Hebel zur Durchsetzung längst fälliger Lohnerhöhungen bieten soll, bringt der Bericht ein elendes Flickwerk an den bestehenden Einigungsämtern, die von den Arbeitern als das größte Hindernis auf dem Wege einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage betrachtet werden. Das schlimmste dabei ist, daß der Bericht von allen Kommissionsmitgliedern, auch von dem Arbeiterparteiler Henderson, unterzeichnet ist. Unter den Umständen hätte man wenigstens einen Minoritätsbericht erwarten sollen.

Das einzige Zugeständnis, das den Arbeitern gemacht wird, ist die Bestimmung, daß die Arbeitervertreter in den Einigungsämtern (die in Wirklichkeit nur Arbeiterausschüsse sind) einen Gewerkschaftsbeamten, der nicht im Dienste der Eisenbahngesellschaft steht, zum Sekretär ernennen können. Das Einigungsverfahren vom Jahre 1907 soll durch ein verbessertes ersetzt werden, das am 1. Juli des nächsten Jahres in Kraft treten und bis zum 8. November 1914 in Kraft bleiben soll. Die sogenannte Verbesserung besteht in einer Vereinfachung des Verfahrens. Nur die Sektionsausschüsse sollen bestehen bleiben; die Zentralämter, die bisher von den Eisenbahndirektoren vielfach benützt wurden, um die Forderungen der Arbeiter zu verschleppen, sollen abgeschafft werden. Ihre Stelle wird in Zukunft von dem „unabhängigen Vorsitzenden" (Schiedsrichter) eingenommen werden, dessen Entscheid bindend sein soll. Es bleibt also bei der alten Geschichte, daß nach dem Grundsatz: „Teile und herrsche!" die einzelnen Arbeiterkategorien (Lokomotivführer, Schaffner usw.) ihre Vertreter in den lokalen Sektionsausschuß ihres Berufs schicken, wo sie mit den Beamten der Eisenbahngesellschaft, in deren Dienst sie stehen, verhandeln müssen. Eigentliche Einigungsämter, wie sie in der Bergwerksindustrie bestehen, wo sich die Arbeitgeber mit erfahrenen und unabhängigen Gewerkschaftsbeamten abfinden müssen, sind diese Arbeiterausschüsse nicht. Der Sekretär der Gewerkschaft der Eisenbahnangestellten erklärt, daß die Vorschläge der Kommission nicht die Zustimmung der Arbeiter finden würden. In einigen Einzelheiten biete das neue Verfahren einige geringe Verbesserungen, aber in anderer Hinsicht sei es um vieles schlechter als das bestehende. Die Abschaffung der Zentralämter sei ein reaktionärer Schritt; in allen übrigen Berufen dränge man nach Zentralisation und nicht nach Zersplitterung. Die Ernennung eines Gewerkschaftsbeamten zum Sekretär der Arbeitervertreter in den Sektionsausschüssen habe die Frage der Anerkennung der Gewerkschaften ihrer Lösung um kein Jota näher gebracht.

Recht sonderbar klingen einzelne Stellen in dem Bericht — sonderbar, weil sie auch ein Arbeitervertreter, der dazu noch Vorsitzender der Arbeiterpartei gewesen ist, unterzeichnet hat. So heißt es in dem Bericht:

„Zeugen befürworteten die Anwendbarkeit auf Eisenbahnangestellte des Absatzes 4 des Gesetzes über Verschwörung und Schutz des Eigentums, des kanadischen Gesetzes über die Untersuchung wirtschaftlicher Streitigkeiten und der Bestimmungen der Vorlage, die Herr Crooks, M. P., und andere dem Parlament unterbreitet haben. Es ist nicht unsere Sache, vorzuschreiben, wie das Halten der Verträge gefördert und wie der Vertragsbruch bestraft werden kann. Die Leute haben das Recht, ihr Engagement zu Ende zu bringen, indem sie die gesetzlich bestimmte Kündigungsfrist einhalten; aber in der Ausübung dieser ihrer Freiheit sollte ihnen nach unserer Ansicht nicht erlaubt werden, andere Leute, die zu arbeiten wünschen, durch Drohungen oder irgendeine andere Art der Einschüchterung zu nötigen."

Das klingt wie eine Unterstützung der heftigen Agitation, die augenblicklich von allen Arbeitgeberverbänden Großbritanniens gegen das Recht des Streikpostenstehens geführt wird.

Geradezu grotesk nimmt sich der Schlußparagraph des Berichtes aus. Er lautet:

„Indem wir Ihnen untertänigst diese unsere Anschauungen unterbreiten, bitten wir Eure Majestät, uns zu gestatten, einen Augenblick den Rahmen unserer Untersuchung zu überschreiten. Das Eisenbahnsystem Großbritanniens wird von keinem anderen übertroffen (!!). Das Publikum betrachtet sein Eisenbahnsystem mit Stolz und Vertrauen. Das System ist gebaut auf großen Ueberlieferungen und hohen Idealen, und es ist das Privileg jedes Eisenbahners, welcher Klasse und Kategorie er auch angehören möge, teilzunehmen und mitzuwirken an dem großen Pfande, das ihm anvertraut worden ist. Wir glauben, daß wir die Ansicht der Allgemeinheit ausdrücken, wenn wir sagen, daß die Eisenbahner mit Vertrauen auf die Unterstützung des britischen Publikums in allen gerechten in billiger Weise vorgebrachten Forderungen rechnen können, wenn sie nur das Pflichtbewußtsein über alles andere setzen."

Mit solchem dünnen und dazu noch grob verfälschten Leim wird man die Eisenbahner kaum fangen. Jedermann weiß, daß die britischen Eisenbahnen zu den schlechtesten der ganzen Welt gehören. Die Lotterwirtschaft dieser Privatbahnen ist unglaublich. Und dank dieser Lotterwirtschaft kostet die Personen- und Güterbeförderung in Großbritannien etwa zweimal so viel als auf den preußischen Staatsbahnen. Ihre Finanzwirtschaft gleicht der eines verzweifelten Spekulanten. Sie haben ein Kapital angehäuft, das dreimal so groß ist als die Summe, die in den Büchern der preußischen Eisenbahnbehörde als der Wert der preußischen Staatsbahnen, deren Netz dem britischen gleichkommt, angegeben ist. Riesige Kapitalsverwässerungen, ungeheure Schmiergelder und zweifelhafte Buchführung sind in erster Linie für den wackeligen finanziellen Ueberbau verantwortlich. Wo es eben möglich ist, bezahlen sie Verbesserungen und Neuanschaffungen nicht aus dem Gewinn, sondern mit frischem Kapital, nur um den Profit zu schonen. Jemand hat diese geniale Pumpwirtschaft einmal mit der Rechenkunst eines Mannes verglichen, der den Wert seiner geflickten Schuhe in der Weise feststellte, daß er die Anschaffungskosten zu den Reparaturkosten rechnete.

Daß diese durch und durch faule Frucht am Baume des Kapitalismus nur geringe Dividenden und erbärmliche Löhne zahlen kann, liegt klar auf der Hand. Die prekäre finanzielle Lage der britischen Privatbahnen erklärt auch, weshalb sich die Direktoren so grimmig gegen die Anerkennung der Gewerkschaften wehren. Die fabelhafte Mißwirtschaft kann keine höheren Löhne vertragen. Die Eisenbahner verlangen in ihrem nationalen Programm vor allen Dingen höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Besteht unter dem gekennzeichneten System der Privatbahnen Aussicht, daß sie ihre Forderungen durchsetzen werden? Leider wenig. Der Schiedsrichter, der nach dem neuen Einigungsverfahren diese Fragen wohl in den meisten Fällen zu entscheiden haben wird, wird sich, wie es in anderen Berufen Brauch ist, nach dem Stande der Industrie richten, und der ist in der Eisenbahnindustrie, an den Dividenden gemessen, zu keiner Zeit recht gut. Die Regierung könnte allerdings, wie sie es ja auch versprochen, den Gesellschaften gestatten, die Tarife zu erhöhen. Aber was werden die so wie so schon genügend von den Eisenbahngesellschaften gerupften Industriellen dazu sagen?

Wer die Frage tiefer studiert hat, kann keinen Ausweg sehen als die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Welche bürgerliche Partei wird es jedoch wagen, das Problem anzufassen und dem Volke vorzuschlagen, etwa 13 Millionen Pfund Sterling für ein Unternehmen zu zahlen, das zum größten Teil aus verlorenem Kapital und Luft besteht? Und umgekehrt, welche bürgerliche Partei würde den Entrüstungssturm übersehen, der sich in den Reihen der besitzenden Klassen erheben würde, wenn sie es wagen sollte, den 180 000 Aktienbesitzern der Eisenbahnen einen fairen Preis, sagen wir den Preis der preußischen Staatsbahnen, anzubieten? Man soll den schlafenden Hund nicht wecken (let sleeping dogs lie), sagt ein englisches Sprichwort. Und dennoch werden sich die bürgerlichen Parteien mit der Frage befassen müssen, wenn sich nicht inzwischen die Arbeiterschaft aufrafft und dieser unfähigen Gesellschaft das Heft aus den Händen reißt. Unter den Eisenbahnern, die unter dem bestehenden schändlichen System am schwersten zu leiden haben, wird es weiter gären. Man wird sich des Satzes erinnern, mit dem das Streikkomitee nach dem großen Streik die Wiederaufnahme der Arbeit befürwortete: „Wir können ja jederzeit wieder in den Streik treten." Dieser neueste Beschwichtigungsbericht der Kommission wird der englischen Regierung wenig nützen.

Gerichts-Zeitung.

Eine Bedrohung mit der Kinderpistole.

Eine tragikomische Episode spielte sich am Dienstag in Halle an der Saale vor dem Schöffengericht ab.

Der 38jährige Bauarbeiter Hermann Christian sollte gelegentlich des Kohlenarbeiterstreiks in Halle im August Arbeitswillige durch den Zuruf Streikbrecher beleidigt und einen Unternehmer mit der „Schußwaffe" bedroht haben. Der Unternehmer malte die Sache grau in grau, meinte, die Arbeitgeber hätten jetzt gar keine Nummer mehr usw. Da die Sache sehr gefährlich klang, ließ man das Asservat — die aufbewahrte Pistole — in den Gerichtssaal holen. Sonstige Munitionen dazu waren nicht aufzutreiben. Der Angeklagte hatte aber das nötige Beweismaterial — Zündplättchen — mit zur Stelle gebracht. Er lud das Instrument; es gab einen Knall und dann fröhliche Heiterkeit. Da es aber bekanntlich Bedrohung mit untauglichen Mitteln gibt, wurde der Angeklagte, der sich nur einen Spaß gemacht hatte, zur Zahlung einer Geldstrafe von 10 M. verurteilt.

3000 Prozent Zinsen.

Der große Darlehnsschwindelprozeß, welcher, wie wir am 20. mitteilten, mehrere Tage die 10. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte, ist gestern zu Ende gegangen. Verurteilt wurden der Schneidergeselle und Kaufmann Otto Klonus zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, der Schlosser und Recherchеur Karl Geppert zu 6 Monaten Gefängnis, der Inhaber der Auskunftei „Kolumbia", Max Buchholz aus Rummelsburg, zu 9 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust. Der Mitangeklagte, Auskunfteiinhaber der „Internationalen Auskunftei Union", Otto Schaarschmidt, wurde freigesprochen.

Ein Prozeß um 26 M. vor dem Reichsgericht.

Zu den Prozessen, die an das Vorhandensein der Revisionssumme (4000 M.) nicht gebunden sind, gehören alle Streitigkeiten gegen den Staat und dessen Beamte, sobald sie Verletzung der Amtspflicht als Klagegrund haben. Der vorliegende Streitfall ist seines prinzipiellen Interesses halber bis vor das Reichsgericht gebracht worden. Er beruht auf der folgenden fatalen Geschichte:

Am 9. Mai 1909 fuhr ein herrschaftliches Automobil durch den kleinen Ort Georgenborn bei Wiesbaden. Am Abend erstattete der Gendarm von Georgenborn dem Bürgermeister, einem Landmann, der das Ehrenamt des Bürgermeisters nur nebenbei verwaltete, Rapport und meldete ihm auch, daß das herrschaftliche Automobil den Ort durchfahren habe, ohne die vom Herrn Bürgermeister erlassene polizeiliche Verfügung zu beachten, die vorschreibt, daß an Straßenkrümmungen Hupensignale zu geben sind. Nach der vom Gendarm angegebenen Nummer wurde der Prinz Friedrich Karl zu Hohenlohe als Inhaber des Autos ermittelt. Der Bürgermeister von G. fragte nunmehr bei seinem Kollegen an, wo der hohe Herr wohne, und dieser teilte ihm den Wohnsitz des Fürsten zu Hohenlohe-Oehringen mit. Daraufhin erließ der Bürgermeister R. gegen den Fürsten zu Hohenlohe-Oehringen eine polizeiliche Strafverfügung. Der Fürst beantragte gerichtliche Entscheidung und erzielte auf seinen Nachweis hin, daß er ein Kraftfahrzeug mit der angegebenen Nummer gar nicht besitze, die Zurücknahme des Strafbefehls. Alsdann aber erhob der Fürst Klage gegen den Bürgermeister von Georgenborn und begehrte von ihm Erstattung der ihm durch das Engagement eines Rechtsanwalts und die erlassene Beschwerde entstandenen Kosten im Betrage von 26 M. Seinen Anspruch suchte er durch den § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu beweisen, da nach dieser Gesetzesvorschrift der Beamte haftpflichtig ist, der vorsätzlich oder fahrlässig einem anderen gegenüber die Amtspflicht verletzt. Die Pflichtverletzung erblickt der Fürst in der falschen Zustellung des Strafbefehls durch das Notieren einer unzutreffenden Automobilnummer und auch darin, daß die Strafverfügung an ihn selbst zugestellt worden ist, während nach dem Gesetz nur der Leiter des Kraftwagens für Uebertretungen haftbar ist.

Das Landgericht Wiesbaden erklärte, daß der Beamte allerdings seine Amtspflicht fahrlässig verletzt habe, denn er hätte die Strafverfügung erst nach näheren Erkundigungen gegen den wirklichen Leiter des Automobils erlassen dürfen. Aber — so meint das Landgericht weiter — der Schaden ist nicht kausal mit der Verletzung der Amtspflicht. Denn der Kläger habe nicht nötig gehabt, sich wegen der Beschwerde einen Rechtsanwalt zu nehmen, da er offenbar im Recht gewesen sei und sich vor Gericht selbst verteidigen konnte. Das Landgericht sprach dem Kläger deshalb zweimal 10 Pfennige für Briefporto und 1 M. als Gerichtskosten zu. Die vom Kläger gegen das Urteil des Landgerichts eingelegte Berufung ist vom Oberlandesgericht Frankfurt a. M. zurückgewiesen worden. Das Oberlandesgericht verneint ein Verschulden des Beklagten überhaupt. Der Irrtum über die Nummer des Fahrzeugs und die Person des Klägers ist nach den Ausführungen des Oberlandesgerichts kein fahrlässiges Verschulden. Die Zustellung der Strafverfügung an den Kläger selbst enthalte kein Verschulden, weil die Polizei nur auf diese Art den Chauffeur hätte ermitteln können.

Die vom Kläger gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. eingelegte Revision ist vom Reichsgericht am Dienstag zurückgewiesen worden.

Ein fixer Berichterstatter.

Die Korrespondenz „Schweder u. Hertzsch" ersucht uns unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender von ihr Berichtigung genannten Erklärung:

„Unter der Ueberschrift „Ein fixer Berichterstatter" haben Sie von unserer Korrespondenz behauptet, sie habe gelegentlich des Weltkongresses der Hoteliers Reden, die erst am Donnerstag gehalten worden seien, bereits am Montag veröffentlicht. Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist dagegen, daß wir unseren Bericht am Montag ausdrücklich mit dem Bemerken geschlossen haben, daß die geschäftlichen Verhandlungen des Kongresses erst in den nächsten Tagen stattfinden würden, und haben dann aus den bereits in französischer Sprache vorliegenden Referaten die Wünsche, Anregungen und Beschwerden der Referenten informatorisch mitgeteilt.

Unwahr ist ferner die wiederholt von Ihnen veröffentlichte Behauptung, daß unsere Berichterstattung über den Schapiro-Prozeß unzuverlässig gewesen sei.

Unwahr ist schließlich, daß wir in unserem Bericht über den Jenaer Parteitag Bebel Aeußerungen in den Mund gelegt hätten, die er auch nicht dem Sinne nach gemacht habe. Vor allem ist es unrichtig, daß unser Bericht über die Frauenkonferenz in Jena den Satz enthalten habe: „Selbstverständlich trugen alle Frauen knallrote Blusen."

Dieser „Berichtigung" muß ja nach dem Preßgesetz Raum gegeben werden, wiewohl sie keine Tatsachen berichtigt, sondern unrichtige Behauptungen aufstellt. Alles das, was wir über die Korrespondenz darlegten, ist zutreffend und wird von uns in vollstem Umfange aufrechterhalten.

Aus der Frauenbewegung.

Zur vierten sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Oesterreich.

Vor dem Parteitag werden sich in Innsbruck die Delegierten der österreichischen Genossinnen versammeln, um über jene Frage zu verhandeln, die vor allem die Interessen der Frauen berühren. Stolz können die Delegierten auf die Arbeit zurückblicken, die in den letzten Jahren geleistet wurde. Als sich die österreichischen Genossinnen das letztemal versammelt haben, waren es nur die Vertreterinnen von nicht einmal 8000 politisch organisierter Frauen. Diesmal vertreten sie 18 000 Frauen, den achten Teil der gesamten

Parteimitgliedschaft. Doch nicht nur in der Zahl der gewonnenen Mitglieder kommt die große agitatorische und organisatorische Leistung der Frauen zum Ausdruck, noch mehr ist getan worden, um die Organisation enger mit der gesamten Partei zu verankern und um die Schulung und die Erkenntnis der Genossinnen zu fördern. Was man bei der letzten Konferenz nur als Anfang vorfand, der Ausbau der Landesorganisation und die Einführung der Bezirksorganisationen, hat sich nun gefestigt und die österreichische Frauenorganisation ist heute leistungsfähig in jedem Kampf.

So eng aber auch das gemeinsame Arbeiten zwischen Genossen und Genossinnen ist, ein Hindernis trennt sie noch immer und verhindert, daß Männer und Frauen einer Organisation angehören. Die politische Rechtlosigkeit der Frauen geht ja in Oesterreich so weit, daß sie noch immer nicht politischen Vereinen angehören dürfen. Wohl sind die Genossinnen zum größten Teil Förderer in den politischen Wahlvereinen der Männer, aber sie können dadurch keine Funktion in diesen Vereinen übernehmen. Das alte Parlament hatte schon beschlossen, den Frauen dieses Recht zu erteilen und aller Voraussicht nach wird es auch im neuen Parlament zur Annahme dieser Forderungen kommen. Deshalb muß sich die Frauenkonferenz vor allem mit der Frage befassen, wie soll die Organisation geregelt werden, wenn die Frauen in die politischen Vereine aufgenommen werden können. Es ist zweierlei möglich. Entweder sie können, wie in Deutschland, ihre selbständigen Organisationen ganz aufgeben und nur den allgemeinen Vereinen angehören, oder sie können ihre selbständigen Organisationen beibehalten und nur nebenbei auch Mitglieder der politischen Vereine sein. Der Konferenz wird ein Vorschlag unterbreitet werden, der ein Kompromiß zwischen beiden Möglichkeiten anstrebt. Es sollen zwar alle Frauen, welche heute in den freien politischen Frauenorganisationen organisiert sind, Mitglieder der politischen Vereine werden, aber es soll trotzdem in jedem Orte ein besonderes Agitationskomitee bestehen, welches die Agitation unter den Frauen, die ja vielfach eine andere sein muß, als die der Männer, zu leiten hat. Die Vorsitzende dieses Komitees ist gleichzeitig Mitglied des Lokalausschusses. Das gleiche Verhältnis tritt auch in der Bezirks- und Landesorganisation ein. Dadurch würden die Frauen den Anspruch auf selbständige Arbeit nicht verlieren, sie würden aber doch auch in erhöhtem Maße zur gemeinsamen Arbeit herangezogen werden.

Die Kassengebarung soll so geregelt werden, daß ein Teil der Beiträge, wie bisher den verschiedenen Frauenkomitees zugeführt werden soll.

Neben dieser Neuregelung des Organisationsstatuts stehen noch andere wichtige Punkte auf der Tagesordnung. So wird die Konferenz die Interessen der Frauen an der Gemeindepolitik erörtern und auch der neugegründeten Dienstbotenorganisation ihre Aufmerksamkeit widmen. Die brennende Frage der Lebensmittelteuerung und die Sorge, welche alle arbeitenden Frauen wegen der steten Verschleppung der Sozialversicherung erfüllt, werden zur Debatte stehen und zu energischen Beschlüssen führen. Den Kampf gegen den Alkohol wird die Konferenz gleichfalls fördern, indem sie es allen aufgeklärten Frauen zur Pflicht machen wird, gegen den Alkoholgenuß namentlich bei Kindern anzukämpfen.

Reiche Arbeit erwartet die Delegierten, die aus allen Teilen der Monarchie in Innsbruck kommen werden, und die Zeit wird gut genützt werden müssen, wenn die reiche Tagesordnung durchgearbeitet werden soll.

Auch diese Konferenz wird ein neuer Ansporn für alle Genossinnen der österreichischen Monarchie sein, rastlos und unermüdlich an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten, damit die großen Kämpfe, denen die Arbeiterschaft Oesterreichs entgegengeht, auch die Frauen aufgeklärt und gerüstet findet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

G. M., Steglitz. Im Rahmen des Briefkastens nicht zu beantworten. Den Gesetzentwurf erhalten Sie im Verlag der „Nordd. Allgem. Zeitung", Wilhelmstr. 32 — **D. 4.** Wiederholen Sie die Anfrage unter Angabe der Art des Betriebes und der Anzahl der in demselben beschäftigten Personen. — **E. H. 10.** Die Unterzeichnung durch Ihren Sohn ist rechtsunwirksam. — **K. S. R.** Wenn mit erheblicher Ruhestörung verknüpft, Klage auf Vertragslösung. — **H. S., Sonntagstr. 11.** Fordern Sie den Vermieter unter Setzung einer etwa 14tägigen Frist zur Beseitigung des Ungeziefers auf. Nach Ablauf der Frist können Sie klagen. — **O. 22.** Das zweckmäßigste ist, sie beantragen in Gemeinschaft mit der Mutter bei der Armenverwaltung Unterstützung und machen von dem Verhalten des Erzeugers Mitteilung. Die Armenverwaltung kann alsdann die Bestrafung desselben wegen böswilliger Entziehung des Unterhalts beantragen. — **K. J. 50.** Ja. — **M. Koppe 71.** Leider ja. — **A. D. 39.** Nein. — **Abonnentin.** Wegen derart harmloser Vorgänge veranlaßt man keinen Streit. — **Donaustr. 24.** Invalidenmarken sind zu kleben. Die Anmeldepflicht zur Krankenkasse besteht bis zum Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung nur dann, wenn die Frau in Ihren Mietsräumen arbeitet. **H. W. 999.** Fragen, die auf Entziehung des Unterhalts abzielen, beantworten wir nicht. — **W. J. 9.** Derjenige haftet, den ein Verschulden trifft. Ob und auf wen dieses zutrifft, läßt Ihr Schreiben nicht erkennen. — **C. L. 200.** In 30 Jahren, wenn es sich nicht um wiederkehrende Leistungen (Alimenten-, Zinsforderungen) handelt. — **B. 100.** Ihr Mann ist zahlungspflichtig. Verjährung liegt nicht vor. — **F. R. 4.** Die Herrschaft kann das Mädchen entlassen, sobald sie von der Schwangerschaft Kenntnis erhält. Das Mädchen hat, sofern es nicht entlassen wird, Anspruch auf besondere Rücksichtnahme und kann aufhören, wenn der Zustand soweit vorgeschritten ist, daß eine Erledigung der Arbeiten nicht mehr möglich ist.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 19. Oktober verstarb unser Genosse
August Barzel
Choriner Str. 58.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
232/4 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 23. Oktober, verstarb unser Genosse, der Steinmetz
Theodor Winter
Berlichingenstr. 3.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Friedhofes in Plötzensee aus statt. 232/5
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin.
Am 19. Oktober verstarb unser langjähriges Mitglied
Hermann Ibscher
(Bezirk Schöneberg.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Halle des Schöneberger Kirchhofes, an der blanken Hölle aus statt. 140/15
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kernmacher
Ernst Hannuschke
am 22. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Sophien-Kirchhofs, Freienwalder Straße, aus statt. 125/4
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Zentralkranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Berlin VI. 257/8
Am Sonntag, den 22. Oktober, verstarb an Herzleiden unser Mitglied, der Arbeiter
Hermann Siegfried.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, vom Paul-Gerhardt-Stift, Müllerstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäsche-Arbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin I.
Den Mitgliedern geben wir bekannt, daß der Kollege
Otto Brosius
im Alter von 32 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in Arnsfelde statt.
161/12 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, den Genossen und Genossinnen, sowie seinen Kollegen, welche mir bei der langen Krankheit meines Mannes hilfreich zur Seite gestanden, sowie für die überaus zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung und die herrlichen Kranzspenden, ebenfalls für die teilnehmenden Worte des Genossen Tielemann am Sarge sage ich hiermit meinen aufrichtigen Dank.
1253b **Anna Pankow.**

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester
Emma Koschmieder
sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie dem Personal der Firma Selmar Beyer, dem Deutschen Buchbinder-Verband und der 6. Abt. d. Turnvereins „Fichte" unseren innigsten Dank. 1245b
Frau Koschmieder nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise innigster Teilnahme, die mir und meinem verstorbenen Manne erwiesen wurden, sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Marie Gutsche nebst Kindern.

Mit Milch gekochter Kathreiners Malzkaffee ist den Kindern besonders zuträglich.

Der Gehalt macht's!

Glücklich wer in bitt'ren Stunden,
Rechtzeitig den Humor gefunden.

Humor
Putzt alle Metalle
sauber und geruchlos.
Ueberall zu haben in **Flaschen** von 10 Pf. an.
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Achtung!
Sumatra-Umblatt
Dritte und vierte Länge, Stück und Vollblatt per Pfund
M. 1,45 bis 2,20.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 25.
295/13*

Nißles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
bei freiem Entree. **C. Nißle.**

Die reellsten und billigsten
Möbel
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie **A. Schulz,** Reichenberger Straße 5.
8L*

Fordern Sie bei Ihren Zigarren-Händlern die
Tag-Zigaretten
der Tabak-Arbeiter-Genossenschaft Stuttgart.
Erhältlich in den Preislagen von 2–5 Pf.
Keine Maschinenarbeit. — Nur organisierte Arbeiter.

Eine rationelle Kindernahrung muß haltbar und immer gleichmäßig sein, darf keine unverdauliche Stärke enthalten und der Zubereitung keine Schwierigkeiten bieten, muß ausgiebig und billig sowie nicht nur nahrhaft, sondern auch wohlschmeckend sein. Alle diese Bedingungen erfüllt **„Kufeke"**, welches nicht nur für gesunde, sondern auch für kranke Kinder die beste Nahrung bildet.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen
Geschäftsstelle: O. 54, Mulackstr. 10 I. Fernsprecher: Amt 3, 4518.

Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 1½ Uhr, in Bockers Festsälen, Weberstr. 17:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. **Geschäfts- und Kassenbericht vom III. Quartal 1911.**
2. **Die Bierablösungsfrage.** 3. Verbandsangelegenheiten. 44/16
Kollegen! Erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung.
Mitgliedsbuch oder Kontrollkarte legitimiert, ohne diese kein Eintritt. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Sonntag, den 29. Oktober 1911, vormittags 10 Uhr,
finden in den angegebenen Lokalen für die betreffenden Bezirke
Mitglieder-Versammlungen
statt. Es muß erwartet werden, daß alle in Frage kommenden Kollegen bestimmt und pünktlich erscheinen.
Oranienburger Vorstadt in den „Borussia-Sälen", Ackerstr. 6/7.
Norden 1 und 2 bei Obiglo, Schwedter Str. 23/24.
Nordosten in den „Luna-Sälen", Neue Königstr. 7.
Südosten bei Wollenberg, Naunynstr. 6.
Südwesten bei Maaß, Bergmannstr. 97.
Wedding in den „Prachtsälen des Nordens", Gerichtstr. 31, am Nettelbeckplatz.
Gr.-Lichterfelde bei Wahrendorf, Bäkestr. 22.
Friedrichsfelde bei Sommerfeld, Miquelstr. 70.
Zehlendorf bei Mickley, Potsdamer Str. 25.
Wilmersdorf bei Nietsche, Gasteiner-, Ecke der Holstein. Str.

Sektion der Steinholzleger.
Mittwoch, den 1. November, abends 8½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im „Bürgerheim", Alte Schönhauser Str. 23.

Sektion der Isolierer.
Donnerstag, den 2. November, abends 8½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Hoffmann, Dragonerstr. 15.

Für obige Versammlungen ist jedes einzelne Mitglied verpflichtet, die größte Agitation zu entfalten, sowie in der für seinen Bezirk veranstalteten Versammlung zu erscheinen. **Der Zweigvereinsvorstand.**

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Möbel-Angebot.
Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 16, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 12525*

Concordia-Festsäle.
Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
64 Andreasstraße 64.
Jeden Donnerstag:

Große Soiree
d. allgemein beliebten und bekannten
Hoffmanns Sänger.
Direktion Fr. Fanther
Heute: Letzte Rose!
Bidermeierspiel in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Haarfärbemittel, unübertroffen, unschädlich, waschecht, Probeflasche 0,50. Grießler, Charlottenstraße 5.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).
Soeben erschien: 246/20
Die Wertzuwachssteuer.
Reichsgesetz vom 14. Februar 1911.
Von **Albert Südekum.**
(Heft 12 der Sozialdemokratischen Gemeindepolitik.)
Preis 1 Mk.
Vereinsausgabe 40 Pf.

M. Rempinski & Co.

Weingroßhandlung
Berlin W., Leipzigerstraße 25
Tel.-Adresse: Austernbank ✣ Fernsprecher: Amt I, 9581/88

Wir empfehlen als besonders preiswert:
Roten Bordeaux Wein
1907er Chât. Bassalère Bassens
leichter angenehmer Tischwein per 1/1 Fl. Mark 1,—

Die Preise ermäßigen sich bei Abnahme von
25/1 Flaschen um . . . . . 5 %
50/1 Flaschen um . . . . . 7½ %
100/1 Flaschen und darüber um . . 10 %
Leere Flaschen und Verpackung werden bei franko Retournierung zu den berechneten Preisen zurückgenommen

Ferner:
Unsere eigenen Sectmarken infolge bedeutender Abschlüsse zu unveränderten Preisen

Niederlagen werden vergeben
▼▼▼

Unsere Abteilung für Austern und Caviar hat mit dem Versand begonnen

Lieferung für Berlin und Umgegend frei Haus, nach auswärts frei Bahnhof hier
Ausführliche Preislisten stehen zur Verfügung

MANOLI
Cigarettes
Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Schnupfer! achtet auf dieses Etikett

G.T.F. Kownoer G.T.F.
aus den Tabak-Fabriken
J. Goldfarb Preuss. Stargard
gegründet 1839.
Tabac russe à priser, goût de Kowno.
Prawdziwa tabaka do zażywania „Kownoer."

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Höchste Leistungsfähigkeit
durch Selbstfabrikation
aller besseren Qualitäten.
Steppd. à 2.50, 4, 6, bis 250 M.
Schlafdecken à 3, 4, 10 bis 50 „
Echt. Kamelhaar à 10 bis 36 „
Spezialkatalog
650 Abbildungen gratis u. franko.

Holzhäuser
von 200,00 M. einschl. Herstellung an
Stein, Prenzlauer Allee 90.
VII, 6072.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., Dircksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 9298.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Möbel
liefert auf bequeme Teilzahlung
bei kleinster Anzahlung in bekannter Güte
(mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

SPEZIALHAUS FÜR DAMENKONFEKTION

Was immer Sie sich als Ausgabe für Ihre Winter-Garderobe gesetzt haben — für den Betrag bekommen Sie das Aeusserste in Bezug auf
Qualität, Sitz und Fasson
bei
C. & A. Brenninkmeyer
König-Strasse 33
Bahnhof Alexanderplatz.

Verlagsanstalt G. Birk u. Co., m. b. H., München.

Neuerscheinungen:

August Zeh:
Die Lösung des modernen Theaterproblems
durch das neue patent. System des Architekten Aug. Zeh, München.
Preis 50 Pf.
Die aktuelle Frage des Theaters der Jetztzeit wird durch den Münchener Architekten glänzend beantwortet.

Paul Kampffmeyer:
Weltanschauung und Sozialdemokratie.
Heft 1 der „Süddeutschen Volksbücher". 64 Seiten.
Preis 40 Pf.
Eine durchaus gemeinverständliche Darstellung der wichtigsten philosophischen und ethischen Fragen in ihren Beziehungen zur Sozialdemokratie.

L. Isenheim:
Streik.
Roman aus dem gegenwärtigen Klassenkampf.
In 6 Lieferungen à 30 Pf., in Leinen gebunden 2.50 M.
Einbanddecke 75 Pf.

Rudolf Franz:
Die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt
bearbeitet im Sinne des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie mit zahlreichem Bilderschmuck von Reinh. Pfeiffer, München.
Preis 1 M.
Eine meisterhafte politische Satire der deutschen Scharfmacher aller Grade des durch seine Schrift: „Warum ich kein Sozialdemokrat bin" bekannten Verfassers.

Früher erschienen:

Wilhelm Schröder:
Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage
von 1863–1909.
In 19 Lieferungen à 30 Pf., Einbanddecke 75 Pf. In Leinen geb. 7 M.
Das Werk ist in jeder Arbeiterbücherei unentbehrlich.

Dr. Fritz Brupbacher:
Kindersegen — und kein Ende?
Preis 30 Pf.
Bei der jetzigen Teuerung aller Lebensmittel erhält die Schrift besonders aktuellen Wert.

Alle Buchhandlungen und Kolporteure liefern obige Schriften zu Originalpreisen.

Heinrich Franck
Tel.: Amt III 4352. Brunnenstr. 22 8–7 Uhr geöffnet.
487 Ballen Sumatra u. Vorstenlanden
— helle u. hellfahle Rechts- u. Linksroller —
in den Herbsteinschreibungen neu gekauft!
Sehr billige Preise! Ich bitte um Lagerbesuch!

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Britz-Buckow. Am Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, findet in Raddatz' Festsälen, Britz, Chausseestr. 39, das zwanzigste Stiftungsfest des hiesigen Wahlvereins statt. Der Britzer Arbeiter-Gesangverein sowie die „Berliner Rangen" werden durch ihre Mitwirkung dazu beitragen, den Festteilnehmern einige genußreiche Stunden zu verschaffen. Programmkarten sind nur im Vorverkauf bei den Mitgliedern zum Preise von 30 Pf. zu haben. Alle Freunde und Anhänger unserer Organisation sind bei diesem Fest willkommen. Der Ausschuß.

Zossen. Unsere statutengemäße Wahlvereinsversammlung am Donnerstag fällt aus. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Der für vergangenen Donnerstag angesetzte Vortragsabend mußte besonderer Umstände wegen ausfallen. Der Vortragskursus beginnt aus diesem Grunde heute abend im „Lindengarten", Friedrichstraße 74. Genosse Fritz Tarnow spricht über „Die sozialdemokratischen Forderungen an den Gegenwartsstaat". Der Kursus umfaßt vier Abende. Das Eintrittsgeld beträgt für alle vier Vorträge 20 Pf. Der Bildungsausschuß.

Herzfelde. Am 29. Oktober: Volksversammlung im Henzeschen Lokal (Inhaber Jabs), Hauptstr. 57. Parteisekretär Genosse Rudolf Bühler spricht über „Teuerung, Kriegsgefahr und die nächsten Reichstagswahlen". Genossen! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Freitag, den 27. Oktober, abends 8½ Uhr, im Restaurant Karl Liedemit (kleiner Saal): 2. Vortragsabend des Bildungsausschusses. Thema: Die Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland. Vortragender: Reichstagsabgeordneter Emil Eichhorn. Eintrittskarten sind noch am Eingang des Saales zu haben.

Berliner Nachrichten.

Vom Guckkasten zum Film.

Unsere Zeit lebt schnell. Doch nicht so schnell, um zu vergessen, was gar nicht so furchtbar weit hinter uns liegt und der älteren Generation noch wohl im Gedächtnis steht. Der Film, der heute alle Welt beherrscht und noch lange nicht am Ende seiner Entwicklung angelangt ist, hat vor einem knappen halben Jahrhundert einen Vorläufer denkbar einfachster Art gehabt. Gemeint ist nicht die drehbare, mit Längseinschnitten versehene Pappschachtel, an deren Innenseite ein Figurenbogen klebt, so daß bei Umdrehungen der Schachtel die Figuren sich zu bewegen scheinen. Das war Anno dazumal ein beliebtes Kinderspielzeug, mit dem man jetzt unserer vorgeschrittenen, anspruchsvolleren Kinderwelt nicht mehr kommen darf. Was heute für Klein und Groß der Kientopp ist, war vielmehr damals der Guckkasten. Er war sogar „hoffähig", wurde neben Puppenleierkasten, Tanzbären, dressierten Affen, Blechmusik, gemalten Moritaten und Dudelsäcken auf den Höfen der alten Berliner Grundstücke unter dem Jubel der Kinder vorgeführt. Gehörte doch nur ein Anlagekapital von wenigen altpreußischen Groschen dazu, um einen mit Oberlicht versehenen Kasten zurechtzuzimmern, durch dessen ochsenaugengroße Guckfensterchen man eine Reihe beweglicher Bilder sehen konnte. Die Beweglichkeit wurde durch einen am Kasten angebrachten Drehmechanismus hergestellt, die Bilder, landschaftlicher und grob szenischer Natur, waren miserabel, aber das tat der Kinderfreude nicht den geringsten Abbruch, und selbst Erwachsene opferten gelegentlich einen „Sechser", um ihre Neugier zu befriedigen und dem „Guckkastenmann" auf die Beine zu helfen. Einige Zeit später machten sich diese Schausitte, die etwa nicht spezifisch berlinischen Ursprungs, sondern aus fremden Ländern, besonders aus Italien und Oesterreich, importiert war, wo man in solcher Art gern durch Heiligenbilder Reklame für die katholische Kirche machte, verschiedene Berliner Budiker zunutze. In einem Keller der Königstraße alten Gepräges hat noch bis in die sechziger Jahre hinein unter dem volkstümlichen Namen „der Guckkasten" eine außerordentlich flott gehende Gastwirtschaft bestanden. Hier waren ringsum an den Holzwänden eine große Anzahl von Gucklöchern mit Vergrößerungsgläsern angebracht, durch die man roh gemalte Bilder aus allen möglichen Gebieten bewundern konnte. Sie wurden von Zeit zu Zeit ausgewechselt, und nach jedem Wechsel hatte das Lokal erneut großen Zulauf. Natürlich hatten die obligaten Darstellungen von Folterkammern und ähnlichen Schauertaten nicht den geringsten erzieherischen Wert, peitschten nur die Nerven auf. Vor den Gucklöchern befanden sich fortlaufende Bänke. Der Eintritt war für verzehrende Gäste frei, so daß der spekulative Kellerbudiker ein Bombengeschäft machte. Später haben andere Bierschänker das nachgemacht, aber keiner hatte solchen Erfolg wie der „Guckkasten" in der Königstraße, der von der Bildfläche Altberliner Lebens verschwand, als durch die großen kriegerischen Ereignisse eine ganz neue Zeit für die werdende Weltstadt Berlin anbrach. Die Idee selbst lebte aber fort und findet noch heute in verfeinerter und wirklich lehrreicher Form ihre Darstellung beispielsweise in dem Kaiser-Panorama in der Berliner Passage. Auch hier bewährt das Guckkastenloch seine alte Anziehungskraft, die trotz aller Kientöppe wohl noch manches Jahr erhalten bleiben wird.

Teuerungskonferenz im Rathause.

Gestern fand im Rathaus abermals eine Konferenz von Vertretern Groß-Berlins zur Beratung von Maßnahmen gegen die Teuerung statt. Es wird darüber berichtet:

„Den Vorsitz führte Oberbürgermeister Kirschner. Berlin war außerdem noch durch die Stadträte Fischbeck, Venzky und Jacoby vertreten. Für Charlottenburg war erschienen Stadtrat Gottstein, für Schöneberg Oberbürgermeister Dominicus, Stadtsyndikus Bergmann und Stadtrat Kaufmann, für Wilmersdorf Bürgermeister Peters und Stadtrat Steinborn, für Rixdorf Bürgermeister Dr. Weinreich, für Groß-Lichterfelde Bürgermeister Schulz, für Lichtenberg Bürgermeister Dr. Unger und für Friedenau Bürgermeister Walger und Schöffe Lichtbein. Diese Gemeinden hatten sich bereits an der ersten Beratung beteiligt. Gestern nahmen noch die Gemeinden Treptow, vertreten durch den Schöffen Niese, Reinickendorf, vertreten durch den Beigeordneten Reichhelm, und Friedrichsfelde, vertreten durch den Bürgermeister Ungewitter an der Konferenz teil.

Es wurde zunächst der Wortlaut der an den Reichskanzler zu richtenden Petition betr. Maßnahmen zur Behebung der Lebensmittelteuerung festgesetzt. Ferner wurde Bericht erstattet über den Erfolg des Verkaufs frischer Seefische seitens der Stadt Berlin und über die Tatsache, daß sich bereits einzelne Vorortgemeinden der Aktion Berlins angeschlossen haben. Weitere Maßregeln zur Behebung der Lebensmittelteuerung wurden nicht beschlossen."

Außer dem Seefischverkauf soll also durch die Gemeinde nichts geschehen, um Milderungen der Teuerung herbeizuführen. Das ist nicht zu billigen. So richtig es ist, daß in erster Linie das Reich wirksame Abhilfemaßregeln treffen muß und nicht den Gemeinden diese Aufgaben zuschieben darf, so nötig ist, daß auch die Gemeinden diesen Zuständen nicht untätig zusehen können. Und sie können manches tun. Erst kürzlich ist in der Markthallendeputation erklärt worden, die Verwaltung wäre mit Leichtigkeit in der Lage, innerhalb kurzer Zeit Hunderte von Zentnern Kartoffeln nach Berlin zu schaffen, die zum Preise von 3 Mk. pro Zentner abgegeben werden könnten; in gleicher Weise könnten große Mengen Gemüse, insbesondere Kohl aus Rußland, herbeigeschafft werden, das ebenfalls zu billigen Preisen verkauft werden könne. Warum zögert also die städtische Verwaltung, etwas zu tun, was sie ohne Mühe und Kosten leicht erfüllen kann?

Die Folgen der Teuerung, die der lange Mann aus der Wilhelmstraße in gottgewollter Abhängigkeit von der Schutzzöllnerclique obendrein zu begünstigen wagt, machen sich bereits weit über das eigentliche Wirtschaftsleben hinaus bemerkbar. Die gezwungene andauernde Unterernährung bringt Krankheiten aller Art zum Ausbruch und füllt die Krankenhäuser, belastet auch die Krankenkassen, bei denen seit Wochen der Ansturm immer mehr zunimmt. Zahlreiche Armenkommissionen werden, obwohl der Winter, der ja stets erhöhte Not bringt, noch nicht hereingebrochen ist, auffällig stärker in Anspruch genommen. Ebenso ist bei vielen privaten Unterstützungsverbänden eine Vermehrung der Unterstützungsgesuche beobachtet worden, besonders da, wo die Unterstützung hauptsächlich in Naturalien besteht. Die Pfandleihen werden stärker besucht als sonst um diese Zeit. Man versetzt Entbehrliches, um Schulden oder gar die öffentliche Fürsorge zu vermeiden. Andererseits verfallen jetzt viele Pfänder, weil die Einnahmen kaum zum Lebensunterhalt reichen wollen. In Lokalitäten mit gewohntem Besuch aus den unteren Ständen ist ein immer empfindlicher werdender Rückgang zu spüren. Selbst die kleinen Volkstheater, die sich in der Zeit der langen Abende sonst zu füllen pflegen, klagen über mangelnden Zuspruch. Viele Vereinsbälle, die regelmäßig im Herbst stattfinden, sind abbestellt oder verschoben worden, weil man nicht auf stärkere Beteiligung rechnen kann. Charakteristisch ist die Beobachtung, wie das Volk mit den Pfennigen geizt. Um kleinste Beträge wird zu handeln gesucht. Der Pfennig hat mit einem Male Markwert.

Ungezügeltes Genußleben herrscht nach wie vor nur in den Kreisen, die auf Kosten der Volksnot sich bereichern. Die Stammlokale der Metterniche, die Stätten bacchantischen Vergnügens sind mit wohllebenden Nichtstuern gefüllt, und das Geld, das hier sowie anderwärts leicht verdient wird, fällt denen in den Schoß, die mit dem Begriff Volk nichts zu tun haben.

Eine Verhöhnung der Arbeiter,

die unter der herrschenden Teurung am meisten zu leiden haben, leistet sich die „Deutsche Tageszeitung" in ihrer Abendausgabe vom Mittwoch durch folgende Notiz:

„In der Reichshauptstadt ist es vor Hunger kaum noch auszuhalten. Wenn man dem „Vorwärts" glauben will, so wüßte das arme, ausgepowerte Volk weder ein noch aus, und die Hungerrevolte stände vor der Tür. Ganz so schlimm ist es nun nicht. Gewiß werden von der Verteurung aller Lebensmittel viele Familien betroffen, nicht nur im sogenannten vierten Stande, allein gerade in der Arbeiterbevölkerung, soweit sie guten Verdienst hat, läßt man sich auch jetzt nichts abgehen. Man schimpft, lebt aber nicht etwa schlecht. Beweise dafür geben die vielen Vereinsvergnügungen und Festivitäten, deren Ankündigungen zu Ende der Woche nicht selten einige Seiten im Anzeigenteil des „Vorwärts" einnehmen; — Beweis dafür ist aber gerade jetzt zur „Saison" das in den Arbeitervierteln allgemein mit großem Interesse gepflegte Ausspielen von Gänsen auf dem Billard oder der Kegelbahn, auch wohl mit dem Knobelbecher. Plakate mit der Aufschrift: „Heute großes Gänseausspielen!" findet man jetzt allenthalben an den Fenstern der Lokale, insbesondere in den Vorstadtgegenden. Die Einsätze betragen nur wenige Nickel, so daß für jede „Ziehung" eine größere Zahl von Losen ausgegeben wird. Das „große Los" zu gewinnen, ist nicht leicht, da zu dem Ausspielen immerhin eine gewisse Geschicklichkeit gehört. In manchen Lokalen werden oft zehn und mehr Gänse ausgespielt. Die Familienväter, die einen Martinsvogel erkämpft haben, müssen denen, die beim Spiel leer ausgegangen sind, einen „Landwehrtopp", ein mit bayerischem Bier gefülltes großes Weißbierglas, zum besten geben. Andere Gewinner, etwa Junggesellen, die nicht wissen, was sie mit dem Tiere anfangen sollen, finden in den meisten Fällen Abnehmer in solchen Gästen, denen das Glück nicht hold war, die aber zu Hause mit einer Gans antreten müssen, weil andernfalls die „hungernde" Hausfrau gehörig aufbegehren würde. **Denn manche Arbeiterfrau hält es für ungehörig, wenn man ihr zumuten würde, etwa Schellfisch oder Bauchfleisch in den Topf zu tun. Kotelettes, Lendenstück oder eine gute Gans sind bequemer zu behandeln, schmecken besser und gehören sich nun einmal so!** Wer jemals dem Einkauf von Arbeiterfrauen in der Markthalle oder im Fleischerladen zugesehen hat, der wird das bestätigen. Solange Geld da ist, wird gut gelebt; zu Zeiten der Arbeitslosigkeit schimpft man über die begehrlichen Agrarier und sonst noch wen, pumpt den Kleinhändler in der Nachbarschaft an, daß ihm die Haare zu Berge stehen, — aber hungert nicht etwa. Jedoch man nennt es Hungersnot!"

Der Schmierfink, der die obigen Zeilen geschrieben hat, hat nicht die geringste Kenntnis von der Lage der arbeitenden Bevölkerung. Was die Bemerkungen über das Gänseausspielen betrifft, so ist heute von einem solchen Ausspielen fast nirgends etwas zu bemerken. Zahlreiche Gastwirte haben uns übrigens erklärt, daß sie dabei kaum auf ihre Kosten kämen und unterlassen es daher ganz. Es kommt deshalb auch kaum noch vor, daß Arbeiter ihrer Frau eine durch Spiel erworbene Gans nach Hause bringen. Scheidet man die Schilderung des Gänseausspielens aus der Notiz aus, so bleibt nur noch eine brutale Verhöhnung der Notlage der arbeitenden Klasse und insbesondere der Arbeiterfrauen übrig, die vor Angst nicht wissen, wie sie die hohen Kosten für Gemüse, Kartoffeln und andere Nahrungsmittel aufbringen sollen, um die hungernden Mäuler sattmachen zu können. Es gibt im Augenblick kaum eine schwerere Aufgabe für die Arbeiterfrauen, als die, mit den geringen ihnen zur Bestreitung des Haushalts zur Verfügung stehenden Mitteln bei der jetzt herrschenden Teurung einzukaufen. Daß sich das anders abspielt, als der Tintenkuli der „Deutschen Tageszeitung" seinen Lesern vorschwindelt, wissen unsere Arbeiterfrauen sehr genau.

Verkauf einer Markthalle. Die Markthalle 4 in der Dorotheenstraße soll, wie bekannt, am 1. April 1913 geschlossen werden. Die Markhallendeputation hat wegen Verkaufs dieser Markthalle seit längerer Zeit Unterhandlungen gepflogen. In der gestrigen Sitzung der Deputation wurde berichtet, daß die Verhandlungen zu einem Abschluß gelangt seien und es wurde beschlossen, den Gemeindebehörden den Verkauf der Markthalle unter den vereinbarten Bedingungen zu empfehlen. Der Werdersche Obstmarkt der sich hauptsächlich vor der Markthalle am Reichstagsufer abspielt, wird für die nächsten Jahre durch den Uebergang des Markthallengebäudes in andere Hände nicht berührt.

Der städtische Fischverkauf findet jetzt, wie in Aussicht genommen, nicht mehr Dienstags und Donnerstags, sondern Mittwochs und Donnerstags statt. Zu den bisherigen sieben Markthallen sind noch zwei weitere, nämlich die am Magdeburger Platz und in der Dorotheenstraße 29, letztere in unmittelbarer Nähe des Lindenviertels, hinzugenommen worden, obwohl doch in der Umgebung dieser beiden Hallen nur sehr wenig kleine Leute wohnen. Da werden also von der Einrichtung solche Kreise profitieren, denen die Teuerung durchaus nicht so fühlbar wird. Wir wiederholen den Hinweis auf die Notwendigkeit, auch in der Ackerstraßen-Markthalle den städtischen Fischverkauf einzurichten. Wie es heißt ist hier kein geeigneter größerer Stand verfügbar. Dann soll man auf dem benachbarten Pappelplatz Verkaufsstände aufschlagen, was den öffentlichen Verkehr nicht im mindesten stört.

Spanische Schatzschwindler machen wieder von sich reden. Natürlich spekulieren sie auf diejenigen, die nicht alle werden. Es werden Schreiben folgenden Inhalts versandt:

Madrid, den 19. 10. 1911.

Sehr geehrter Herr!

Wegen Bankrott als Gefangener in hier bitte ich Sie mir zur Zurückziehung von Franken 800000 zu verhelfen, welche Summe ich in Banknoten in meinem auf einem französischen Bahnhofe lagernden Koffer besitze!

Um dies zu ermöglichen ist es unbedingt nötig daß Sie hierher kommen um durch Bezahlung der Prozeßkosten mein hier mit Beschlag belegtes Handgepäck auszulösen um auf diese Weise in den Besitz meiner Reisetaschen zu gelangen worin sich in einem Geheimfache der Gepäckschein der zur Zurückziehung des obigen Koffers absolut erforderlich ist, befindet.

Als Belohnung gebe ich Ihnen den dritten Teil obiger Summe.

In der Befürchtung daß Sie meinem Brief nicht erhalten könnten, will ich erst Ihre gütige Rückantwort abwarten worauf ich meinem vollständigen Namen unterzeichnen und Ihnen mein ganzes Geheimnis anvertrauen werde.

Da ich Ihre Antwort nicht direkte im Gefängnis empfangen kan bitte ich Sie nachfolgendes Telegramm an meinem Vertrauensperson welche Sie nachher kennen werden zu senden die mir solches mit aller Zuverlässigkeit überbringen wird.

Ich anempfehle Ihnen strengste Verschwiegenheit und bitte Sie wiederholt mir nur durch Telegramm aber auf keinen Fall brieflich zu antworten.

Adresse und Text des Telegrames welches Sie mir senden werden:

Antonio Salas — Pay 13 — Madrid

Acepto: Pfuetzer.

Ihrer sofortigen Rückantwort gerne entgegensehend verbleibe bis auf Weiteres ergebenst N. de S.

Es muß einer schon über eine gehörige Portion Dummheit verfügen, um auf diesen Schwindel hineinzufallen. Aber mehr wie einer ist schon nach Madrid gefahren, um „das Drittel" sich zu verschaffen. Natürlich merkten die Leute zu spät, daß sie dort von der „Vertrauensperson" ganz gehörig gerupft worden waren.

Großes Heil ist dem Weinhause Kempinski in der Leipziger Straße widerfahren. Die Inhaber der Firma sind nämlich Kunden der kaiserlichen Tonfabrik in Cadmen geworden. Sie haben einen ihrer neuerbauten Säle mit Cadiner Majoliken ausstatten lassen. Gestern erschien der Kaiser mit großem Gefolge in dem bekannten Weinhause, um sich von der Wirkung der in seinem Betriebe hergestellten Kacheln zu überzeugen. Nach einem offiziösen Bericht soll er sich über die künstlerische Wirkung der Cadiner Fabrikate sehr befriedigt geäußert haben.

Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß der Leiter der Firma Kempinski, Herr Stadtverordneter Unger, kürzlich zum Kommerzienrat ernannt worden ist.

Eine originelle Szene spielte sich gestern am Eingang des Reichstagsgebäudes bei Ausgabe der Billetts ab. Schon früh um 10 Uhr hatten sich bereits zirka 150 Personen vor der Tür aufgestellt, um die Ausgabe der Karten abzuwarten. Zum größten Teil bestanden die Personen aus Arbeitern, zum Teil waren es Arbeitslose oder solche, die wegen Aussperrung und Streik augenblicklich ohne Arbeit waren. Um ½12 Uhr, nachdem die Leute schon etwa drei Stunden dort gewartet hatten, kam ein junges Herrchen, elegant gekleidet und wollte sich zu den ganz Vorderen stellen. Als dagegen Protest erhoben wurde, ging er fort, kam nach fünf Minuten wieder, und nachdem er die Umstehenden gemustert hatte, fragte er: „Wer von Ihnen ist bereit, mir den Platz zu verkaufen, damit ich auch noch ein Billett bekomme?"

Einer, der es vielleicht sehr notwendig hatte, trat aus den vorderen Reihen heraus und sagte: „Geben Sie mir 3 M. und Sie können meinen Platz einnehmen." Der Arbeiter empfing die 3 M. und entfernte sich. Als der Käufer den eben erstandenen Platz einnehmen wollte, trat der dort postierte Schutzmann auf ihn zu und sagte: „Lieber Freund, so etwas gibt's nicht, hier werden weder Plätze noch Billetts verkauft. Sie haben sich hier zu entfernen, und wenn Sie ein Billett zum Reichstag haben wollen, dann müssen Sie selbst zeitiger aufstehen." Alles Protestieren half nichts; er war seine 3 M. los und kam doch nicht in den Reichstag.

Der seltsame Selbstmord, über den wir aus der Kastanien-Allee berichteten, ist jetzt aufgeklärt. Das Mädchen, das sich dort am Sonntagmorgen mit der Schnur ihres Pompadours auf dem Flur des Hauses Nr. 64 erhängte, ist jetzt festgestellt als die 19 Jahre alte Buchhalterin Frida H. aus der Swinemünder Straße. Das Mädchen war stellungslos. Am Sonnabend sagte es dem Vater, daß es sich in einem Geschäft beworben habe und dort persönlich erscheinen müsse. Von diesem Ausgang kam sie nicht zurück. Daß sie sich gerade in dem bezeichneten Hause erhängte, ist wohl darauf zurückzuführen, daß sie dort zu einem jungen Manne in Beziehungen stand, mit dem sie sich aber überworfen hatte.

Ein dreister Erpresser wurde vorgestern von einer entschlossenen Frau unschädlich gemacht. Ein 35 Jahre alter stellungs- und wohnungsloser Kaufmann Karl Grundke, der wegen Diebstahls schon bestraft ist, sah vorgestern in der Leipziger Straße eine Frau in einer Lage, die er für verfänglich hielt und kam auf den Gedanken, die Gelegenheit zu einer Erpressung auszunützen. Die Frau, die einen Trauring trug, traf einen Mann ohne Trauring, begrüßte ihn sehr freundlich und ging mit ihm in eine Konditorei. Grundke schloß daraus, daß er es mit einem Liebespärchen zu tun habe, folgte der Frau, als sie die Konditorei verließ und sich von ihrem Begleiter verabschiedete, unauffällig nach verschiedenen Warenhäusern und Läden, in denen sie Einkäufe machte, bis nach ihrer Wohnung in der Emser Straße zu Rixdorf. Nachdem er sich dann im Hause nach ihren Verhältnissen erkundigt hatte, klingelte er dreist an. Die Frau war allein zu Hause und öffnete ihm. Sofort verlangte er von ihr 220 M., wenn sie nicht wolle, daß er ihrem Manne über ihr Stelldichein in der Leipziger Straße berichten solle. Die Frau aber, die sich lediglich zufällig mit einem nahen Verwandten getroffen und mit ihm eine Tasse Kaffee getrunken hatte, rief die Nachbarn herbei und ließ den Karl festnehmen.

Ein eigenartiger „Sammler" wurde gestern in der Ackerstraße festgenommen. Er war „Spezialist" für Teppiche und Treppenläufer. Diese wurden seit einiger Zeit aus den herrschaftlichen Häusern in Berlin W. und in Landhäusern der westlichen Vororte in großer Menge gestohlen. Kein Wirt war vor den Dieben mehr sicher, niemand wußte, wo die Sachen blieben. Nach langen Beobachtungen gelang es der Kriminalpolizei endlich, einen der Diebe zu erwischen. Es ist ein Arbeiter Richard Meyer, der mit anderen zusammen lediglich von Diebstählen dieser Art sein Dasein fristete. Der Abnehmer dieser Leute war deren „Schlummervater", ein schon mehrfach bestrafter Händler Albert Grabow aus der Ackerstr. 89, der den anmutigen Spitznamen „Veilchenmarie" führt. Grabow stellte der Diebesgesellschaft seinen Keller gastlich zur Verfügung, und besonders weit öffnete er die Pforte, wenn sie mit schönen Teppichen und Läufern kamen. Nach der Festnahme Meyers kam ihm die Kriminalpolizei auf die Spur. Gestern überraschten ihn Beamte in seiner Behausung und nahmen ihn fest. In einem Raume, der von der Wohnung ganz getrennt ist, entdeckte und beschlagnahmte sie nicht weniger als 50 Treppenläufer und Plüschteppiche, deren Eigentümer zum Teil noch nicht bekannt sind. Grabow behauptet, daß er alle von einem unbekannten Manne gekauft habe, lediglich aus Sammlerinteresse. Das sieht ihm ähnlich. Der Ertappte wurde nach Moabit gebracht.

Feuer in einer chemischen Fabrik. Gestern abend kurz nach 6 Uhr kam in der Lindenstr. 78 in der chemischen Fabrik und Drogengroßhandlung von Otto Hoffmann ein gefährlicher Brand zum Ausbruch. Die Fabrikräume der Firma Hoffmann liegen im Obergeschoß des zweiten Quergebäudes. Das Feuer fand an leicht brennbaren Stoffen reichliche Nahrung und dehnte sich in kurzer Zeit auch auf den Dachstuhl aus. Die Feuerwehr fand daher bei ihrer Ankunft schon einen weit vorgeschritten Brandherd vor. Der leitende Brandmeister ließ sofort mit zwei Schlauchleitungen Wasser geben und es gelang auch, die Flammen nach kurzer Löschtätigkeit zu ersticken. Der Schaden ist ganz beträchtlich.

Dienstagabend gegen 9 Uhr brach in der Nähe des Rastatter Platzes, an der Grenze von Wilmersdorf, Steglitz und Schmargendorf, ein großer Scheunenbrand aus. Das Feuer entwickelte einen hellen Schein und sah anfangs sehr gefährlich aus, weshalb auch aus der ganzen Umgegend die Feuerwehren herbeieilten. Die Wilmersdorfer Berufswehr traf zuerst auf der Brandstelle ein und erstickte die Flammen unter Benutzung einer Schlauchleitung. Die Scheune, die auf freiem Felde stand, brannte aber fast vollständig nieder. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt.

Wer ist der Tote? Aus dem Spandauer Schiffahrtskanal gelandet wurde gestern an der Föhrer Brücke die Leiche eines unbekannten Mannes, der dem Aeußeren nach dem Arbeiterstande angehört hat. Sie hat, nach dem Verwesungszustande zu urteilen, schon längere Zeit im Wasser gelegen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Festnahme eines falschen Kriminalbeamten. Bei Verübung einer dreisten Erpressung wurde vorgestern abend der 35 Jahre alte wohnungslose Kaufmann Karl Grundke verhaftet. G. hatte durch einen auf der Straße gefundenen Brief Kenntnis von einem Liebesverhältnis erhalten, das ein Berliner Kaufmann mit einer Frau aus der Emser Straße unterhielt. Grundke erkundigte sich nun unter der Maske eines Berliner Kriminalbeamten nach den Verhältnissen der Frau und drohte ihr wiederholt mit Anzeige. Als er vorgestern die Frau mit ihrem Freunde in einem Café in der Leipziger Straße wiedersah, eilte er ihr nach Rixdorf voraus, wo er sie vor ihrer Wohnungstür erwartete, und verlangte 20 Mark Schweigegeld, widrigenfalls er Anzeige erstatten müsse. Der Erpresser trat so dreist auf, daß er der Frau bis zu einem Schutzmann folgte und auch hier noch den Berliner Beamten zu spielen versuchte. Der Schutzmann ließ sich jedoch nicht täuschen, sondern nahm Grundke fest, der gestern dem Rixdorfer Amtsgericht vorgeführt wurde.

Schöneberg.

Der öffentliche Fischverkauf an die Schöneberger Bevölkerung wird am heutigen Donnerstag, den 26. Oktober, vormittags 8½ Uhr, in der von der Stadtgemeinde Feurigstr. 4 gemieteten und von ihr sachgemäß eingerichteten Verkaufsstelle beginnen.

Köpenick.

In der letzten Stadtverordnetensitzung berichtete die in Verfolg des Magistratsantrages auf Verpachtung des Marktplatzes eingesetzte gemischte Kommission. Dieselbe schlägt vor, von der Verpachtung Abstand zu nehmen, da die Gewerbetreibenden durch die Verpachtung nur Nachteile haben würden. Gleichzeitig empfiehlt die Kommission, vom 1. April ab eine ständige Marktkommission einzusetzen, die das Vermieten der einzelnen Stände sowie das Einziehen des Marktstandgeldes zu überwachen und zu verwalten hätte. Der Magistrat schloß sich unter Verzicht auf seine Vorlage dem Antrage der Kommission an. Die Versammlung beschloß demgemäß. Dem Antrage des Magistrats auf Bewilligung von 9608,61 M. zum Ausbau der Charlottenstraße von der Marien- bis zur Elisabethstraße und von 6849,58 M. zum Ausbau der Elisabethstraße von der Charlotten- bis zur Dorotheenstraße wurde ohne Debatte zugestimmt. Nunmehr erstattete die Teuerungskommission ihren Bericht. Aus demselben geht hervor, daß für die Kommission nur drei Möglichkeiten bestehen, um der Teuerung praktisch entgegenzuwirken, und zwar der Verkauf von Seefischen, der Bezug billiger Lebensmittel, wie Kartoffeln und Gemüse, und drittens Gewährung von Teuerungszulagen an kleine Beamte, städtische Arbeiter u. a. Zunächst soll am heutigen Donnerstag, den 26. Oktober, mit dem Verkauf von Seefischen begonnen werden. Die Lieferung und den Verkauf hat die Hochseefischerei-Gesellschaft „Nordsee" übernommen, so daß der Stadt hierbei keinerlei Unkosten entstehen. Die Gesellschaft verpflichtet sich, zu den Einkaufspreisen, welche in Geestemünde gezahlt werden, nur noch die Fracht- und Emballagekosten hinzuzuschlagen, so daß der Verkaufspreis sich wahrscheinlich noch billiger als in Berlin gestalten werde. Ueber den Bezug von Kartoffeln und den Verkauf derselben ist die Kommission noch nicht einig; es werden zurzeit erst Preisofferten eingeholt; doch scheint die Mehrheit der Kommission der Ansicht zu sein, daß mit dem Verkauf von Kartoffeln erst später, wenn die Teuerung sich noch fühlbarer machen sollte, zu beginnen sei. Die Teuerungszulagen scheiden vorläufig noch aus, da hierüber erst noch Erhebungen notwendig seien. Die Versammlung nahm von dem Bericht Kenntnis und bewilligte der Kommission 5000 M. als Betriebskapital. Ein weiterer Antrag des Magistrats auf Errichtung eines Versicherungsamtes und Bewilligung der entstehenden Kosten in Höhe von 500 M. wurde einstimmig angenommen.

Charlottenburg.

Ein Vortrags- und Kunstabend findet am Sonnabend, den 28. Oktober, abends 8½ Uhr, im „Volkshause", Rosinenstraße, statt. Mitwirkende: Robert Breuer, Vortrag mit Lichtbildern: „Das Volk in der bildenden Kunst." Tilly Else Pieschel, Lieder zur Laute. Walli Kussel, Rezitation. Später zwangloses Zusammensein. Tanz. Eintrittskarten zu 30 Pf. bei Scharnberg, Sesenheimer Str. 1, im „Volkshause" und an anderen bekannten Stellen.

Der Bildungsausschuß.

Karlshorst.

Der Doppelselbstmord des Reeberschen Ehepaares hat noch keine Aufklärung gefunden. Aus den vorgefundenen Briefschaften war nicht ersichtlich, was die jungen Leute in den Tod getrieben hat. Der Mann ist seit mehreren Jahren in Stellung bei der A. E.-G. in Berlin und lebte in geordneten Verhältnissen. Er hatte auch Ersparnisse, so daß materielle Sorgen ihm nicht drohten. Seine Eltern leben in Speyer, die Eltern der jungen Frau in Spandau. Die Angehörigen wissen sich den so kurz nach der Eheschließung gefaßten Plan des Paares, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden, nicht zu erklären. Daß die Reeberschen Eheleute, wie gerüchtweise verlautet, einem Verbrechen zum Opfer gefallen sind, ist nach dem Ergebnis der amtlichen Untersuchung völlig ausgeschlossen. Möglich wäre, daß Reeber aus eifersüchtigen Motiven seiner Frau gegen ihren Willen das Gift eingeflößt und sich dann selbst das Leben genommen hat. Die Obduktion der Leichen findet erst heute statt.

Weißensee.

Zwei wichtige Vorlagen hat die letzte Gemeindevertreter-sitzung erledigt. Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung und Einschränkung der Sonntagsarbeit. Der von unseren Genossen eingereichte Antrag, Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung zu treffen, wurde in der Finanz- und Wohlfahrtskommission vorberaten. Den von der Kommission gefaßten Beschlüssen stimmte das Plenum zu. Danach wird den verheirateten Gemeindearbeitern und Beamten bis zu einem Jahreseinkommen von 2100 M. bis zum 1. April 1912 pro Woche 2 M. als Teuerungszulage gewährt. Des weiteren wird ein Verkauf von Kartoffeln zum Preise von 3,35 M. pro Zentner eingerichtet, und zwar an diejenigen Einwohner, welche bis 2100 M. Einkommen versteuern. Der Verkauf erfolgt jeden Sonnabend von 5 bis 8 Uhr nachmittags, Sonntags von 8 bis 10 Uhr vormittags und Montags von 5 bis 8 Uhr nachmittags am Industriebahnhof in Rationen von 50 bis 100 Pfund. Derselbe soll solange anhalten, bis die ansässigen Händler die Kartoffeln zum Preise von 35 Pf. je 10 Pfund verkaufen. Ein Seefischverkauf wird in einem Laden des neuen Verwaltungsgebäudes an der Pistoriusstraße eingerichtet. Die Preise der Fische werden jedesmal öffentlich bekannt gemacht. Außer den zur Verteilung kommenden Kochrezepten soll noch in der Schulküche in der Falkenberger Straße ein Fischkochkursus eingerichtet werden, und zwar in vier Abteilungen, an welchem zirka 100 Frauen unentgeltlich teilnehmen können. Diese Beschlüsse verursachten eine ausgedehnte Debatte, weil einige Herren diese Maßnahmen für zu weitgehend betrachteten. Herr Fechner wollte die Unterstützung nur bei Jahreseinkommen bis 1500 M. ausgedehnt wissen; von da ab könne jeder die Teuerung vertragen. Kartoffeln dürfe die Gemeinde nicht verkaufen; die Hauswirte müssen den notleidenden Geschäftsmann in Schutz nehmen. Herr Jung zeigte sich ganz besonders als protziger Hausbesitzer und benützte als rückständiger Innungsmeister die Gelegenheit, weidlich auf die begehrlichen Arbeiter loszuhauen. Um 75 Proz., so betonte der Herr, sind die Arbeitslöhne gestiegen, die Lebensmittelpreise dagegen höchstens um 25 Proz. Die von der Gemeinde beschäftigten Regiearbeiter bewegten sich bei der Arbeit wie die Schnecken; das spottet jeder Beschreibung. Die Regiearbeiter müßten von der Teuerungszulage ausgeschlossen werden. Im übrigen kaufe er jeden Tag 10 Pfund Kartoffeln zu 35 Pf.; man liefert ihm dieselben sogar frei ins Haus. Als Genosse Taubmann ihm erwiderte, daß es so billige gute Kartoffeln nicht gebe, warf Herr Jung dazwischen: „Bei mir können Sie soviel billige Kartoffeln essen, bis Sie platzen!" Als dem Herrn für diese Ungehörigkeit die passende Antwort zuteil wurde, erteilte der Bürgermeister unserem Genossen eine Rüge. Nach diesem Zwischenfall bekam der pommersche Innungsbruder noch manche moralische Zurechtweisungen von dem Genossen Fuhrmann. Anerkannt muß werden, daß die übrigen bürgerlichen Redner eine Notlage als vorliegend betrachteten und für die Annahme der Beschlüsse sprachen.

Eine ebenso ausgedehnte Debatte veranlaßte die Sonntagsruhe. Die verschiedenen kaufmännischen Organisationen wie auch ein großer Teil der Gewerbetreibenden wollten eine einheitliche Verkaufszeit von 8 bis 10 Uhr für das ganze Jahr festgesetzt wissen und ein solcher Antrag lag auch zur Beschlußfassung vor. Nachdem die Stadt Berlin die Verkaufszeit für den Winter und Sommer verschieden festgesetzt hat, wurde in unserem Orte von den Gewerbetreibenden eine Agitation veranstaltet, die Sonntagsruhe nach dem Berliner System zu regeln. Der Vertreter der Gewerbetreibenden, Herr Leß, gab sich denn auch die erdenklichste Mühe, die Ansicht der Gewerbetreibenden durchzudrücken. Herr Teichert, ebenfalls Gewerbetreibender, sprach sich dafür aus, den Gemeindevorstandsantrag beizubehalten. Die Hausbesitzer und Ladenvermieter Kohler, Jung, Langsch empfahlen das Berliner System. Mit 11 Stimmen wurde dann der Antrag auf einheitliche Sonntagsruhe für das ganze Jahr abgelehnt; der Antrag, die Sonntagsruhe so festzulegen wie in Berlin, gelangte hierauf einstimmig zur Annahme. Ausnahmen finden nur statt für den Handel mit Blumen, so daß der Beschluß doch noch weiter geht, da auch der Handel mit Kolonialwaren einbegriffen ist. Wenn das Statut genehmigt ist, dann findet der Verkauf an Sonntagen in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September von 8 bis 10 Uhr vormittags statt und vom 1. Oktober bis 30. April in der Zeit von 12 bis 2 Uhr mittags.

Heute, Donnerstag, den 26. Oktober, finden im „Prälaten", Lehderstr. 122, die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse statt. Die Wahlzeit dauert für die Arbeitnehmer von 5—8 Uhr abends und für Arbeitgeber von 9—10 Uhr. Es ergeht an alle in Weißensee beschäftigten Arbeiter der Ruf, rechtzeitig zur Wahl zu erscheinen, um ihre Stimmen für die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Kandidaten abzugeben.

Kalkberge-Rüdersdorf.

Das Hindernis für eine erfolgreiche Organisationsarbeit unter der hiesigen Arbeiterschaft besteht, wie dies auch in öffentlichen Versammlungen bereits zum Ausdruck gekommen ist, in den eigenartigen Arbeitsverhältnissen des fiskalischen Bergwerksbetriebes. Zurzeit sind etwa 1100 Arbeiter in den Kalksteinbrüchen der Orte Kalkberge-Rüdersdorf und Herzfelde beschäftigt. Trotz des niedrigen Wochenlohnes von 21 M. herrscht in diesen Betrieben nie Mangel an Arbeitskräften. Eifrig wird darüber gewacht, daß die Arbeiter sich von sozialdemokratischer Betätigung fernhalten. Zudem besteht auch hier eine Knappschaftskasse, wonach die alten Arbeiter im Falle eintretender Invalidität eine monatliche Pension von 20—35 M. erhalten. Um dieser Vorteile nicht verlustig zu gehen, geben sich die meisten Arbeiter einen „patriotischen" Anstrich. Würden sie einer modernen Arbeiterorganisation beitreten, und es käme dies zu Ohren der Betriebsdirektion, so wären sie ihrer Kündigung gewärtig. So ertragen denn leider die zahlreichen Arbeiter bei der gegenwärtigen Teuerung unter ihrem elenden Verdienst stillschweigend ihr Schicksal.

Nur gelegentlich fällt von diesem oder jenem Arbeiter im Kreise aufgeklärter Arbeiter ein Wort der Empörung über die Fesseln, die ihnen angelegt sind. Die einzige Möglichkeit, ihrer wahren Gesinnung Ausdruck zu geben, besteht für sie bei der bevorstehenden Reichstagswahl. Bei dieser Gelegenheit wird sich wieder einmal zeigen, daß auch die königlichen Arbeiter erfüllt sind von Groll über die ihnen angetane wirtschaftliche und politische Unterdrückung.

Vernau.

Beim Tanzen vom Tode ereilt wurde der 74jährige frühere Werkmeister Müller aus Lichtenberg, der sich seit einigen Tagen bei Verwandten in Vernau aufhielt. Mit diesen besuchte Müller, der sich voller körperlicher und geistiger Rüstigkeit erfreute und noch sehr lebenslustig war, das Restaurant „Bellevue", wo eine Vereinsfestlichkeit stattfand. Als Müller mit einer Verwandten tanzte, wurde er plötzlich ohnmächtig und sank zu Boden. Ein sofort hinzugerufener Arzt konnte nur noch den infolge Herzschlages eingetretenen Tod feststellen.

Versammlungen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hielt am 23. Oktober 1911 in Kellers Festsälen (Inh. Moerner) ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Diese füllte den großen Saal und die Galerien bis auf den letzten Platz. Den Bericht, den wir bereits auszugsweise wiedergegeben haben, erstattete der Geschäftsführer Junger. Der Bericht wurde mit großer Befriedigung entgegengenommen. Mit Beifall begrüßt wurde eine Ankündigung des Geschäftsführers, daß er in Unterhandlung zwecks einer Kartoffellieferung von 12 000 Zentnern stehe, die den Mitgliedern zum Selbstkostenpreis überlassen werden sollen. Der Extrafrachtnachlaß von 15 Proz., der Behörden und gemeinnützigen Vereinen gewährt würde in dieser Zeit der Teuerung, käme der Konsumgenossenschaft zwar nicht zugute, doch hofft Redner, daß die Genossenschaft sich trotzdem als leistungsfähig erweisen werde. Nachdem Genosse Schulze dann den Bericht für den Aufsichtsrat, Genosse Buchholz den für die Revisionskommission erstattet hatte, entspann sich eine lebhafte, aber sachliche Diskussion und wurde sodann der Verwaltung einstimmig Entlastung erteilt. Der von der Verwaltung vorgeschlagene, vom Genossenschaftsrat empfohlene Verteilungsplan wurde gegen einige Stimmen angenommen. Sodann erfolgten die Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat. Von den turnusgemäß ausscheidenden Mitgliedern wurden Stühmer, Buchholz, Schmidt und Lodahl wieder-, John-Rummelsburg neugewählt; als Ersatzpersonen fungieren: Störmer, Ewald, Stockmann, Augsburg und Kohl.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Wanderfahrten am Sonntag, den 29. Oktober 1911: I. Erkner—Rüdersdorf—Fredersdorf. Abf. Schlesischer Bahnhof 6,53 Uhr, vormittags. II. Gr.-Besten—Tornows Idyll—Zossen. Abf. Görlitzer Bahnhof 6,50 Uhr vormittags. III. Birkenwerder—Briese—Dammsmühle—Buch. Abf. Stettiner Vorortbahnhof 6,45 Uhr vormittags. IV. Zehlendorf—Klein-Machnow—Wannsee. Abf. Wannsee-Bahnhof 1,30 Uhr nachmittags. — Gäste willkommen!

Aus aller Welt.

Ein preußisches Schulidyll.

In der „Schlesischen Schulzeitung" war vor einiger Zeit das folgende kaum glaubliche Vorkommnis zu lesen:

„Im Dorfe H. war Schulvorstandssitzung. Anwesend waren Bauern des Ortes und der Herr Oberförster, der 6 Stimmen auf sich vereinigte. Auf der Tagesordnung standen drei Anträge des Lehrers. Sie betrafen 1. Anschaffung von Turngeräten, 2. Einfriedung der Düngergrube im Schulhofe, und 3. das Reinigen der Schule sollte nicht mehr von Kindern, sondern von Erwachsenen ausgeführt werden. Alle drei Anträge wurden abgelehnt. Der Herr Oberförster begründete die Ablehnung folgendermaßen: Zu 1. Die Jungen in H. wären immer gute Soldaten geworden, warum Turngeräte anschaffen, die nur zur Verkrümmung des Rückgrats dienten. Zu 2. Wenn der Düngerhaufen nicht umfriedet ist, können sich die Kinder daran im Winter die Füße erwärmen; zugleich treten sie dabei dem Lehrer den Düngerhaufen fest, und zuletzt kann der Lehrer bei einer offenen Düngergrube zeigen, ob er versteht, den Hof in Ordnung zu halten. Zu 3. Die Mädchen von X. lernen zu Hause nicht ordentlich auskehren, sie kehren den Schmutz nur in die Ecken. Das richtige Auskehren kann ihnen nur der Lehrer beim Reinigen der Schule beibringen. Der Herr Oberförster unterschrieb das Protokoll und forderte die Anwesenden also zur Unterschrift auf: Meine Herren, Sie können ruhig unterschreiben; denn aus der Sache spricht Geist, und ich habe auch unterschrieben."

Solchen geistigen Krüppeln ist das Wohl und Wehe der Volksschule ausgeliefert. Freilich entsprechen die von dem Herrn Oberförster geäußerten Anschauungen vollständig der Auffassung der im preußischen Landtage maßgebenden Junkerclique. So lange deren und ihrer schwarzen Verbündeten Macht nicht gebrochen ist, ist auch an eine freiere Entwickelung des Schulwesens nicht zu denken.

Moderne Schmuggler.

An der französisch-belgischen Grenze beschlagnahmten französische Zollbeamte am Dienstag ein Automobil, das 900 Kilogramm belgischen Tabak über die Grenze geschmuggelt hatte. Das Automobil hatte in rascher Fahrt, ohne die Aufforderung der Zollbeamten, sich einer Revision zu unterwerfen, zu beachten, die Grenze passiert. Infolge eines Unfalles, der den Wagen zum Halten brachte, gelang es, das Automobil zu beschlagnahmen. Der Chauffeur wurde sofort in Haft genommen. Der Wert des Automobils und der Waren übersteigt 20 000 Frank. Es ist dies bereits das dritte beschlagnahmte Automobil, das Waren über die Grenze schmuggeln wollte.

Marktpreise von Berlin am 24. Oktober 1911, nach Ermittelung des Königlichen Polizeipräsidiums. Marktballenpreise. (Kleinhandel), 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 35,00—50,00. Speisebohnen weiße, 35,00—50,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 7,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,70—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,80—2,00. Butter 2,40—3,40. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,20—2,80. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,00 bis 2,60. Barsche 0,80—2,00. Schleie 1,40—3,00. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,40—24,00.

Witterungsübersicht vom 25. Oktober 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 8 Uhr morgens	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 8 Uhr morgens
Swinemünde	751 S		5 halb bd.	8		Hadarunda	749 SW		6 wolkig	—1	
Hamburg	747 SSO		4 bedeckt	10		Petersburg	755 NW		1 wolkenl	—3	
Berlin	752 S		1 wolkig	6		Sellin	746 S		5 wolkig	9	
Frankf. a. M.	751 SO		1 Nebel	7		Aberdeen	741 NW		4 wolkig	8	
München	755 SO		2 wolkig	3		Paris	748 SSW		3 bedeckt	10	
Wien	757 SSO		1 wolkig	7							

Wetterprognose für Donnerstag, den 26. Oktober 1911.

Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich starken südwestlichen Winden; später neue Aufhellung und Abkühlung.

— Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 24.10. cm	seit 23.10. cm [1])	Wasserstand	am 24.10. cm	seit 23.10. cm [1])
Memel, Tilsit	73	+1	Saale, Grochlitz	44	+8
Pregel, Insterburg	—49	+5	Havel, Spandau [2])	21	+4
Weichsel, Thorn	—10	—2	„ Rathenow [2])	2	—12
Oder, Ratibor	90	—1	Spree, Spremberg [2])	88	0
„ Krossen	25	+1	„ Beeskow	82	—6
„ Frankfurt	40	—2	Weser, Münden	80	+10
Warthe, Schrimm	—36	—1	„ Minden	150	+7
„ Landsberg	—57	0	Rhein, Maximiliansau	388	—6
Netze, Nakel	—35	—1	„ Kaub	134	—6
Elbe, Leitmeritz	—82	—2	„ Köln	161	—4
„ Dresden	—203	0	Neckar, Heilbronn	18	—10
„ Barby	13	+3	Main, Wertheim	84	0
„ Magdeburg	16	—2	Mosel, Trier	—	—
„					

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. — [2]) Unterpegel.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 26. Oktober 1911:

Anfang 7 Uhr.

K. Opernhaus. Siegfried.

Anfang 7½ Uhr.

K. Schauspielhaus. Der Bettler von Syrakus.
Deutsches. Penthesilea.
Neues. Das Mädel von Montmartre.
Haverland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Geheimnisse der belebten Natur.
Neues K. Operntheater. Der Zerrissene.
Kammerspiele. Gawän.
Lessing. Das weite Land.
Berliner. Bummelstudenten.
Neues Schauspielhaus. Bürgl.
Kleines. Fannys erstes Stück.
Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Neues Operetten. Die moderne Eva.
Königgrätzer Straße. Spielereien einer Kaiserin.
Komische Oper. Die keusche Susanne.
Lustspielhaus. Geschlossen.
Schiller. O. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Schiller-Charlottenburg. Zopf und Schwert.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die Hochzeit von Valeni.
Neues Volkstheater. Das Vermächtnis.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Westen. Die Dame in Rot.
Trianon. Mein Baby.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Luisen. Die Macht der Liebe.
Rose. Kean.
Casino. Der selige Hollschinsky.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung. Das Kind der Firma.

Anfang 8¼ Uhr.

Folies Caprice. Kobi Krach. Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Voigt. Das Käthchen von Heilbronn.

Anfang 8½ Uhr.

Belle-Alliance. Der Sittenapostel.
Intimes. Schön Helenchen. — Liebesabenteuer.

* * *

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.
Kaiser-Panorama. Neu: Wanderungen im Harz. Letzte Woche: Konstantinopel.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld

Freitag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.

Freitag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Es lebe das Leben.

Berliner Theater.

8 Uhr:
Bummelstudenten.

Theater in der Königgrätzer Straße

8 Uhr:
Spielereien einer Kaiserin.

Neues Theater.

Anfang 7½ Uhr.
Auftreten **Fritzi Massary.**
Zum ersten Male:
Das Mädel v. Montmartre.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Die Dame in Rot.**
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Ein Walzertraum.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.
Schwank in 3 Akt. v. Kéroul u. Barré. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Bolten-Baeckers.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Die Hochzeit von Valeni.

Belle-Alliance-Theater

Kommt! Allabendlich 8½ Uhr:
Der Sittenapostel.

Luisen-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die Macht der Liebe.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: **Was Hans und Lisel im Zauberwald erlebten.**

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Kean oder: Genie und Leidenschaft.
Freitag: Kasernenluft.
Sonnabend nachm.: **Hänsel und Gretel.**

Urania.

Wissenschaftliches Theater
8 Uhr:
Geheimnisse der belebten Natur.

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin!

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von V. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz. Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

Abends 8 Uhr:
Letzte Woche der Weltstadt-Attraktionen.
10 Uhr:
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel Tangel.
New Yorker Pantom. Co.

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener Lach-Erfolg.

Das Kind der Firma

mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.

Voranzeige! Um jedem Irrtum vorzubeugen, bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß am Sonnabend, d. 28. Oktober unsere Vorstellung wie täglich präzise 8 Uhr abends beginnt mit dem unveränderten Spielplan: Schmerzlose Behandlung. Das Kind der Firma. — Beginn d. Nachtvorstellung: 12 Uhr nachts.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Mdme. **Sato**, die japan. Mimodramatikerin mit ihrer Truppe i. ihr. Mimodramen.
Ali Ben Hamad-Truppe,
15 eingeb. Springer a. Agadir.
Georg Kaiser / **Putzi Cassani** in ihren Parodien
und das
gr. Oktober-Progr.
14 Spezialitäten.

PASSAGE :: :: PANOPTIKUM

Die wilden Lebend!
Heul-Derwische
aus **Ceylon**
mit ihren fanatisch. Produktionen. **Merino, der lebende Amboß. AGA, die schwebende Jungfrau.**
Alles ohne Extra-Entree.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.

Eskimo,
Samojeden, Lappen
mit Renntierherden.
Hagenbecksche 20 Polarbären
in
Ausstellung Nordland
Kurfürstendamm 151
nahe Bahnhof Charlottenburg und Halensee.
Vorführungen: Wochentags 4½, 6½ und 9 Uhr.
Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr.
Eintrittspreise:
Ausstellungshalle **50 Pf.** Vorführungshalle **30 Pf.**
Vorverkauf bei A. Wertheim und Invalidendank.

Achtung! Branche der Klempner Achtung!

:: Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ::
Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, 28. Oktober 1911, abends 9 Uhr,
in Mörners Festsälen, Koppenstr. 29 (früher Keller):

Volkslieder-Abend.

Ausgeführt vom **Berliner Sinfonie-Orchester** (Dirigent M. Fischer)
unter Mitwirkung des Konzertsängers Herrn **Gustav Franz** (Bariton)

Billett 50 Pf. Liedertexte an der Kasse gratis.
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Freie Volksbühne

Donnerstag, den 26. Oktober, 8½ Uhr:

General-Versammlung

in Kellers Neuer Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97.
T.-O.: Vortrag: Herr Schriftsteller **Eduard Bernstein:**
Hans Sachs im Lichte seines Zeitalters.
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Bericht der Revisoren. Diskussion. — **Der Prozeß gegen die Zensurverfügung des Herrn v. Jagow.**
Die Mitgliedskarte gilt als Legitimation.

Herbstfest

Sonnabend, den 11. November, 8½ Uhr, in der Brauerei Happoldt, Hasenheide.

Der Tanz in Musik und Literatur.

Mitwirkende:
Das Berliner Tonkünstlerinnen-Orchester
Leitung: Frl. **Elisabeth Kuyper.**
Tanzkünstlerin Fräulein **Irene Sanden** mit ihrem Tanzensemble.
Konzertsängerin Fräulein **Lola Barnay.**
Am Klavier Frau **Grünberg** und Frl. **Gille.**
Rezitation Herr **Friedrich Kayßler** v. Deutschen Theater.
Festmarken a 60 Pf. können in allen Zahlstellen bestellt werden.

Lessing-Theater Björnson: **Wenn der junge Wein blüht.**	**Neues Schauspielhaus** Lessing: **Nathan der Weise.**
Thalia-Theater John Galsworthy: **Der Zigarettenkasten.**	**Residenz-Theater** Emil Augier: **Die arme Löwin.**
Abendabteilungen Hermann Bahr: **Josephine.**	**Herrnfeld-Theater** Wied: **2×2=5.**

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden für die Nachmittags- und Abendabteilungen. 211/17
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

SPORT PALAST

Potsdamer Str. 72

Winzerfest!

Allabendlich: **Winzerträume.**
Original-Revue mit Gesang und Tanz.
Die Eiskünstler in ihren unübertroffenen Leistungen. **2 Kapellen.** Schlittschuhunterricht.

CLOU

BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstraße 82 × Zimmerstraße 90/91.
Gr. Doppel-Konzert.
Musiko. 5. G.-Reg. z. F. Oberm. **Tschätsch.**
Musiko. d. 1. G.-Ulanen-Reg. Oberm. **Loeser.**
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachm.: **Gr. Promenaden-Konzert** bei freiem Eintritt. — Heute Musiko. d. 2. Garde-Regts. z. F. Oberm. **Graf.**

Serpentins Festsäle

vorm. H. Speer
Baumschulenweg, Baumschulenstr. 78.
Sonnabend, 28. Okt.: **Auftreten der berühmten Viktoria-Sänger.**
Jeden Sonntag: Großer Ball
unter Tanzleitung des Herrn Kröger.
Säle für Vereine noch einige Sonnabende frei. 2 Kegelbahnen zu vergeben.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Gastspiel
Robert Steidl.
Anf. wochent. 8 Uhr
Sonntags 7 Uhr.

Zirkus Busch

Heute abend 7½ Uhr:
Elite-Gala-Abend.
D. beid. Affenmenschen „Max und Moritz"
Ernst Schumanns neueste Meisterdressuren.
Frl. Anna Stennis, Schulreiterin.
Gebr. Marianis, Clowns.
9½ Uhr zum 12. Male:
U 20 Original-Ausstattungsstück des **Zirkus Busch** in 5 Bildern.
... Programm.

Zirkus A. Schumann

Heute abend 7½ Uhr:
Gala-Vorstellung.
Auftreten sämtl. Kunstkräfte.
9½ Uhr: Die große Feerie
1000 Jahre
auf dem
Meeresgrunde
in 5 Bildern nach Motiven aus 1001 Nacht.
Sonntag, 29. Oktober:
2 gr. Vorstellungen
nachm. 3½ u. 7½ Uhr abends.
1000 Jahre Meeresgrund

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Zum letzten Male:
Die Räuber.
Ein Trauerspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller.
Anfang 8½ Uhr.
Ehren- und Vergünstigungskarten gültig!
Freitag bleibt d. Theat. geschlossen.

Castans Panoptikum.

Corso-Varieté.
Friedrichstr. 165.
Heitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
U. a.:
Das urkom. Zwerginnen-Duett.
Entree 50 Pf.

Volks-Theater.

Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 29./10.: **Der tolle Rittmeister.** Militärisches Drama in 3 Akten von Dr. E. Stilgebauer.
Montag, 30./10.: **Jugend.** Drama in 3 Akten von Max Halbe.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Die Weber (Bombenerfolg).
In Spezialitäten Ia
Anf. 8 Uhr, Sonntag 6½ Uhr.
Sonnt. nachm. ½4 Uhr: Familienvorstellung, Theater und Spezialitäten. — Entree 20 Pf.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena
Mittags von 12 Uhr bis 2 Uhr
Korso bei Musik.
Nachmittags:
Militärkonzert und Produktionen v. Sololäufern.
Abends zum 222. Male:
Das grandiose Eisballett
Montreal.
Die kleine Charlotte
mit ihrer Novität:
Der Lichtertanz
und die übrig. erstklass. Kunstlaufproduktionen.
Restaurant I. Ranges.
Bis 6 Uhr u. nach 10½ Uhr halbe Kassenpreise.

Voigt-Theater.

Heute: Gastspiel in
Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
Das Käthchen von Heilbronn
Großes historisches Ritterschauspiel in 5 Akten von Heinrich v. Kleist.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Folies Caprice.

Anfang 8¼ Uhr.
Zum 56. Male: **No. 14.**
Kobi Krach.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Allabendlich der neue Berliner Possen-Schlager
Der selige Hollschinsky.
Sonnt. 3½ Uhr: Ein Weib a. d. Volke.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 26. Oktober 1911, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (gr. Saal), Engelufer 15:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

Das Koalitionsrecht im neuen Strafgesetzbuch-Entwurf.

Referent: Rechtsanwalt **Dr. Heinemann.**

Bericht für das 3. Quartal. Referent: Kollege **Hoffmann.**

Verbandsangelegenheiten.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches!

31/13 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Groß-Berlin.

Freitag, 27. Oktober, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, gr. Saal:

Ordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gesamtvorstandes vom 3. Quartal. 2. Krankenkassenangelegenheiten. Referent: Genosse John. 3. Bericht vom Fensterstreik. 4. Verschiedenes. 193/4

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

In der Versammlung werden die Broschüren „Der Kachelofen" gegen Vorzeigung des Verbandsbuches ausgegeben.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.

10–2. 5–7. Sonntags 10–12. 2–4

Stoffe

Damentuche für elegante Kleider, Paletots rc., Mtr. 2,50, 3,50, 4,50 M. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. **Gertraudtenstr. 20-21,** vis-a-vis der Petrikirche.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9., Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491K*

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69 Laden.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Gaskronen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, Riesenlager Louis Böttcher (selbst), Betriebsleitung Boxhagenerstraße zweiunddreißig (Bahnverbindung Warschauerstraße). *

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.

Teppiche, farbfehlerhafte, für halben Wert.

Steppdecken. Similiseide, 3,75.

Gardinen. Stores, Restpartien, angeschmutzte, 50 Prozent ermäßigt.

Sofastoffreste, für Bezüge ausreichend, spottbillig.

Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosenthalerstraße 54. 375K*

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Massenverkauf wegen Platzmangel! Riesenauswahl Pelzstolas! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenpaletots! Herrenhosen! Allerbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Vermietungsbett! Aussteuerwäsche! Reichhaltige Gardinenauswahl! Uebergardinen! Teppichauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Wanduhren! Wandbilder! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringauswahl! Schmucksachen! Warenverkauf ebenfalls Sonntags.

Geschichte der Revolutionen, von A. Conrady, wöchentlich ein Heft a 20 Pf. Bestellungen nehmen die Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Schönhauser Allee 114 (Ringbahnhof), Pfandleihhaus! Groß-Berlins spottbilligste Einkaufsquelle sämtlicher Waren! Extrabilliger Bettenverkauf! Umzugsartikel! Einsegnungs-Geschenke! Fahrvergütigung! *

Gebrauchte Nähmaschinen billig Bellmann, Gollnowstraße 26. 2058K*

Teppiche, wenig fehlerhafte Prachtstücke, 5,25, 6,75, 9,00 bis 36,00, Bettvorleger, Felle, Läuferstoffe spottbillig. Teppichhaus Richard Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). „Vorwärts"-Lesern 10 Prozent Rabatt!

Bekanntmachung! Pfandleihhaus Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße! Riesengroßer Bettenverkauf! Brautbetten! Aussteuerwäsche! Steppdecken! Prachtgardinen! Plüschportieren! Prachtteppiche! Hochelegante Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Winterpaletots! Damensachen! Pelzstolas! Extrabilliger Uhrenverkauf. Schmucksachen! Wandbilder! Riesenauswahl! Spottpreise. Hausnummer beachten! 401K*

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Winterpaletots, Winterjoppen, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstr.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288K*

Billige Restbestände. Teppiche, Prachtstücke mit kleinen Farbfehlern, 12,50, Portieren alle Farben 4,25, Plüschdecken 6,75, Steppdecken 4,50, Gardinen, Einzelfenster 2,50, Erbstüll-Bettdecken 4,50. Günstigste Kaufgelegenheit. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. „Vorwärts"-lesern noch 5 Prozent Extrarabatt. *

Herrenhüte. Wancke, Weidenweg 20, früher Brückenstraße 6a. Lieferant der Konsumgenossenschaft. *

Betten, Stand 11,00, 16,00, hochfeine 21,00, Winterpaletots, Ulster, Jackettanzüge, Prachtteppiche, Freischwinger, Pelzstolas spottbillig. Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19.

Zehn Prozent Rabatt „Vorwärts"-lesern.

Teppiche, Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Riesen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärtslesern noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3.85, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik.

Möbelstoff-Läufer, Linoleumreste, fabelhaft billig.

Sport- und Schlafdecken 1,25, 1,40, 1,85, 2,45, 2,85 usw. Große Frankfurterstraße 125 im Hause der Möbelfabrik. 361K*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Neu eröffnet! Berlin, Steinmetzstraße 29, Laden in Trikotagen, Wollen- und Baumwollenwaren, Schürzen, Kindersachen und Zubehör, zu mäßigen Preisen. Emil Nordmann. 1223b*

Gaskronen, Ratenzahlung gestattet, Salonkrone 11—50,00, verkauft direkt im Fabrikgebäude, Adalbertstraße 60, Sonntags geöffnet.

Radfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbachs Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,80 M. (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,60 M. Expedition des „Vorwärts", Lindenstraße 69, Laden. *

Herrschaftsbetten 13,00, zwei Stand, spottbillig. Yorckstraße 17, II.

Nähmaschine verkauft Kurzner, Ruppinerstraße 15. †105

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjacketts, Kostümen, Röcken, hochelegant, bedeutend unter Wert. Großer Posten Pelzstolas, früher bis 100 Mark, jetzt 15—40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, nur Moritzplatz 58a. 2841K*

Kinderwagen, gebraucht, Andreasstraße 53. 226K

Geschäftsverkäufe.

Parteilokal, Ecke, billig. Reinickendorf, Provinzstraße 112. 455K

Restaurant, ganz besonderer Umstände halber billig verkäuflich. Rixdorf, Kopfstraße 32. †79

Restaurant, Vereine, Fabrik, verkauft wegen Krankheit Grünauerstraße 30. 1258b*

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riesen-Auswahl. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Küchen. Wochen-, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Kunden, die ihr Konto beglichen haben, erhalten einzelne Möbelstücke ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenläger. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostizstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Möbelangebot. Im Anhalter Bahn- und Möbelspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen wieder verschiedene prachtvolle Zimmer- und ganze Wohnungseinrichtungen zum schleunigen Verkauf aufgestellt. Ganz besonders billig für Hotels, Pensionate, Brautleute passend sind Schlafzimmer 200,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, schön, 400,00, hübsche Küchen 50,00 an, einzelne Büfette, Bücherschränke, Kleiderschränke, Vertikos, Ankleideschränke mit Spiegel, Salongarnituren, Ruhebetten mit prächtiger Decke 22,50, Paneelsofas, Plüschsofas, Schreibtische schon 28,00, Bettstellen, Speisezimmertische, Salontische, Stühle, prächtige Säulentrumeaus 30,00, Lederstühle, Klubsessel 85,00, Flurgarderoben 17,50, hochelegante Salonteppiche mit kleinen, kaum sichtbaren Fehlern schon 30,00, Zimmerteppiche 8,00 an, reichgestickte Plüschportieren 7,50, Oelgemälde, Steppdecken, Erbstüllstores, Plüschtischdecken 5,00, Gaskronen, Salonbilder mit elegantem Rahmen, Tüllgardinen, Tüllbettdecken 2,00 an. Standuhren spottbillig. Verschiedene Gelegenheitskäufe fehlerhafter, zurückgesetzter Möbelstücke, Teppiche, Freischwinger 12,00. Ganze Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften, Nachlässe übernehme zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lideke, Auktions- und Möbelspeicher, Möckernstraße 25. Kostenloser Transport. Lagerung. *

Moebel-Boebel, Oranienstraße 58 am Moritzplatz. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhause stehen in neun Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Ein Zimmer und Küche 360,—, 422,—, modern 479,—, 2 Zimmer und Küche modern 501,—, 667,—, 721,—. Schlafzimmer, englisch 199,—, modern, echt Eiche, 304,—. Wohnzimmer, modern, 274,—, Speisezimmer 329,—, Herrenzimmer 200,—, englische Bettstelle mit Matratze 44,—, Kleiderspind, Trumeau, geschliffen 34,—, Schlafsofa 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—, Teppiche. Riesenlager. Besichtigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. 1905K*

Verwalter verkauft Nußbaummöbel, Stube und Küche, alles noch neu, spottbillig. Weinmeisterstraße 1b—2. 153/10

156 Trumeaus mit Stufen und geschliffenem Glas 29, auch mahagoni, große Auswahl! Möbelspeicher Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn.

Chaiselongues, nagelneu 17,00, Plüschsofas 40,00, 50,00, 60,00. Tapezierer Walter, Stargarderstr. 18.

Plüschsofa, Schreibtisch, Vertiko, Kleiderschrank 30. Waldemarstraße 58, Karras. 153/3

Spottbillig, fast neu, umständehalber zwei Bettstellen, Kleiderschrank, Vertiko, Trumeau, Sofa, Tisch, Stühle, komplette Küche. Bötzowstraße 30, I rechts. 226/14

Gelegenheit! Büfett 85,—, Trumeau 28,—, Kleiderspind mit Hutboden, Stange, echt nußbaum furniert, 42,—, Stube und Küche 198,—. Möbel-Bickhold, Graefestraße 34. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. 49K*

Günstige Möbelkaufgelegenheit! In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik Gneisenaustraße 15, nahe dem Halleschen Tore, steht ein großer Posten zurückgesetzter und wenig gebrauchter Möbel zu spottbilligem Verkauf. Neue Wirtschaften von 130,— an. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Einzelne Möbel, Büfette 100,— an. Schreibtische 24,—, elegantere mit Aufsatz 38,—, Kleiderschränke, Vertikos 20,—, Säulentrumeaus 28, Bettstellen 13,—, Ruhebett mit Decke 23,—, Lederstühle, Klubsessel 75,—, Wachstuchtische 8,—, Flurgarderoben 15,—, einfache sowie bessere Wohnzimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer in jeder Preislage. Farbige moderne Büfettküchen von 48,— an. Polstermöbel eigener Fabrik konkurrenzlos billig. Gelegenheitskäufe in Bildern, Uhren, Teppichen, Portieren, Pianos. Kostenlose Lagerung. Sonntags geöffnet. Kein Abzahlungsgeschäft. Genau auf Hausnummer 15 achten. 342K*

Chaiselongues, nagelneue, spottbillige Einzelstücke. Lagro, Ritterstraße 86 III. 142/15*

Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 205K*

Massenmöbelverkauf Kastanienallee 56, Ecke Weinbergsweg, Kamerlings Möbelspeicher. Außergewöhnlich billige Preise, kleine und große Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke zu Engrospreisen. Mahagonimöbel, Sofas, Matratzen eigener Werkstatt. Lieferung überall frei. *

Billiges Möbelangebot der altrenommierten Möbelfabrik Dwinatzki, Andreasstraße 30, geradeüber Markthalle. Büfetts, Ankleideschränke, Schreibtische, Trumeaus, Mahagoni-, Nußbaum-Umbausofa, Stube, Schlafzimmer, sowie hübsche Küche 500,—. Stube und Küche 300,—. 435K

Bevor Sie Möbel kaufen, besichtigen Sie meine große Möbelausstellung für Wohnungseinrichtungen. Kein Kaufzwang. Zahlungserleichterung. Stallschreiberstraße 57 (Fabrikgebäude). Harnack, Tischlermeister. 411K*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen ausgestellt. 374K*

Möbel verkaufe zu außergewöhnlich niedrigen Fabrikpreisen direkt im Fabrikgebäude und Laden. Besichtigung ohne Kaufzwang. Wohnungseinrichtung, Stube und Küche 200,00, 270,00—400,00, zwei Stuben und Küche 400,00—700,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küche 250,00—1450,00. Aeußerst günstige Gelegenheit bietet sich meiner Kundschaft in Gelegenheitskäufen, darunter Muschelkleiderspind, Vertikos, Ruhebetten, Muschelbettstelle mit Matratze, Säulentrumeaus, Schreibtische, Büfette, Plüschgarnituren, Bücherspinde, Paneelsofa sowie ganze Einrichtungen. Eventuell Zahlungserleichterung. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt und geliefert. Richard Dehmel, jetzt Oranienstraße 131. 441K*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901K*

Musikinstrumente.

Pianinos, Harmoniums, 80,00 an, Teilzahlung, mietsweise 6,00. Scherer, Chausseestraße 105. 31K*

Schiedmayer-Flügel, Pianinos, gebrauchte, verschiedener Preislagen, billigst abzugeben. Niederlage Potsdamerstraße 27b, hochparterre. 153/4

Pianino, hohes, goldgraviert 120,—. Zander, Turmstraße 8.

Pianinos, neue — gebrauchte, große Auswahl. Solide Arbeit, bestes Material. Kulante Bedingungen. Manthey, Potsdamerstraße 31.

Pianinos-Gelegenheitskauf. Gebrauchte von 175,00 an. Bülowstraße 44. 478K*

Bilder.

Diesen Monat direkte Fabrikpreise bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent extra. 427K*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad modern, gut erhalten, ganz billig. Große Frankfurterstraße 14, Hof, Keller. 151/17

Gutes Brennaborrad, 23,00, Brüning, Stralsunderstraße 50. 1254b

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,—, Holz, Blumenstraße 44 23K*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrräder. Ausnahmepreise, seltene Gelegenheit, Riesenlager. Allerneueste Modelle, billiger als jede Konkurrenz, nagelneu von 27,50, mit Gummi 34,50. Keine Schundware. Heyse, Königsbergerstraße 7, Oranienstraße 32, Schöneberg, Hauptstr. 157.

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm bis 5,75 Gold, Silber, Quecksilber, Zahngebisse kauft Blümel, Auguststraße 19. *

Zahngebisse. Zahn bis 80 Pfennig, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 226/13*

Platin. Goldsachen, Silbersachen, Zahngebisse, Stanniol, höchstzahlend. Edelschmelzerei Friedrichstraße 139 I, nahe Brücke. 152/15*

Zahngebisse, Zahn bis 0,80, Platinabfälle, Gramm bis 5,75, Stanniolpapier, Zinn, Quecksilber, Goldschmelzerei, Silberschmelzerei, höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. VII. 4243. 423K*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kafka, Zopffabrik, Rixdorf, Erkstraße 3.

Zahngebisse, Zahn bis 50 Pfennig! Platina, Gramm 5,70, kauft Blumenreich, Brunnenstraße 196 (Rosenthaler Tor.) 3016K*

Zahngebisse, Platin, Stanniol, Goldsachen, höchstzahlend Edelschmelze Dresdenerstraße 9. 153/8*

Unterricht.

Technikum, Berlin, Neanderstr. 3, Schinkel-Akademie, Direktor Königl. Regierungs-Baumeister a. D. Artur Werner. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung. Werkmeister-, Techniker-Kurse, Ingenieur-Kurse, Polierkurse, Abendkurse, Tageskurse. *

60 Schreibmaschinen Scholichs Handelsakademie, Berlin C., Schloßplatz, Brüderstraße 39, Stenographie- und Schreibmaschinenschule I. Ranges. — Unterricht bis 10 Uhr abends. Eintritt täglich. Verlangen Sie Gratisprospekt. Telephon I, 3677.

Verschiedenes.

Brams, Humorist, Gesellschaft. Gleimstraße 60. †49*

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439K*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Filzdichtungen. Leyser, Große Frankfurterstraße 67. 2029K*

Jede Uhr zu reparieren 1,25 (außer Bruch), kleinere Reparaturen billiger. Kariel, Uhrmacher und Juwelier, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße. 425K*

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung, elegante Herrengarderobe, fertig und nach Maß. Riebetz, Brunnenstraße 10. 141K*

Kunststopferei Leyser, Große Frankfurterstraße 67. 2309K*

Beleihung, Lagerung von Möbeln, ganzen Einrichtungen, Pianinos, Teppichen, Weinen, Zigarren, Automobilen, Fahrrädern, Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Waren aller Branchen. Lombardspeicher Schwedterstraße 11. III, 835. 448K*

„Friedrich-Wilhelm" Generalagentur-Zahlstelle: O. 112, Mainzerstraße 24 (Frankfurter Allee), Lebensversicherung, Sterbekasse, Kinderversicherung. Aufnahme bis 60. Lebensjahr. Steuer abzugsfähig! 459K*

Aufpolsterung, Sofa, Matratzen, billig, im, außerm Hause, Chausseestraße 74, Schäfer. 153/11

Vermietungen.

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle vermietet Prenzlauerallee 176, Seitenflügel 4 Treppen rechts. †149*

Möblierte Schlafstelle, einen auch zwei Herren. Brückenstraße 10b, Hof rechts, III rechts. 1189b

Saubere Schlafstelle für zwei Herren. Frau Schreiber, Wilsnackerstraße 20, parterre. 982b

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren. Boese, Admiralstr. 30, III links. 1249b

Freundlich möblierte Schlafstelle für Herren, eventuell sofort. Gregor, Naunynstraße 72, vorn III. 1257b

Schlafstelle, saubere, für Herrn bei Poletz, Friedrichsbergerstraße 19, vorn III. 153/7

Schlafstelle an Fräulein zu vermieten Woldenbergerstraße 22, vorn 4 Treppen links. †82

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht möbliertes Zimmer, möglichst separat, Nähe Hermannplatz. Preisofferten 100, Hauptpost Rixdorf. †78

Kleines möbliertes Zimmer oder Schlafstelle sucht Herr. Preisofferte V. 1, Hauptexpedition des „Vorwärts".

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Zinkabzieher, nur geübte, bei regelmäßigem Verdienst gesucht. A. Laue u. Co., Residenzstraße 62.

Wer übernimmt den Verkauf von Händereinigungspulver an Arbeitskollegen, Kantinen? Guter Nebenverdienst. Wann Sprechzeit? Fabrikant Grigat, Niederschönhausen. Telephon. 1256b

Pappenzuschneider, geübten, und Kartonarbeiterinnen verlangt Rungestraße 17 1251b

Jüngeren Laufburschen verlangt Karl Kantorowicz, Kommandantenstraße 72. 153/9

Geübte Silberpoliererin bei hohem Lohn. H. F. Winkelmann, Hollmannstraße 41. 1255b

Junge Mädchen auf Wochenlohn für Arbeitsstube. Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 86. †116

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:

Goldleistenfabrik Tschierley in Rixdorf.
Bautischlerei Niemann in Velten.
Bautischlerei Faul, Monumentenstraße 23 und Hagelberger Straße 4.
Pianofabrik Roht & Junius, Brandenburgstr. 72/73.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Thomasiusstr. 18.
Tischlerei Baruch, Alte Jakobstraße 133.
Schirmgeschäfte E. Lichtenstein, Neue Friedrichstr. 38/40, Leipziger Str. 78, Müllerstraße 3a, Rosenthalerstr. 10, Schönhauser Allee 101, Wilmersdorfer Str. 57, Berliner Straße 4 in Tegel. **Zaduch,** Dresdener Str. 39, **Stenger,** Oranienstraße.
Sämtliche Betriebe in Hamburg.
Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".**
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Steinarbeiter.

Die Firma **Jüngers & Schille,** Geschäft für steinmetzmäßige Bearbeitung von Kunststein, ist gesperrt.

Die Ortsverwaltung.

Parlaments-Berichterstatter.

Zur Berichterstattung für die sozialdemokratische Parteipresse Badens über die Verhandlungen des badischen Landtages während der Zeit von etwa November d. J. bis Juli 1912 suchen wir einen gewandten, mit der Stenographie vertrauten Parteigenossen.

Bewerber wollen ihre Angebote mit Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und ihrer Gehaltsansprüche alsbald an uns richten.

Karlsruhe, im Oktober 1911. 297/15*

Verlag des „Volksfreund", Luisenstr. 24.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.